Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

Klassenkampf

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Österreichs

Eigentümer und Herausgeber: Kommunistischer Bund Österreichs. Für den Inhalt verantwortlich: Georg Fischer. Alle: Halbgasse 12, 1070 Wien. - Erscheint im Verlag Alois Wieser Gesellschaft m.b.H. Druck: Alois Wieser Gesellschaft m.b.H., Rienößlgasse 12, 1040 Wien, Verlagspostamt 1070, - Inland: Jahresabonnement 150.-, Halbjahresabonnement 75.-. Zu beziehen über: Alois Wieser Gesellschaft m.b.H./ Vertrieb, Postfach 13, 1042 Wien, Tel.: 0222/573723. Redaktion: Rienößlgasse 12, 1040, Tel. 0222/573723, Journaldienst: Mo-Fr: 18-19.30

P.b.b. Erscheint vierzehntägig am Donnerstag **Preis 5,-**

Nr. 16/2. Jahrgang **4. August 1977**

Gegen alle Lösungsvorschläge der Kapitalisten und ihrer Politiker zur Spitalsmisere:

Krankenkassabeiträge müssen zur Gänze von den Kapitalisten bezahlt werden!

Seit dem letzten Spitalsgipfel Mitte Juni regnet es weiterhin Vorschläge zur Lösung des Spitalsdefizits aus den verschiedenen Lagern der Kapitalistenklasse. Alle diese Vorschläge lassen sich auf zwei zurückführen.

1. Einführung einer neuen Massensteuer
2. Anhebung der Versicherungsbeiträge der Lohnabhängigen, Anhebung von Rezeptgebühr, Krankenscheingebühr oder offene Einschränkung der Leistungen der Krankenkassen.

Zu erwarten ist allerdings eine Kombination von beiden: „Nun scheint freilich festzustehen, daß .... eine kleine Politikerrunde eine Lösung ausgehandelt hat, die sowohl eine teurere Sozialversicherung als auch irgendeine Art von zusätzlicher Steuer enthalten dürfte." (Die Presse, 14.7.77)

Unter dem Titel der Spitalssteuer soll die Ausplünderung der Massen vorangetrieben werden

Die immer weitere Ausdehnung der Staatstätigkeiten, die nötig ist, um im Imperialismus die immer schärfer werdenden politischen und sozialen Widersprüche zu bezähmen, ist es, die den imperialistischen Staat wie einen Schmarotzer am Körper der gesamten Gesellschaft lasten läßt und die werktätigen Massen zum Objekt einer immer gnadenloseren staatlichen Steuer- und Tarifausplünderung macht.

Finanzspritzen für die sieche kapitalistische Wirtschaft, Exporthilfen für die Stärkung der österreichischen imperialistis-

Fortsetzung auf Seite 10

Stmk: Nachtfahrverbot für Lkw gefordert



Hunderte Grazer blockierten am 1. Juli den Gürtel, die Hauptdurchzugsstraße nach Süden. Zig-tausende Kraftfahrzeuge täglich und über hundert LKW's pro Stunde rauben der Bevölkerung Luft, Nerven und Schlaf. Gefordert wird ein generelles Nachtfahrverbot für LKW's. Mittlerweile werden auch in weiteren betroffenen steirischen Orten Vorbereitungen für Blockadeaktionen getroffen. Näheres dazu sowie über die Ursachen des immens gestiegenen Verkehrs auf der sogenannten 'Gastarbeiterroute' im Bericht auf Seite 11.

„Herunter mit den Löhnen!" heißt weiter die Devise

Es muß ja nicht gleich ein formeller Lohnstopp sein ....

Am 15.7. forderte ÖIAG-Generaldirektor Geist einen Lohnstopp, um der österreichischen Bourgeoisie auf dem Rücken der Arbeiterklasse zu *„mehr Machtvolumen in den fremden Märkten"* zu verhelfen. Geist steht vor der Pensionierung. Was er fordert, muß er nicht mehr durchsetzen. *„Geist sprach als einer, der keine Rücksicht mehr zu nehmen hat"*, kommentierte „Die Presse" melancholisch am 18.7.

So wie Geist sprach, würde die ganze Bourgeoisie gerne nicht nur sprechen sondern vor allem handeln. Beim Gedanken, mit einem Lohnstopp die Ausbeutung der Arbeiterklasse sprunghaft steigern zu können, werden den Kapitalisten die Augen feucht. Aber sie müssen auf dem Boden bleiben, so sehr ihnen Geist aus der Seele spricht. Mit Wollen ist es nicht getan, man muß auch können.

Er verstehe zwar die Sorgen Geists, meinte Mussil, Generalsekretär der Bundeswirtschaftskammer bedauernd, *„doch sei ein Lohnstopp in einer dynamischen Wirtschaft keine geeignete Maßnahme"* (Presse, 22.7.)

Geeignet ist sie nicht zur Senkung des Lohnniveaus, weil man sie in dieser offenen Form derzeit nicht durchsetzen könnte. So bereitwillig die führenden Sozialdemokraten in den Gewerkschaften auf die Forderung Geists hin sofort beteuerten, sie würden weiterhin eine *„wirtschaftskonforme Lohnpolitik"* betreiben, (Sekanina) – einen Lohnstopp könnten sie in der Arbeiterklasse jetzt nicht durchsetzen, das wissen sie genausogut wie die Kapitalisten selbst. So erklärte denn auch Benya, er schätze zwar die Meinung des Chefs der Verstaatlichten – *„als Wirtschaftsfachmann"* – glaube aber, Geist hätte sich die Aussage über den Lohnstopp *„nicht überlegt"*. *„Ein Lohnstopp ist nicht durchführbar, das ist nur ein Wortspiel ohne praktischen Hintergrund"*. Was die gewerkschaftliche Lohnpolitik im nächsten Jahr anlangt, will Benya statt dessen *„so wie bisher maßvoll"* dieselbe Politik weiterbetreiben. (Kurier, Presse 22.7)

Über die Ergebnisse dieser Politik ließ sein Kollege, Sozialminister Weißenberg, im Zuge einer größeren Jammerei über die „unbefriedigenden Einnahmen aus den Sozialversicherungsbeiträgen" zur Vorbereitung neuer Raubzüge zur Aushöhlung und Plünderung der Sozialversicherung einiges heraus:

Er bestätigte gegenüber der „Presse" am 22.7., *„daß die Entwicklung der Löhne und Einkommen im Jahre 1977 weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben ist. Der Grund dafür, so Weißenberg, liege in der Tatsache, daß zwar die Zahl der Beschäftigten wieder angestiegen sei, alle 'Extras' aber, wie Überstunden, Akkordarbeit und ähnliches, nach der Rezession nicht wieder im erwarteten Ausmaß zugenommen hätten." „Ursprünglich hatte man angenommen, daß die Lohnflaute durch den Aufschwung 1977 beendet würde. Dies sei, so bestätigten auch Beamte des Sozialministeriums, nicht eingetreten. Daher sei das tatsächliche Einkommensniveau geringer angestiegen als das tariflich festgelegte."*

Für Weißenberg ist es eine Selbstverständlichkeit, daß das ganze Lohnniveau der österreichischen Arbeiterklasse auf der Beseitigung des Normalarbeitstages, auf der Ausdehnung des Arbeitstages durch Überstunden-, Akkord-, Nacht- und Schichtarbeit aufgebaut ist. Solche Einsichten sind eben der Stoff, aus dem sozialdemokratische „Sozial"-Minister gemacht sind. Was Weißenberg Sorgen bereitet, ist nur, daß die schrankenlose Ausdehnung des Arbeitstages und damit der Ausbeutung nicht rasch genug vorankommt. Diese Sorge teilt er mit den Kapitalisten. Zusammen mit ihren Verbänden ist er und die ganze SP-Regierung auch schon dabei, die durchlöcherten Arbeiterschutzgesetze noch weiter zu durchsieben, um dem Drang des Kapitals nach schrankenloser Ausbeutung noch mehr Raum zu schaffen. Das ist notwendiger Bestandteil des Schlachtplans der Bourgeoisie, auf den Knochen der Arbeiter aus der Krise herauszukommen und im internationalen Wirtschaftskrieg zu bestehen.

Der Angriff auf den Lohn ist dabei eine Kernfrage. Der Lohnraub soll die Arbeiterklasse zwingen, sich kampflos der Ausdehnung des Arbeitstages, allen anderen Formen der Steigerung der Ausbeutung und der Beseitigung des Arbeiterschutzes zu unterwerfen. *„Der Schlüssel für unsere wirtschaftliche Gesundheit liegt in erster Linie in der Lohnpolitik"*, hat Geist gesagt und den Sozialdemokraten in den Gewerkschaften zugleich die Linie angegeben, auf der sie die Hinnahme des weiteren Lohnraubs in der Arbeiterklasse durchsetzen sollen: *„Die Tarifpartner bestimmen, wie viele Arbeitsplätze mit gegebener Produktivität wettbewerbsfähig bleiben, wieder wettbewerbsfähig werden oder neu geschaffen werden können"*. (Presse, 18.7.)

So tönt es nun auch schon aus dem Mund der sozialdemokratischen Spitzenfunktionäre in den Gewerkschaften und Betriebsräten der Großbetriebe.

Noch weit davon entfernt, einen blanken Lohnstopp durchsetzen zu können, haben die Kapitalisten schon jetzt mit Geist als Sprachrohr ihrer Herzenswünsche begonnen, sich auf den Lohnraub in den kommenden Monaten einzuschießen. Ihre nächsten Ziele sind dabei, die Gewerkschaften auf die Durchsetzung der „Mäßigung" in den Reihen der Arbeiterklasse festzulegen, betriebliche Lohnbewegungen im Herbst möglichst zu verhindern und die nächsten Lohnrunden möglichst weit hinauszuschieben. Das erste haben sie schon erreicht, beim zweiten und dritten können sie auf die führenden Sozialdemokraten zählen.

Die Arbeiter dagegen können nur auf sich selbst zählen. Betriebliche Kämpfe gegen den Lohnraub und die Steigerung der Ausbeutung sind im Herbst notwendig und möglich. Ihre Vorbereitung erfordert heute vor allem die Debatte und Einigung in den Betrieben über die notwendigen Forderungen gegenüber den Kapitalisten im Kampf gegen die Abwiegelei und Kapitulationsargumentation der führenden Sozialdemokraten in Betrieb und Gewerkschaft.

Die englische Arbeiterklasse hat sich unter der Führung der Sozialdemokraten auf einen jahrelangen Lohnverzicht „zur Sicherung der Arbeitsplätze und Bekämpfung der Inflation" eingelassen. Sie hat dafür die Rechnung präsentiert bekommen: anhaltende Preissteigerungen, weiter steigende Arbeitslosigkeit – und das alles bei radikal gesenktem Lohnniveau (Siehe Klassenkampf 15/77). Die englischen Arbeiter müssen heute aus einer noch schlechteren Situation heraus den notwendigen Kampf gegen ihre Verelendung aufnehmen. Die österreichische Arbeiterklasse hat allen Grund, aus diesen Erfahrungen zu lernen. Was heute nicht erkämpft wird, wird später noch schwerer zu holen sein.

G.St.

Aus dem Inhalt:

Begin-„Friedensplan" – Schlachtplan der Imperialisten zur Erpressung der arabischen Völker

Der israelische Siedlerführer hat seinen Chef in Washington besucht. Die Kronenzeitung berichtet: „Sowohl Carter als auch Begin holten sich vor dem schicksalshaften Treffen Stärke bei Gott." Herausgekommen jedenfalls sind ganz handfeste Dinge: Ein Schlachtplan zur Niederhaltung der arabischen Völker. Begin hat einen Plan vorgelegt, über den er mit den arabischen Staaten verhandeln will. So sieht er aus:

Israel räumt teilweise die ägyptische Sinai-Halbinsel und die syrischen Golanhöhen; dafür Friedenserklärung der arabischen Staaten und volle diplomatische und Handelsbeziehungen. Israel will sich mit den arabischen Führern in Genf treffen ohne Vorbedingungen für irgendeine Seite (!) und in jeder Frage für Verhandlungen offen; Ablehnung eines palästinensischen Staates am Westufer und Gazastreifen – halbautonome arabische Verwaltung am

Um sich den Stützpunkt Israel zu erhalten, versuchen die Supermächte die arabischen Staaten gegeneinander zu hetzen

Sauer meldete die Volksstimme am 24.7.: „Weder Ägypten noch Libyen haben bisher eine Einberufung des Sicherheitsrates wegen der jüngsten Kämpfe entlang ihrer Grenze gefordert." Spaltung betreiben und sich dann reinholen lassen, davon träumen die Imperialisten. Nach ihrem Rauswurf aus Ägypten haben die Sozialimperialisten mit Erpressung Stützpunkte in Libyen errichtet, große Waffen- und Militärpersonalmengen ins Land schleusen können. Vor den Küsten der beiden Länder tragen die Supermächte ihre Rivalität aus. US-Flugzeuge dringen in libyschen Luftraum ein, um die sowjetischen Anlagen zu beobachten. Genauso die SU von Libyen aus, um die US-Flotte im Mittelmeer zu beobachten. Jetzt ist es ihnen gelungen, die Schwierigkeiten Ägyptens, die aus seiner imperialistischen Unterjochung resultieren, zu einem Waffengang der beiden Länder zu treiben. Ihr Erfolg war alles in allem mäßig. Mehrere arabische Führer und die PLO haben vermittelt und ein Ende der Kämpfe ist erreicht worden. Aus der direkten Einmischung ist für die Supermächte nichts geworden. Eine US-Zeitung nennt als Grund: „Was nicht vergessen werden kann, ist die schlagende Fähigkeit der Araber, sich gegen Israel zu vereinigen."

Spendensammlung für Palästina erfolgreich abgeschlossen

Die vom Nah-Ost-Komitee Wien durchgeführte Spendensammlung für die politischen Gefangenen in den zionistischen Gefängnissen wurde Mitte Juli erfolgreich abgeschlossen. Das Spendenziel von 15.000,- S wurde fast um ein Drittel übertroffen. 19.365,- Schilling konnten dem Vertreter der PLO in Wien, Ghazi Hussain, übergeben werden, der es an die zuständigen Einrichtungen der PLO weiterleiten wird.

Der Verlauf und das Ergebnis der Spendensammlung war in mehrfacher Hinsicht ein Erfolg: Es hat sich gezeigt, daß heute immer mehr Menschen bereit sind, den Kampf des palästinensischen Volkes zu unterstützen. Gezeigt hat sich auch die Notwendigkeit eines entschiedenen Kampfes gegen revisionistische und reformistische Kräfte in der Solidaritätsbewegung zu führen und deutlich geworden ist die Bedeutung des Festhaltens am Ziel der Errichtung eines demokratischen Staates in Palästina.

Westufer unter zionistischer Besatzung; keine Beteiligung der PLO an Verhandlungen.

In einem Gespräch mit dem „Klassenkampf" erklärte Ghasi Hussain, Vertreter der PLO in Wien:

„Begin will verhandeln? Mit wem und worüber? Sein Plan sieht keinen totalen Abzug von Sinai und Golan vor, verewigt die Besetzung des Westufers und des Gazastreifens. Da gibt es nichts zu verhandeln. Die PLO und ebenso die arabischen Staaten lehnen diesen Plan vollständig ab. Er hat mit den Rechten unseres Volks und Frieden nichts zu tun. Er zeigt an, daß sich Israel auf einen Aggressionskrieg vorbereitet. Von seiten unseres Volkes und der arabischen Staaten wird das ein gerechter Befreiungskrieg sein.

Sollte es zu einer Konferenz kommen, wird sie kurz und ergebnislos sein. Es ist klar, daß sich die PLO an keinerlei Ergebnisse gebunden fühlt, die ohne ihre Teilnahme erzielt wurden.

Was Verhandlungen anlangt, so hat die PLO wiederholt erklärt: Die Resolution 242 hat mit unseren Rechten nichts zu tun, wir lehnen sie ab. Wir sind bereit, auf Basis der UN-Vollversammlungsresolution 3236 vom November 74 zu verhandeln, die die Rechte unseres Volkes anerkennt. Und die Palästina -Frage ist für uns der Kern des arabisch-zionistischen Konflikts."

„Klassenkampf": Welche Bedeutung hat die Errichtung eines palästinensischen Teilstaates?

„Wir kämpfen für die Erlangung des Selbstbestimmungsrechts unseres Volkes, für das Recht, in die Heimat zurückzukehren. Davon ausgehend hat unser letzter Nationalrat die Errichtung eines unabhängigen palästinensischen Staates auf dem Westufer und dem Gazastreifen als Erleichterung für diese Lösung gefordert. Es ist das ein zeitweiliges und kein strategisches Ziel. Was die Lebensfähigkeit eines solchen Staates betrifft, möchte ich darauf hinweisen, daß sich unser Land vor 1948 selbst erhalten hat und entwickelte Landwirtschaft besaß, Obst exportierte. Ich glaube, daß unser Volk genug Potenzen und Fähigkeiten in Landwirtschaft, Industrie und Wissenschaft besitzt, um das Land zu entwickeln."

In Genf soll die Anerkennung des Zionistenstaates erzwungen werden

Die USA haben den Schlachtplan von Begin gutgeheißen. „Begins Vorschläge sind zukunftsweisend und wert, von den arabischen Staaten überdacht zu werden", hat der Sprecher von Carter verlautet. Der US-Imperialismus schickt seinen Außenminister in den Nahen Osten, um die Bedingungen für die Einberufung einer Genfer Konferenz zu schaffen. „Man muß auch damit rechnen, daß es nicht gelingt, die beiden Seiten an den Verhandlungstisch zu bringen", hat er vorher erklärt.

Die sowjetischen Sozialimperialisten haben den Begin-Plan kritisiert. „Er sei unbrauchbar, hat Prawda geschrieben. Gemeint haben sie, daß er ihrem Hegemonismus nicht genug Einfallstore bietet. Man versteht das, sieht man sich die sozialimperialistischen Ambitionen an, von Breschnew am letzten Parteitag formuliert.: „... Wir sind bereit, an internationalen Garantien für die Sicherheit und Unantastbarkeit der Grenzen aller Länder des Nahen Ostens teilzunehmen, sei es im Rahmen der UNO oder auf anderer Basis." Den 10. Oktober hat Begin als Termin für die Genfer Konferenz genannt. Die Imperialisten wollen endlich handeln. Über die Bedingungen gibt es verschiedene Haltungen. Eine US-Zeitung schreibt: „Die Tatsachen scheinen darauf hinzudeuten, daß Araber und Israelis weit von einander entfernt sind wie zuvor und daß eine Einberufung der Genfer Konferenz so schwierig ist wie zuvor." (IHT, 24.7.) Anders meint „Newsweek": „Ein Erfolg der Gespräche Carter-Begin könnte Araber und Israelis zumindest einen Schritt näher zusammenbringen." Die Gespräche waren 'erfolgreich', der Schlachtplan ist da. Jetzt geht es den Imperialisten darum, den arabischen Staaten beim 'Überdenken des Plans' nachzuhelfen: mit Druck, Spaltung und Bedrohung.

Der israelische Stützpunkt ist bis oben hin voll mit Kriegsmaterial. „Seit Ende des Jom-Kippur-Krieges verfüge Israel vor allem durch amerikanische Waffenliefe-



Die PLO führt einen gerechten Kampf gegen den imperialistischen Brückenkopf Israel bis zur völligen Vernichtung. Im Bild palästinensische Kinder in einem zerstörten Lager im Libanon.

rungen über eine Luftwaffe, deren Stärke der Englands und Frankreichs entspreche, seine Gesamtzahl an modernen Panzern mache gut die Hälfte der gesamten Panzerbestände der NATO aus. Israel habe heute, selbst wenn ihm Amerika, was moralisch kaum denkbar sei, weitere Waffenhilfe versage, militärisch zureichende Ausrüstung für einen Kriegsdauer von 12 bis 18 Monaten." (FAZ, 18.7.) Gerade haben die USA das neue Waffenlieferungsprogramm beschlossen: 32 Milliarden Schilling für den Siedlerstaat.

Bei der Durchsetzung ihres Schlachtplans können sich die Imperialisten natürlich nicht auf diesen stützen. Er widerspricht vollständig den Interessen der arabischen Völker und Staaten. Neben der Bedrohung stützen sie sich auf Abhängigkeiten, auf die Verschuldung der arabischen Länder. Das erst erlaubt ihnen, ihre größenwahnsinnigen Versuche zu unternehmen, wie den oben zitierten sozialimperialistischen, der seine Kriegsflotte im Suez-Kanal und seine Truppen in Jerusalem sehen will.

Die Imperialisten wollen sich auf Verschuldung stützen

Ägypten ist mit 12,2 Milliarden Dollar im Ausland verschuldet. Mit 4 davon gegenüber dem Sozialimperialismus. Ein Fünftel der Schulden hat einen Zinssatz von um 18 Prozent. Allein gegenüber den USA betrug das Handelsdefizit 1976 710 Mio.Dollar. Zu den großen Devisenlücken Ägyptens ist es gekommen, weil die Sozialimperialisten, solange sie im Land gesessen sind, das Land ausgesaugt haben: 1960 bis 1973 Waren im Wert von damals 5 Milliarden Dollar; 1976 Drei Viertel der Baumwollernte.

Syriens Handelsdefizit belief sich 1974 auf knapp 500 Millionen Dollar. Es ist ebenfalls verschuldet bei den Imperialisten und hat gerade vor einem Monat einen 50 Mill. Dollarkredit beim Internationalen Währungsfond aufnehmen müssen. Gierig greift der russische Sozialimperialismus nach den arabischen Naturreichtümern. Mit Marokko zum Beispiel hat er im Juni ein Phosphat-Lieferungsabkommen abgeschlossen, das 'jährliche Mindestlieferungen von fünf Millionen Tonnen bis zum Ende dieses Jahrhunderts vorsieht. Das Abkommen schließt einen sowjetischen Kredit in der Höhe von umgerechnet 650 Mill. Franken (4,4 Milliarden Schilling) für den Bau eines neuen Hafens an der marokkanischen Atlantikküste ein .... im Gegenzug habe König Hassan zugesagt, das marokkanische Expeditionskorps aus Zaire zurückzuziehen." (NZZ, 6.6.)

Von Juli 75 bis Juni 76 haben elf arabische Staaten allein bei der Weltbank – in der die fünf führenden westlichen Imperialisten das Sagen haben – mehr als 1 Milliarde Dollar an Krediten genommen, deren Zinssätze beachtlich sind. Eine wichtige Rolle hat der Waffenhandel. Mit dem aggressiven Siedlergebilde konfrontiert, müssen die arabischen Länder hohe Militärausgaben tätigen. Die Imperialisten bereichern sich, handhaben Waffenlieferungen zum Zweck der Erpressung. Die US-Waffenlieferung in den Nahen und Mittleren Osten haben 1976 über 5,2 Milliarden Dollar ausgemacht, die 'Geschenke' an Israel ausgenommen. Letztes Monat hat der Sozialimperialismus gegenüber Ägypten eine lange Liste von Bedingungen vorgelegt. Es waren Bedingungen nach Unterwerfung. Die Armeen Syriens und Ägyptens sind nahezu ausschließlich mit sowjetischer Rüstung ausgestattet.

PLO: „Die Erreichung eines gerechten Friedens verlangt noch zahlreiche Kampftage"

Diese Feststellung ist im Abschlußkommunique des 13. Palästinensischen Nationalrates enthalten; und: „.... daher gibt es keinen anderen Ausweg als den Kampf für die Befreiung aller arabischen Gebiete."

In der Verschuldung der arabischen Länder haben die Imperialisten Zugriffsmöglichkeiten, um ihren israelischen Stützpunkt zu festigen. In den Interessen der arabischen Völker und Staaten liegt die Unmöglichkeit für die Imperialisten begründet, das auf lange Sicht durchzubringen, und im ausgebildeten willen der Volksmassen nach Befreiung, daß selbst kurzzeitig die Imperialisten nicht viel durchbringen. Das ist jetzt schon deutlich. Einzig die Imperialisten und ihr zionistischer Anhang haben sich bislang für Genf angemeldet.

Während Begin in den USA war, haben im besetzten Palästina eine große Anzahl von Kommandoaktionen stattgefunden. Ein Büro des Polizeihauptquartiers in Tel Aviv ist unter anderm in die Luft geflogen. Arafat, Vorsitzender der PLO, hat die Kämpfer aufgerufen, „haltet das Gewehr fest in der Hand und den Finger am Abzug." Das Volk hat in den Jahren des bewaffneten Kampfes reiche Erfahrungen gesammelt. Für einen imperialistischen Schacher ist es nicht zu gewinnen. Mahmoud Labadie, Sprecher der PLO: „Die PLO wird keinen einzigen Zentimeter des Westufers oder irgendeines anderen besetzten palästinensischen Territoriums aufgeben." (IHT, 21.7.)

Kommen sie nicht voran mit der Konterrevolution, werden sie wild, die Imperialisten. In der sowjetischen „Neue Zeit" steht das so: „... wird es zu einer gebieterischen Notwendigkeit, daß alle Seiten, die an einem gerechten und dauerhaften Frieden im Nahen Osten interessiert sind, *entschlossener* vorgehen. Deshalb ist die Einberufung der Genfer Konferenz von erstrangiger Bedeutung." (Nr.28/77). Als führende Kraft 'aller Seiten' verstehen sich die Sozialimperialisten selbst. Sie werden entschlossener vorgehen. Gegenüber beiden Supermächten muß man sich auf alle möglichen Abenteuer ihrerseits vorbereiten. Diese werden ihnen teuer zu stehen kommen, je besser die Völker darauf vorbereitet sind.

H.L.

Gemeinderatswahlen in Salzburg und Innsbruck:

Der bürgerlichen Propaganda müssen die Kämpfe und Ziele der Arbeiterklasse entgegengestellt werden

Die bürgerlichen Parteien haben in Salzburg und Innsbruck diverse Wahlprogramme und -broschüren für die Gemeinderatswahlen am 2. Oktober veröffentlicht. Darin übertrumpfen sie sich gegenseitig darin, den Volksmassen das Blaue vom Himmel herunter zu versprechen. Nicht zuletzt geht es jeder der Parteien - SPÖ, ÖVP und FPÖ - darum, möglichst viele Posten und Pfründe zu ergattern.

Der KB Österreichs hat kein Interesse, die gesellschaftlichen Verhältnisse in unserem Land zu verschleiern. Wir haben keine Versprechungen zu machen. Die Arbeiterklasse kann sich nur selbst aus diesen Verhältnissen befreien. Alle Versprechungen, die Arbeiterklasse könne sich mittels Reformen schrittweise aus Ausbeutung und Unterdrückung befreien, sind Schwindel. Wir werden im Wahlkampf verstärkt aufzeigen, daß die Parlamente, Landtage und Gemeindevertretungen nur demokratische Fassade vor der Herrschaft einer kleinen Minderheit von kapitalistischen Ausbeutern ist. Wir werden aufzeigen, daß nur der proletarische Klassenkampf, die soziale Revolution, die Errichtung der Diktatur des Proletariats und der Aufbau des Sozialismus der Weg ist, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und die Klassen abzuschaffen.

In Salzburg strebt der KB Österreichs eine Kandidatur an und ruft alle klassenbewußten Arbeiter und fortschrittlichen Menschen bei der Wahl am 2. Oktober auf, für diese Ziele und unsere Organisation, die diese Ziele vertritt, zu stimmen. Die bürgerliche Gesetzgebung hat viele Schikanen parat, um die Stimmabgabe für die revolutionären Ziele zu behindern. In Salzburg beträgt das für Kandidaten zum Gemeinderat vorgeschriebene Alter 24 Jahre. Schon mit 15 Jahren „reif" für die Ausbeutung, ist es dem Werktätigen 9 Jahre verwehrt, das passive Wahlrecht wahrzunehmen. Wir haben uns in Salzburg bei der Aufstellung der Kandidatenliste nicht an diese Einschränkung gehalten und auch jüngere Kandidaten aufgestellt. Während für die Kandidatur der bürgerlichen Parteien die Unterschriften von einem oder dreien ihrer Gemeinderäte auslangt, wird einer Kandidatur einer nicht im Gemeinderat vertretenen Organisation in Innsbruck die Einreichung von 250 Unterschriften für die Liste vorgeschrieben, ehe sie überhaupt kandidieren kann. Die Ortsgruppe Innsbruck des KB beteiligt sich deshalb noch nicht selbst an den diesjährigen Gemeinderatswahlen.

In Salzburg steht die Unterschriftensammlung bei derzeit 80 (2.8.) Unterschriften. In gesteigertem Maße werden Politik und Ziele unserer Organisation geprüft. In gesteigertem Maße wird die Frage erörtert, ob man bei den Wahlen ein „kleineres Übel", eine der bürgerlichen Parteien, wählen soll oder ob man die Wahl zwischen Pest und Cholera ablehnt und gegen diese Parteien und die von ihnen vertretene Ausbeuterordnung stimmt. Zur Debatte steht auch die Politik der KPÖ, die den Namen des Kommunismus in den Schmutz gezogen hat, deren Verrat am Marxismus-Leninismus es nötig gemacht hat, an den Aufbau einer neuen revolutionären Partei der Arbeiterklasse zu gehen. Treffend ist die Aussage eines 53 Jahre alten, langjährigen Mitgliedes der KPÖ, das am 2. Oktober für unsere Organisation stimmen wird und jetzt durch seine Unterschrift unsere Kandidatur unterstützt, daß die KPÖ ja „weich" geworden sei. Tatsächlich ist die KPÖ weich gegenüber der kapitalistischen Ordnung geworden und ist keine Partei mehr, die die Arbeiterklasse im revolutionären Kampf führen kann.

Wir sind in Salzburg weit davon entfernt, die nötigen ca. 1700 Stimmen für ein Mandat zu erhalten. Würden wir in den Gemeinderat kommen, würden wir genau dies tun: den Gemeinderat auch von innen als Betrugsinstrument der herrschenden Klasse enthüllen und die Ziele und Kämpfe der Arbeiterklasse propagieren.

Öfters wird die Meinung vertreten, daß eine Stimme für uns eine „verlorene" Stimme sei, da wir sowieso klein seien und nicht einmal in den Gemeinderat kämen. Die Stimme verloren *für wen?*

Die Bourgeoisie wird diejenigen Stimmen, die auf die Marxisten-Leninisten entfallen, mit der Goldwaage wiegen. Vordergründig wird sie über die sogenannte „Splittergruppe" spotten. In Wirklichkeit müssen die Herrschenden sehr genau die Stimmen zählen, die sich gegen Ausbeutung und Unterdrückung richten. Schon allein die Tatsache, daß auf dem Stimmzettel eine revolutionäre Organisation aufscheint, ist ihnen ein Dorn im Auge.

Auch wenn von der Möglichkeit des Einzugs in den Gemeinderat keine Rede sein kann, ist jede Stimme viel wert und wiegt schwer: Jede Stimme aber für die bürgerlichen Parteien ist in den Wind geworfen und hilft ihnen nur, ihr betrügerisches Geschäft fortzusetzen.

BO

Die Wirklichkeit schlägt dem Gerede der Politiker ins Gesicht

„Es gibt wenige Orte auf dieser Welt, die soviel Geborgenheit vermitteln, wie diese Stadt" (SPÖ-Wahlbroschüre „Innsbrucker Freizeitmagazin"). Das mag für die Herren Bankiers und Aufsichtsräte gelten. Wer ihre Geborgenheit durch die Enthüllung der Wahrheit und der wahren Zustände in unserer Gesellschaft stört, wird ausgeschaltet. Polizeieinsätze gegen Stelltafeln, Büchertische und Flugblattverteiler des KB sind in Innsbruck bereits alltäglich. Die SPÖ hat ihre Broschüre von der Werbeagentur Föst in Salzburg schreiben lassen: die kennen Innsbruck wahrscheinlich gerade von den Postkartenfotos der Broschüre; umso mehr Erfahrung haben sie im Verkaufen von x-beliebigen Schundwaren.

Wie stehts um die „Geborgenheit" der Arbeiter in Innsbruck

. Zwei Drittel der Arbeitsstätten in Innsbruck sind Kleinbetriebe mit weniger als 5 Lohnabhängigen. Die Zahl der Betriebe in produzierendem Gewerbe und Industrie ist in 10 Jahren, von 1964 bis 1973 um 256 gesunken.

Der Konkurrenzkampf ist mörderisch. Ein großer Kapitalist schlägt viele tot. Die Kriegsopfer sind die Lohnabhängigen: die, die ihre Arbeitsplätze verlieren und deren Kinder zu Tausenden nicht einmal einen Ausbeuter für ihre Arbeitskraft finden werden, und die, deren maßlos gesteigerte Ausbeutung die Betriebe konkurrenzfähig halten soll.

Zum Beispiel gibt es 33 Druckereibetriebe mit 979 Lohnabhängigen; 18 davon mit 1 – 20 Lohnabhängigen. In einem solchen Kleinbetrieb ist jetzt – ohne Neuinvestitionen in bessere Maschinen – kurzfristig ein Großauftrag zu erledigen. Zusätzliche Arbeiter werden nicht eingestellt. Das bedeutet 2 bis 4 Überstunden pro Tag und Arbeiter, die erzwungen werden sollen mit der Peitsche der drohenden Arbeitslosigkeit.

Die vier Großbetriebe mit über 500 Beschäftigten sind: Bahn, Post, Uniklinik und ein Bauunternehmen. Gerade in den Großbetrieben des öffentlichen Dienstes steigt der Druck auf die Beschäftigten. Auf den großen Postämtern 6010 und 6020 haben die Postler in Betriebsversammlungen gegen die unzumutbaren Arbeitsbedingungen (riesige Urlaubsrückstände, Unterbesetzung, KV-widrige Arbeitsbelastung) protestiert. In der Klinik ist eine Schweizer Unternehmensberatungsfirma am Werk, um alle Möglichkeiten der Verschlechterung der gesundheitlichen Betreuung und der gesteigerten Arbeitshetze für das Personal im Auftrag des Dienstherrn „wissenschaftlich" zu erforschen.

„Ist Ausbeutung des Arbeiters durch den Fabrikanten soweit beendigt, daß ihm der Arbeitslohn bar ausbezahlt wird, fallen die anderen Teile der Bourgeoisie über ihn her: der Hausbesitzer, der Krämer, der Pfandverleiher usw." (Marx/Engels, Das Kommunistische Manifest). Darüber können die Innsbrucker Lohnabhängigen mehr als nur ein Lied singen. Warum wohl eröffnet der große Handelskapitalist Hofer ein Geschäft nach dem anderen mit seinen billigen und schlechten Lebensmitteln? Die Lebensmittelpreise in Innsbruck gehören zu den höchsten in Österreich. Auf der Warteliste für Gemeindewohnungen stehen nach wie vor Tausende. Tausende leben zusammengepfercht in Garconnieren, die den höchsten Anteil an den neugebauten Wohnungen ausmachen. Dafür stehen Luxuswohnungen wie das Terrassenhaus an der Hungerburgstraße seit Jahren leer. Die Zusammenschlüsse von Menschen, die zum Kauf von Eigentumswohnungen gewzungen sind und sich bis an ihr Lebensende dafür verschulden mußten, gegen Ausplünderung, schlichten Betrug mit schlechtem Material, Baumängel, sind schon gar nicht mehr zu zählen. Auf dem Weg von den Schlafstätten in der Reichenau und im Olympischen Dorf zu den Arbeitsplätzen werden die Menschen durch die Mühle des „Generalverkehrsplans" getrieben; an der Parkplatznot bereichern sich die wenigen privaten Großgaragen und der Staat mit immer mehr und teureren Strafmandaten. Letzte Weihnachten lag die gemessene Schadstoffkonzentration in der Luft weit über den Gefahrenwerten. Das wurde verschwiegen, um den Fremdenverkehr nicht zu stören.

Die Arbeiter- und Volksmassen haben den Kampf gegen die kapitalistischen Verhältnisse aufgenommen

Leicht wird dieses Geschäft nicht werden: Von kämpferischen Betriebsversammlungen und Ortsgruppenversammlungen der Privatangestelltengewerkschaft bis zu Kampfaktionen der Druckereiarbeiter der „TT" in der letzten Lohnrunde, von der Demonstration gegen die Rennweg-Tiefgarage bis zum jahrelangen Kampf gegen die Stadtautobahn Südring und die Holzhammerbrücke, von Aktionen gegen die TVB-Tariferhöhung bis zu breiten und kämpferischen Demonstrationen gegen das imperialistische Atomenergieprogramm beginnt sich in Innsbruck der umfassende Widerstand gegen die Maßnahmen der Bourgeoisie und ihres Staates zu entfalten, der Angriff auf die herrschende Klasse zu formieren.

Im Wahlkampf werden diese Herren sich „unters Volk mischen" müssen. Sie werden da einiges zu hören bekommen und wir Kommunisten werden alles tun, um die Auftritte der bürgerlichen Politiker zu Abrechnungen mit ihren Schandtaten zu machen.

Wie wird er denn sein Geschwätz von „bürgernaher Politik" anbringen, der Herr Bürgermeister Lugger, der sich vor 500 Menschen, die gegen die geplante Holzhammerbrücke demonstrierten, im von der Polizei besetzten Rathaus verschanzte? Der ein „Bürgerinitiativengesetz" zu verantworten hat, das jedem zusammenschluß von Menschen gegen das soziale Elend bürokratische Fußangeln und polizeiliche Schikanen in den Weg legt, um die viele andere Gemeindebonzen den Innsbrucker Magistrat beneiden?

Was wird der Herr Obenfeldner von der SPÖ sagen, wenn er gefragt wird, ob er diesen brutalen Ausbeuter gemeint hat, als er die „lahme Wirtschaftspolitik" der ÖVP anprangerte („Innsbrucker Freizeitmagazin")? Daß er noch schärfere Hunde loslassen möchte? Was will uns diese Figur von „sicherer Zukunft" erzählen, die als Krankenkassendirektor gerade als Vorreiter der Politik des Angriffs auf die von den Lohnabhängigen angesparten Gelder der Sozialversicherung eine 15 %-ige Erhöhung der Zahlungen der Tiroler Gebietskrankenkasse an die Bezirkskrankenhäuser unterschrieben hat?

Schwer werden sie es haben, diese Herren. Und ihre kleinen Konkurrenten nicht minder. Was will denn der „Tiroler Arbeitsbund" des Nobelanwalts Steidl „das bürgerliche Lager stärker" und den Unmut über die Maßnahmen der Regierungspartei einfangen durch Gezeter über „Kampf gegen den Sozialismus?" Wer soll sich schon dafür begeistern, daß „auch die FPÖ im Stadtsenat vertreten sein muß"? Warum sollte die KPÖ, die sich in allen größeren politischen Bewegungen (wie dem Kampf gegen die Tariferhöhungen oder der Bewegung gegen das imperialistische Energieprogramm) sich abseits hielt, deren ganze Politik darauf gerichtet ist, die Widersprüche zwischen Arbeiterklasse und Kapitalistenklasse zu verkleistern.

Die Kommunisten müssen den Wahlkampf nutzen

Insgesamt: daß sich die verschiedenfarbigen bürgerlichen Betrüger im Spazierengehen breite Unterstützung für ihre Politik holen, dafür sind die Aussichten schlecht. Dafür, daß der Wahlkampf genutzt werden kann für einen Propagandafeldzug gegen die Bourgeoisie und für die Verbreitung der Anschauungen der Kommunisten, für den Zusammenschluß der Massen gegen den bürgerlichen Staat, dafür sind die Aussichten ausgezeichnet.

Die Ortsgruppe Innsbruck des Kommunistischen Bundes beteiligt sich *diesmal noch nicht* mit eigenen Kandidaten an den Gemeinderatswahlen.

Umso mehr werden wir den Wahlkampf nutzen, um unseren Einfluß zu vergrößern, um die bürgerlichen Politiker zu stellen und zu schlagen. Die soziale Lage der arbeitenden Massen, die Notwendigkeit des Zusammenschlusses gegen die Angriffe der Kapitalistenklasse auf den Lohn und den Arbeiterschutz, auf die Sozialversicherung; der Kampf gegen die gesteigerte Ausplünderung durch Steuern und Gebühren; die Aufdeckung der Gründe des Wohnungselends und der Misere der „Stadtplanung"; Fortschritte im Zusammenschluß der Massen gegen die Politiker der Ausdehnung des militaristischen Kasernensystems, gegen die chauvinistische Minderheitenpolitik, gegen die Atomkraftwerke und das imperialistische Energieprogramm, gegen die immer unverschämteren polizeilichen Schikanen gegen die Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit in Innsbruck – das sind die wichtigsten Fragen in unserem Auftreten in Innsbruck.

Wir rufen alle unsere Freunde und Sympathisanten auf, unseren Wahlkampf durch aktiven Einsatz und durch Spenden zu unterstützen. Wir rufen dazu auf, am Wahltag auf den Stimmzettel zu schreiben: „Vorwärts zur sozialistischen Revolution! KB"

GF, Ortsleitung Innsbruck

SALZBURG: Erster einer Reihe von Prozessen gegen Antifaschisten – Eine breite Aktionseinheit vorbereiten

Am 12. August findet ein Prozeß gegen den Lehrling Hannes Friedl, Mitglied des KB und Kandidat zu den Gemeinderatswahlen am 2. Oktober, statt. Es ist der erste von mehreren Prozessen, mit denen die Staatsanwaltschaft das entschlossene Vorgehen zahlreicher fortschrittlicher Menschen gegen einen Nazi-Informationsstand sowie dessen gewaltsamen Schutz durch die Polizei zu kriminalisieren versucht.

Die unverhüllte Verherrlichung des Nationalsozialismus unter dem Deckmantel einer Unterschriftensammlung für Hitler-Stellvertreter Heß am Alten Markt am 19. und 20. Mai stieß sofort auf die große Empörung der vorbeikommenden Salzburger Bevölkerung. Als die Proteststimmung am 20. Mai immer mehr auf Beseitigung des Nazispuks drängte, kam es zu einem äußerst brutalen Polizeieinsatz zum Schutz des Standes, wobei willkürlich 4 Menschen verhaftet und 3 Tage inhaftiert wurden. Seine Empörung gegen den Polizeiterror drückte in der Nacht darauf der Lehrling H.Friedl in Aufschriften wie: „Laßt die Antifaschisten frei!" z.B. auf dem Gefangenenhaus aus. Von der Polizei festgenommen und inhaftiert, läuft jetzt der Prozeß gegen ihn wegen boshafter Sachbeschädigung.

Gegen die vier anderen Verhafteten laufen Verfahren wegen 'Widerstand gegen die Staatsgewalt' und 'Körperverletzung'.

(Über die Vorfälle berichteten wir im Klassenkampf 11 und 12/77; Genaueres in der „Dokumentationsbroschüre des KB")

Die Gemeinde – Bestandteil des bürgerlichen Staates, Instrument der Reaktion

Dieser erste Prozeß gegen Hannes Friedl, wie die anderen Prozesse und Polizeistrafen (weitere 10 Personen bekamen Strafen wegen „Ruhestörung") werden vom Staatsapparat betrieben in seiner Aufgabe, jede fortschrittliche Aktion oder demokratische Regung des Volkes einzuschüchtern, niederzudrücken und zu kriminalisieren: Die Zusammenarbeit von Magistrat (Bewilligung des Nazistandes), Polizei (brutaler Einsatz), Justiz (Prozesse), ist die hervorstechende Tatsache der Ereignisse.

Wie beim gesamten Staatsapparat im großen Maßstab, zeigt sich auch die Aufgabe der Gemeinde als Instrument der fortschreitenden Reaktion, verbunden mit Ausplünderung und Niederhaltung des Volkes; verbunden mit Ausbau des Polizeiapparats (Streifenwagen, verstärkte öffentliche Polizeipräsenz, damit verbundene Flut von Organmandatsstrafen, Objektschutzübungen), ständigem Einsatz von Staatspolizei und Spitzel gegen das Volk: z.B. auf öffentlichen Aktionseinheitsverhandlungen, anderen politischen Versammlungen, beim Verteilen revolutionärer Flugblätter, Zeitungen usw. usf.

Dise Zusammenhänge müssen bei der Aufklärungsarbeit hervorgehoben werden, sie müssen auch von der Ortsgruppe im kommenden Gemeinderatswahlkampf gegen die bürgerlichen Parteien ins Treffen geführt werden. H.F. ist Kandidat der Ortsgruppe, wie auch Ludwig Hartinger, gegen den das Hauptverfahren betrieben wird.

Eine breite Aktionseinheit gegen den Prozeß organisieren!

Im Prozeß gegen H. Friedl rechnet sich die Klassenjustiz die besten Chancen für eine rasche Verurteilung aus, deshalb das Eiltempo und der Zeitpunkt mitten im Sommer: Die starke Solidaritätsbewegung unmittelbar nach den Verhaftungen (spontane Protestkundgebungen am alten Markt und die große Demonstration vom 26.5. mit über 750 Menschen) sitzt den Richtern noch gehörig in den Knochen.

Genauso wie der Staatsapparat in diesem ersten Prozeß die Weichen für alle weiteren Verfahren setzen will, muß die Solidaritätsarbeit dagegen mit aller Kraft vorbereitet werden: Der Prozeß kann nicht mehr verhindert werden, sein Verlauf bis zur Einstellung aber entscheidend für die anderen Prozesse beeinflußt werden, wenn alle Kräfte, die bereits im Mai entschieden gegen die Schandjustiz und für die Einstellung aller Verfahren aufgetreten sind, sich zusammenschließen und noch breitere Solidarität vor allem unter den Arbeitern hergestellt wird.

In einer breiten Informationsaktion mittels Flugblättern und Bildstelltafeln müssen vor dem 12. August die Ereignisse erneut an die Öffentlichkeit gebracht, die Spendenaktion fortgeführt und alle fortschrittlichen Kräfte zu einem entschiedenen Auftreten gegen den Prozeß am 12. August mobilisiert werden: in einer *zentralen Kundgebung vor dem Gericht vor Prozeßbeginn.*

Dazu strebt der KB eine *breite Aktionseinheit* aller fortschrittlichen Organisationen und Menschen an unter der zentralen Losung: „Einstellung des Verfahrens gegen Hannes Friedl! Einstellung aller Verfahren gegen die Antifaschisten!"

l.h.

Stand der Spendensammlung zur Deckung der Kosten des Verfahrens gegen die Antifaschisten

Einnahmen:

990,-	(in der kath. HS-Gemeinde ges.)
920,09	Spendenaktion „Marillenknödel" (MSB-Zelle Psychologie)
10,-	
20,-	
20,-	
150,-	
480,-	I.P. (Wien)
500,-	H.F.
200,-	N.N.
442,71	W.S.
1000,-	H.B.
271,20	Spendensammlung Straßenfest (MSB, KB)
100,-	S.A.
5104,-	

Aus dem Verkauf von bisher 265 „Dokumentationsbroschüren" des KB zum Solidaritätspreis von 10,- nach Abzug von 2 Schilling Herstellungskosten gingen insgesamt 2120,- S ein, davon:

120.00	15 Brosch. OG Graz
120.00	15 Brosch. OG Klagenfurt
1880.00	235 Brosch. OG Sbg.
2120,-	
Das macht zusammen	7224,-

Ausgaben:

1200.00	Rechtsanwalt
320.00	Fotos für Rechtsanwalt
1000.00	Aktionseinheitsflugblätter für Demonstration vom 26.5.
2520.00	

Dokumentationsbroschüre des KB Österreichs: „Sofortige Einstellung aller Verfahren gegen Antifaschisten!" zu beziehen über B. Ortner, Linzer Bundesstraße 33, 5023 Salzburg Solidaritätspreis 10,-S

Spendenkonto:
Salzburger Sparkasse 1242544,
Zahlungszweck: SOLIDARITÄT MIT DEN ANGEKLAGTEN ANTIFASCHISTEN! (Ludwig Hartinger)

Neues Tullner Komitee ruft zu Aktionen gegen[...] lieferung auf

Die Beschlüsse und Festlegungen der Delegiertenkonferenz der Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner vom 2. Juli 1977 sind ein ausgezeichnetes Mittel, um entlang den Forderungen und Beschlüssen der IÖAG die AKW-Gegner zusammenzuschließen und die Arbeit voranzutreiben. Von vorrangiger Bedeutung für die Arbeit im Tullnerfeld ist die Resolution, in der die Linie der KPÖ als der IÖAG widersprechend und dem Zusammenschluß der AKW-Gegner schadend verurteilt wird (siehe Kasten). Damit wird es in Tulln möglich, eine deutliche Trennungslinie zu ziehen zwischen dem KPÖ-Funktionär Baum und einigen Gefolgsleuten, die seine Rolle noch nicht durchschaut haben, auf der einen Seite und den konsequenten AKW-Gegnern, die die Beschlüsse der IÖAG in Tulln in die Tat umsetzen wollen, auf der anderen Seite.

Diese Resolution der Droßer Konferenz stand auch im Mittelpunkt der Diskussion auf einem Treffen von Tullner Aktivisten am 14. Juli. Da KPÖ-Revisionist Baum auf seine Gefolgsleute einwirkte, die Zustimmung zu dieser Resolution zu verweigern mit der Begründung, daß „dieser Beschluß keine Relevanz hat, da nur Redner maoistischer Herkunft auf der Konferenz gesprochen haben", beschlossen vier Aktivisten, die Zusammenarbeit mit diesen Leuten einzustellen. Sie bekräftigen, auf der Grundlage dieser Resolution arbeiten, die 4 Forderungen und die Plattform der IÖAG im Tullnerfeld verankern und sämtliche Beschlüsse der Konferenz verwirklichen zu wollen. Entscheidend zu dieser Spaltung hat auch der „Vorschlag zu einem Offenen Brief an die IÖAG" von KPÖ-Funktionär Baum, der in Tulln verbreitet worden war, in dem die Ereignisse in Tulln

Auszug aus dem Informationsblatt der IÖAG

Aus Tulln hatte die Konferenz mit großer Mehrheit (15:5) diesmal keinen Delegierten anerkannt. Das lag einerseits daran, daß der von einer der beiden Gruppen geschickte Vertreter nicht, wie vom GÖK vorgeschlagen, der gemeinsame Delegierte beider Gruppen war. Entscheidend für die Ablehnung war aber auch, daß dem geschickten Vertreter, der als KPÖ/KSV-Funktionär bekannt ist, von verschiedenen Seiten vorgeworfen wurde, nicht auf der Plattform der IÖAG zu stehen, sondern vielmehr zu versuchen, die Politik der KPÖ in die Tullner Gruppe hineinzutragen, was dort zu heftigen Auseinandersetzungen geführt und die Arbeit der Gruppe sehr behindert habe. Die Konferenz beschloß dazu auf Antrag einer Tullner Aktivistin folgende Resolution:

(mit 21 Stimmen, 3 enthalten, 7 dagegen)

„Die Konferenz fordert mit aller Entschiedenheit die AKW-Gegner des Tullner Feldes auf, auf der Grundlage der Forderungen der IÖAG und entsprechend den Beschlüssen dieser Konferenz, einheitlich vorzugehen. Angesichts der nicht wie erwartet guten Ausbreitung der Arbeit der AKW-Gegner im Tullner Feld muß besonders betont werden, daß diese Einheit nicht auf der Linie der KPÖ-Forderungen nach sicheren AKWen mit demokratischer Kontrolle hergestellt werden kann, ebensowenig durch das Hervorstreichen alternativer Energiequellen. Demgegenüber ist die Einheit nur möglich und muß mit allen Kräften angestrebt werden auf der Grundlage der uneingeschränkten Anerkennung sämtlicher 4 Forderungen der IÖAG. Aus aktuellem Anlaß und insbesondere zum Zwecke der besseren Verankerung im Tullner Feld erweitert die Konferenz die Forderung betreffend den Atommüll folgendermaßen:

Keine Atommüllagerung im Waldviertel, in Zwentendorf, in Tirol oder anderswo in Österreich!"

Verstärkte Zusammenarbeit niederösterreichischer AKW-Ge[...]

Am 31. Juli fand in Klosterneuburg ein Treffen von Vertretern niederösterreichischer Bürgerinitiativen und Aktivistengruppen gegen Atomkraftwerke statt. Es sollten die Möglichkeiten einer engeren regionalen Zusammenarbeit in Niederösterreich besprochen werden. Es kamen von jeder Gruppe mehrere Aktivisten (Korneuburg, Klosterneuburg, Tulln, Mödling, Neu Pölla, Mütter gegen Atomkraftwerke; der Vertreter des Arbeitskreises gegen Atommüll war wegen Krankheit verhindert), aus Wien waren als Beobachter Vertreter der BIAG und des AKAE anwesend. Es war dies das erste derartige Treffen, und die große Teilnehmerzahl zeigt, daß großes Interesse an gegenseitiger Unterstützung, Austausch von Erfahrungen und Planung für bestimmte Aktionen besteht. So konnten Festlegungen für eine Demonstration gegen die Brennelementelieferung getroffen werden, man einigte sich auf ein Plakat,

Inbetriebnahme des zweiten Atomkraftwerks Stein/St.-Pantaleon auf nach 1985 verschoben

Wie der Generaldirektor der Verbundgesellschaft, Erbacher, im Namen der österreichischen Elektrizitätsunternehmen kürzlich erklärte, muß das zweite und vor dem Baubeginn stehende Atomkraftwerk Stein/St.Pantaleon in Oberösterreich aufgrund einer reduzierten Stromverbrauchszuwachsprognose nicht wie geplant schon 1985 in Betrieb gehen, „was ja auch insofern seinen realistischen Hintergrund hat, als derzeit mit den Bauzeiten und Projektierungszeiten das zweite Kernkraftwerk in Österreich bis 1987 auch gar nicht in Betrieb gehen könnte" (Erbacher im ORF-Journal).

Und auf die Frage, ob sich damit die Elektrizitätswirtschaft von der Kernkraft abwende: „Nein, das heißt es keinesfalls, ich habe ja gesagt, das erste Kernkraftwerk ist mit dem Jahre 1978 in dem Programm *notwendigerweise* drinnen"...

Der einzige Haken daran ist, daß die Inbetriebnahme des ersten Atomkraftwerkes in Zwentendorf von einer breiten Volksbewegung bekämpft wird. Die neuen Prognosen Erbachers und seiner Kumpanen scheinen eben auf Einklang mit dem hinterhältigen Regierungskurs gerichtet, der schon seit einiger Zeit lautet: Das Zwentendorfer AKW muß unbedingt in Betrieb gehen, aber weitere Atomkraftwerke sollen vorläufig aufgeschoben werden. Abzielen tut diese Propaganda auf die Durchsetzung der Inbetriebnahme des ersten AKW mit allen Mitteln und auf die Brechung des Widerstandes, den es dagegen gibt.

Man wird sehen: Sollte es zur Inbetriebnahme des Zwentendorfer AKW 1978 kommen, so werden neue Zuwachsprognosen und die umso raschere Fortsetzung des AKW-Baus nicht lange auf sich warten lassen.

die Brennelemente-

und auf der Konferenz völlig entstellt wurden, in dem Mitglieder des gewählten Koordinationsausschusses verunglimpft, die Konferenz selbst heruntergemacht und IÖAG zu spalten versucht wurde, beigetragen. Alle ehrlichen Aktivisten wandten sich mit Entrüstung gegen solche Machenschaften.

Die neugebildete Gruppe verteilte am 22. Juli in Tulln und Umgebung ihr erstes Flugblatt zur Brennelementelieferung („KEIN URAN NACH ZWENTENDORF!") in einer Auflage von 1000 Stück. Ein Teil davon ging auch an die nahe gelegene Langenlebarner Kaserne und fand unter Bevölkerung und Soldaten große Beachtung.

Schon diese ersten guten Ansätze für eine breite Massenarbeit des Komitees zeigen, daß das alte Komitee die längste Zeit durch die von Funktionär Baum hineingetragene Linie der KPÖ an seiner Arbeit gehindert, eine Verankerung unter der Bevölkerung verunmöglicht und der Kampf gegen die Inbetriebnahme des Zwentendorfer Atomkraftwerkes sabotiert wurde. Schon im alten Komitee hatte es immer wieder die heftigsten Auseinandersetzungen gegeben, z.B. als Baum die begrenzten Kräfte der Gruppe bei der Vorbereitung auf die Demonstration am 12. Juni dazu einsetzte, alle möglichen bestimmen Transparente zu machen, aber kein einziges mit einer der Hauptforderungen der IÖAG.

Der schädliche Einfluß der von Baum hartnäckig verfochtenen KPÖ-Linie hat eine Spaltung des Komitees heraufbeschworen und notwendig gemacht. Die nun vollzogene Trennung von Baum und jener Handvoll Menschen, die ihm vorläufig noch folgen, ist die Voraussetzung für die Herstellung der breitestmöglichen Einheit im Kampf gegen das Atomkraftwerk und bedeutet - zumal im strategisch wichtigen Tullnerfeld - für die gesamte Bewegung gegen das imperialistische Atomprogramm und für den Aufbau einer geschlossenen Kampffront im Rahmen der IÖAG einen wichtigen Schritt vorwärts. V.S.

er-Gruppen im Rahmen der IÖAG

das in ganz Niederösterreich angebracht werden soll, ein Flugblatt zur Haltung der Parteien und der Politiker ist in Ausarbeitung. Es wurde betont, daß diese lose Form der Zusammenarbeit v.a. genutzt werden soll, um die Demonstration zum Parlament am 26. Oktober besser vorzubereiten, Politiker zur Rede zu stellen und die nächste Delegiertenkonferenz zu planen. All das soll die Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner (IÖAG) stärken und so die ganze Bewegung gegen Atomkraftwerke vorantreiben.

V.S.

Kreisky gegenüber „Mütter gegen Atomkraftwerke"

Am Montag, den 4.7., versuchte eine Delegation der „Mütter gegen Atomkraftwerke" eine Organisation, die in der IÖAG mitarbeitet, bei Bundeskanzler Kreisky unangemeldet vorzusprechen, da ihnen auf ihr Ansuchen erst im Herbst ein „offizieller" Termin für eine Vorsprache gegeben worden war. Der Bericht, der im Informationsblatt der IÖAG erschien, ist sehr vielsagend. Er lüftet einerseits ganz gründlich das Mäntelchen der geheuchelten Sorge um das Wohl des Volkes, mit dem sich der Bundeskanzler zu umgeben pflegt, und zeigt andererseits, daß das AKW-Programm der Regierung nur verhindert werden kann, wenn die Bewegung gegen AKW jedes Vertrauen in die bürgerlichen Politiker und das Parlament ablegt und auf die eigenen Kräfte vertraut. Eine machtvolle Demonstration am 26. Oktober vor das Parlament ist ein wichtiger Schritt um diese Herrn zur Verantwortung zu ziehen.

„Eine dreiköpfige Delegation gab diese Absicht (Kanzler Kreisky einen Brief zu überreichen) dem Portier bekannt und, wie nicht anders zu erwarten, bemühten sich sogleich Polizisten und Kriminalbeamte, uns von unserem Vorhaben abzubringen und zu vertreiben. Nach längerem Verhandeln trug unsere beharrliche Entschlossenheit den Sieg davon – vielleicht gab auch ein Anruf beim „Kurier", der die sofortige Entsendung eines Reporters en zusagte, den Ausschlag – und wir wurden in einen Verhandlungsraum geführt. Gleich danach trafen zwei Reporter ein und wenig später erschien – sichtlich schlecht gelaunt – der Bundeskanzler.

Frau J. ersuchte höflich, unseren unangemeldeten Besuch in Anbetracht der Dringlichkeit unseres Anliegens zu entschuldigen, und bat Dr. Kreisky unseren Brief zu lesen und bei der Entscheidung über die Inbetriebnahme des AKWs Zwentendorf unsere großen Sorgen um die Gesundheit unserer Kinder zu berücksichtigen.

„Halten Sie uns für schwachsinnig oder verantwortungslos?" war des Kanzlers ärgerliche Entgegnung. *„Wir haben schließlich auch Kinder und Enkel und haben uns von maßgeblichen Experten informieren lassen."* „Unter den vielen Wissenschaftlern, die vor Atomenergie warnen, sind doch schließlich auch Nobelpreisträger", erwiderte Frau J. „Glauben Sie, daß das Trottel sind?"

„Das habe ich nicht gesagt. Es gibt auf beiden Seiten ernstzunehmende Wissenschaftler." gab Kreisky zu.

„Man sollte doch ein so ungeheures Risiko nicht eingehen, wenn es nicht einmal wirtschaftlich notwendig ist, wie Berechnungen von Prof. Bruckmann beweisen", gab ich zu bedenken.

„Ach, der Bruckmann," meinte der Kanzler wegwerfend, *„Das ist ein Statistiker. Der hat sich schon oft geirrt. Es kommt auch gar nicht mehr darauf an, ob Zwentendorf in Betrieb geht, da ja rings um Österreich mehrere Kernkraftwerke stehen."*

Ich wandte ein, daß es für uns sehr wohl einen Unterschied mache, ob ein AKW 30 km vor Wien oder irgendwo im Ausland betrieben würde. Außerdem würden wir mit der Inbetriebnahme Zwentendorfs das moralische Recht verlieren, gegen AKWs an unseren Grenzen zu protestieren, und dann könne Rüthi auch in Betrieb gehen.

„Die Sache mit Rüthi ist längst erledigt. Dieses Werk hat schon einen neuen Standort bekommen. Gegen Rüthi haben wir uns gewehrt, weil die Abluft des Kraftwerkes über Vorarlberg gezogen wäre," belehrte uns Kreisky.

„Und die Abluft von Zwentendorf?! Zieht denn die nicht über Wien?!" fiel ich ein.

„Zwentendorf ist ein ganz anderes AKW. Das ist gar nicht gefährlich", behauptete er.

„Wir haben übrigens nicht nur vor einem möglichen Großunfall Angst, sondern sind in großer Sorge, daß die beim Normalbetrieb abgegebenen radioaktiven Stoffe, die in der Nahrungskette angereichert werden, Leben und Gesundheit unserer Nachkommen bedrohen", stellte Frau S. fest.

„Aber das ist ja gar nicht wahr. Das gibt es nicht. Es stimmt auch nicht, daß Milch radioaktiv verseucht werden kann. Sie sind falsch informiert und verhetzt. Die Argumente des Dr. Weish z.B., dessen Forschungsarbeit übrigens von uns finanziert wurde, sind geradezu grotesk. Ich sage Ihnen, beim Zwentendorf kommt überhaupt keine Radioaktivität heraus, weder über das Kühlwasser, noch über den Schornstein", erklärte der Kanzler dezidiert.

Auf Frau J.s Frage, wozu das Werk dann eigentlich den hohen Schornstein habe, brummte er nur: *„Jede Fabrik hat einen Schornstein."*

Als Frau J. noch einmal auf die allgemein bekannten Gefahren der AKW-Technik und auf zahlreiche bereits eingetretene Pannen hinwies, ließ sich Kreisky zu der ärgerlichen Antwort hinreißen: *„Reden's nicht so dumm daher! Und bilden Sie sich nicht ein, daß Sie die Bevölkerung repräsentieren. Da ist der Herr Benya, der repräsentiert mindestens so viele Leute wie Sie, ganz anderer Ansicht. Überhaupt ist die Radioaktivität gar nicht so gefährlich, wie man glaubt. Es gibt Wissenschaftler, die sagen, in geringen Dosen bewirkt sie sogar das Gegenteil. Darum fahren ja so viele Leute nach Bad Gastein."* Nicht ganz logisch fuhr er fort: *„Das Leben ist nun einmal gefährlich. Das ist eben so."*

„Sind sie also tatsächlich entschlossen, Zwentendorf in Betrieb gehen zu lassen?", fragte Frau J.

„Wenn die Atommüllfrage gelöst sein wird, wird Zwentendorf in Betrieb gehen", erklärte Dr. Kreisky.

Da beendete Frau J. die Diskussion mit den Worten: „Ich bin tief enttäuscht über den Verlauf dises Gespräches. Trotzdem appelliere ich noch einmal an Sie, Herr Bundeskanzler, bei der Entscheidung am Donnerstag die Sorgen der österreichischen Mütter zu bedenken."

Erst jetzt versuchte Kreisky die bekannte väterliche wohlwollende Maske wieder aufzusetzen und sagte: *„Ich habe Ihre Sorgen gehört. Sie können glauben, daß ich sie sehr, sehr ernst nehme."*

40 – 50.000 Demonstranten gegen AKW-Programm der französischen Regierung

40 – 50.000 Menschen demonstrierten am Sonntag, den 31.7., in Malville (Igére) in der Nähe von Lyon gegen das französische Akw-Programm. In Frankreich wird und insbesonders die Technologie der „Schnellen Brüter", die noch weit weniger beherrscht wird als die der konventionellen AKW, vorangetrieben. Die bei Malville gebaute Zentrale „Super Phénix" ist ein erstes Kraftwerk dieser Technologie. Insbesondere gegen diesen Bau richtet sich schon seit über einem Jahr der Kampf der französischen AKW-Gegner, die von einem wachsenden Teil des französischen Volkes unterstützt werden. Bereits im Juli 76 demonstrierten 20 - 30.000 Menschen gegen den „Super Phénix". Damals wurde ein ganzer Katalog von Maßnahmen des „zivilen Ungehorsams" beschlossen: Die ca. 5 Millionen durch die geplante Zentrale unmittelbar Betroffenen wurden aufgefordert, ihre Stromrechnungen um 15 % zu kürzen und das so eingesparte Geld bis zur Einstellung der Bauarbeiten auf einem gemeinsamen Bankdepot einzufrieren. Andererseits plante man direkte Aktionen um den Bau und die Zufuhr von Baumaterial zu verhindern. Diese Aktionen sollten Ende Juli in einer neuen Massenversammlung mit mehreren zehntausend Teilnehmern kulminieren, „einer offensiven Versammlung gewaltlos, wo wir uns das Recht nehmen und die Mittel verschaffen, den Bauplatz zu besetzen", erklärte damals einer der Organisatoren.

Obwohl die Regierung 5000 Polizisten zusammenzog, die wichtigste Durchzugsstraße in einer Länge von 10 km sperren ließ, eine große Brücke über die Rhone sperren ließ, gelang es ihr nicht, das Eindringen der Demonstranten in das 5 km um das Kraftwerk angelegte Sperrgebiet zu verhindern.

„Knapp nach Mittag durchbrach plötzlich eine Gruppe von tausend Kernkraftwerksgegnern den vordersten von fünf Polizeikordonen. Ungeachtet des Einsatzes von Tränengas setzten sie den Vormarsch fort," schreibt die Presse.

Angesichts weiterer Polizeikräfte und der Brutalität der Polizeiaktion, der ein Demonstrant zum Opfer fiel, gelang es nicht, bis zum Bauplatz vorzudringen.

Für die lokale Bewegung, der über 20 Bürgermeister und Stadträte von umgebenden Dörfern angehören, wie auch für die Anti-AKW-Bewegung in ganz Frankreich, bedeutet der trotz strömenden Regens gewaltige Aufmarsch eine große Ermutigung.

Offener Brief gegen die Haltung des ÖGB zur AKW- Frage

Der Angestelltenbetriebsrat der Firma Intercont-Spedition Linz verschickte an die Gewerkschaftszeitungen sowie an die Linzer Tageszeitungen einen offenen Brief, in dem er gegen die Haltung der ÖGB-Führung zum Bau von AKW'en protestiert. Unter anderem schreibt er:

Daß sich einige Gewerkschaftsführer wie Benya & Co. angesichts der unbestrittenen Tatsache, daß die Atomenergiegewinnung mit großen Risiken für die Sicherheit, das Leben und die Gesundheit der Menschen verbunden ist – gegen die arbeitenden Bürger im Interesse einer kleinen Kapitalgruppe stellen, ist schlicht gesagt ein Skandal."

Die Bundesregierung: Bei den anderen für den Naturschutz

Während die österreichische Bundesregierung in aller Eile im Waldviertel Probebohrungen für die Lagerung des Atommülls durchführen ließ, spielt sie sich in der OECD in einem Bereich, wo es sie nichts kostet, als „Naturschützer" auf: am Meeresboden.

Österreich deutete laut Presse vom 23.7. als einziges OECD-Land an, daß es gegen jede Versenkung radioaktiven Materials im Meer sei. Die anderen Länder beschlossen, die Lagerung - die schon seit Jahren durchgeführt wird - ab jetzt vorher anzukündigen.

ImfassendeRationalisierungsmaßnahmen ei der ÖBB - umfassende Verschlechte-rungen für die Eisenbahner

Um den ganzen Betrieb bei der ÖBB profitabler zu machen, fordert das ÖBB-Unternehmenskonzept bis 1980 – ein großes Rationalisierungsprogramm – kostendekkend zu arbeiten. Das heißt, noch mehr Sparsamkeit, rationellerer Einsatz von Mitteln, vor allem Personaleinsparungen entsprechend der vorgesehenen Dienstpostenplan-Kürzung um 1 bis 2 Prozent. Trotz Zunahme des Güter- und Personenverkehrs sind weitere Dienstpostenstreichungen von 4000 vorgesehen, bis 1985 sollen insgesamt 15.000 Eisenbahner abgebaut werden. Von 1970 bis 1977 wurden 4.084 Dienstposten eingespart, das ergibt eine Ersparnis von 657,5 Millionen Schilling für 1977, prahlt die Generaldirektion.

Auf der einen Seite wurden allein im Zeitraum von einem Jahr 950 Posten wegrationalisiert, auf der anderen Seite wurden in 9 Monaten (1.1.1976 bis 1.9.76) 9,2 Millionen Überstunden herausgeschunden. Diese Überstundenanzahl gerechnet auf normale Dienstposten ergibt für die ÖBB-Direktion eine Einsparnis von 3.227 Bediensteten. Im folgenden einige Beispiele von Dienstpostenkürzungen bzw. Einsparungen:

* Seit Beginn des Winterfahrplans 1976 sind im Zugbegleitdienst 1.500 Posten eingespart worden. Güterzüge ohne Frachtwechsel fahren bereits ohne Zugbegleiter. Parallel dazu müssen durch die Einführung des 1:0-Fahrens, die Zugsführer verstärkt die Tätigkeit des Gepäcks- bzw. Revisionsschaffners ausführen.

* Im Verschubdienst gibt es um 250 Posten weniger. Arbeit, die früher von zwei Verschubpartien gemacht wurde, muß heute eine erledigen.

* Im Raum Linz alleine fehlen 90 Schaffner. Im Schnellzug mit 15 Waggons bräuchte man mindestens 3 bis 5 Schaffner. Jedoch muß heute diese Arbeit unter scharfer Kontrolle der Direktion von 1 bis 2 Schaffnern geleistet werden.

* 99 Obermeister sind wegen der Stellenplanänderung wegrationalisiert worden. Das heißt, jeder 20. Verschubmeister wurde in Villach gestrichen. Ab 1.3.1977 wurden alle Aufsichtsverschubmeisterposten abgeschafft. Die Planung des Verschubablaufs schafft Fahrdienstleiter und Aufsichtsverschubmeister für Koordinationsaufgaben existiert nicht mehr.

* Fahrdienstleiter machen oft 18 Stunden den ununterbrochen Dienst, obwohl nur 12 Stunden erlaubt sind.

* Ohne technische Veränderungen wurden in Linz Bremsfahrer auf Kosten anderer Kollegen eingespart. Kombiniert mit den anderen Einsparungen des Personals durch technische und organisatorische Veränderungen der Arbeitsvorgänge verstärkten sich Intensität der Arbeit, Arbeitshetze, Verlängerung des Arbeitstages durch Überstunden. Das bedeutet aber Vermehrung der Arbeitsleistung und erhöhte Unfallgefahr für die Kollegen bei der ÖBB.

B.M.

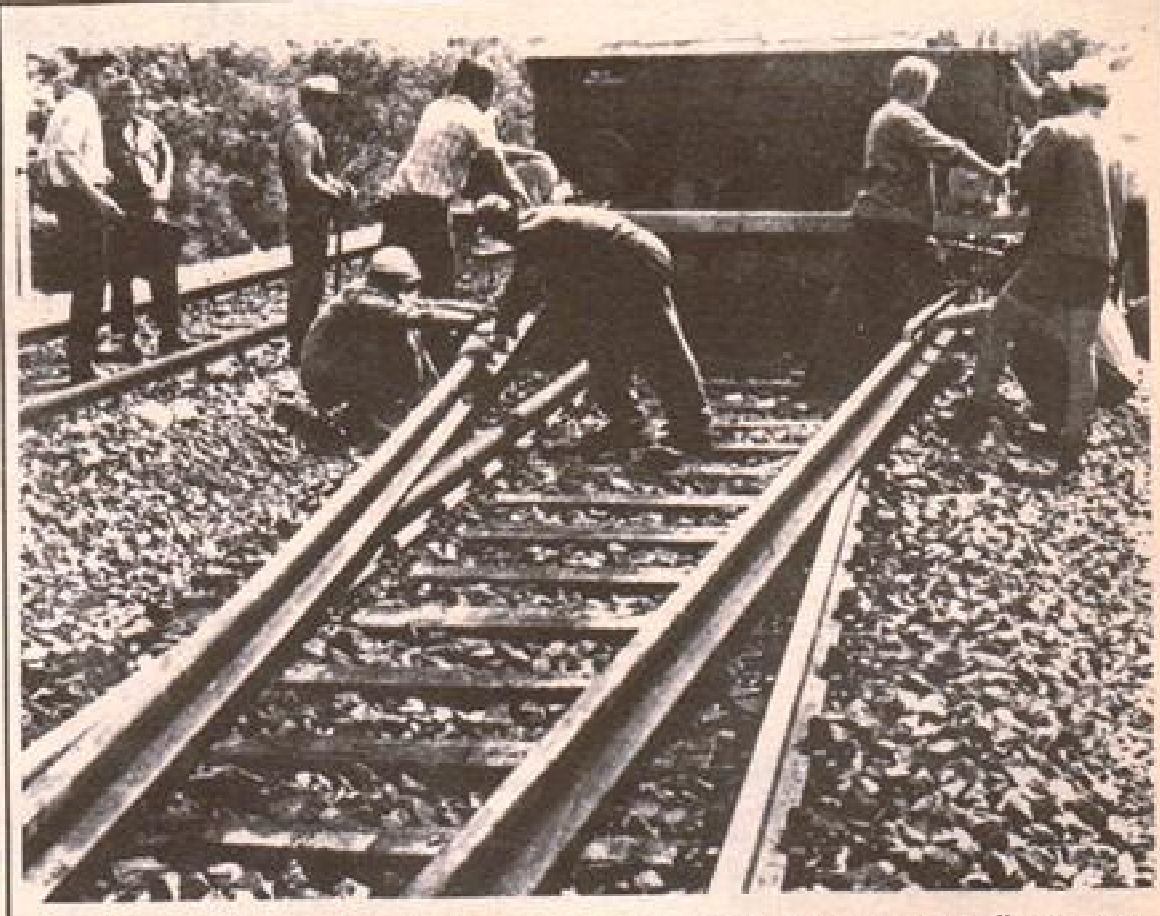
Linz-Kleinmünchen

Schon oft zugesagt ....

wurde einem Teil der Verschubbediensteten (3a Res.) daß die beiden Lautsprecher in der „Grube" hergerichtet bzw. erneuert werden sollen. Bis jetzt wurden sie noch immer nicht hergerichtet.

Wenn man zwischen den vollen Gleisen arbeitet und gerollt wird, oder in der Unterkunft ist, versteht man kaum, was durchgesagt wird. Das ist gefährlich.

Immer wieder wurde von den Verschiebern auf die Erfüllung der Forderung nach: Erneuerung bzw. tatsächlicher Instandsetzung der beiden Lautsprecher gedrängt. Dasselbe gilt für das sofortige Aufstellen der neuen Laternen. Seit Monaten wird herumgebastelt – seit Monaten zieht sich die Fertigstellung hinaus.



Die österreichischen Bundesbahnen sind der größte Transportbetrieb Österreichs. Über den Staat in der Hand der Kapitalistenklasse garantiert die ÖBB der herrschenden Ausbeuterklasse den Transport sämtlicher Waren und Güter zu günstigen Sondertarifen. 75% der Einnamen der ÖBB kommen aus dem Gütertransport. Die große Masse der 74.000 Eisenbahner sind produktive Arbeiter und unzertrennbarer Teil der Arbeiterklasse. Mittels der Dienstpragmatik wird versucht sie politisch und gewerkschaftlich zu entrechten – und so die Funktion dieses wichtigen Teils der Wirtschaft für die Kapitalistenklasse zu garantieren. Auf unserem Bild: Arbeiter der Bundesbahnen beim Gleisbau.

ÖBB-Verschub: Sicherheit – für wen?

Alle Eisenbahner, die im Bahnhofsdienst tätig sind – vor allem im Personen- und Güterverschub – wissen, wie wichtig die tatsächliche Reinhaltung der Bahnsteige und Gleisanlagen ist. Jeder weiß, was da nicht alles in den Verordnungen usw. steht.

Wie sieht es aber in der Wirklichkeit aus? Die Bediensteten haben sich bei Rüge und Strafe an die Paragraphen zu halten. Im Verkehrsunterricht wird immer viel darüber gesprochen. Geschrieben und geredet wird viel von seiten der Verwaltung.

Arbeiten müssen aber die Verschieber usw. vom Holz über Eisen und Draht, von Sand- und Kokshaufen bis zu Bremsklötzen und Bremsschläuchen usw. findet man alles zwischen den Geleisen und auf den Verschiebersteigen. Für die Reinhaltung wird nicht gesorgt von seiten der Verwaltung – aber von den Sicherheitsbestimmungen wird viel geredet. Fällt ein Verschieber – vor allem in der Nacht – zwischen die Schienen und verliert er einen Arm oder mehr – wer war dann schuld? Sicher der „unachtsame Verschieber".

Die Sicherheit der Bediensteten muß *direkt* durch die Vertrauensmänner und die Gewerkschaft kontrolliert werden. Alles andere ist nichts und bleibt nur am Papier. Die Verwaltung muß dazu gezwungen werden, tatsächlich für die Reinhaltung der Gleisanlagen zu sorgen. Und das bei Zeiten – nicht erst, wenn größere Unfälle passieren.

Abbau im Zugbegleitdienst – Arbeitsvermehrung beim Verschubdienst

15.000 Eisenbahner sollen eingespart werden und alle Versuche, eine Gruppe gegen die andere auszuspielen, wie es derzeit geschieht, dienen diesen Maßnahmen. So sollen durch Rationalisierungsmaßnahmen die Zugbegleiter eingespart werden, dafür kommt es beim Verschubdienst zu einer Vermehrung der Arbeit. Ein Beispiel soll das veranschaulichen, das aber für die ganzen Rationalisierungen bei den ÖBB stehen kann.

Auf einem Verschubbahnhof sind 5 Verschubpartien, eine davon hat eine Wochenleistung von 53 Stunden, die anderen 4 Partien haben einen Turnus von 16 Stunden Dienst, 32 frei. Nach Meinung der Verwaltung sind dazu 5 Verschubmeister, 5 Verschubaufseher und je zwei Springer sowie 15 Verschieber und je drei Springer notwendig, damit die Arbeit abgewickelt werden kann.

Beim Fahrplanwechsel wurden nun die Zugbegleiter von der Strecke Matzleinsdorferplatz nach Wr. Neustadt und von der Strecke Liesing-Waldmühle abgezogen. Für diese Strecken waren 3 Zugsführer, 9 Schaffner und die Ablösespringer notwendig. Um die Arbeit dem Verschub anzuhängen, war es notwendig, die Kollegen kurzfristig auf den genannten Strecken einzuschulen. Das ging im Schnellsiedeverfahren vor sich, ohne Einhaltung der dazu vorgeschriebenen Zeit. Der Verwaltung gelang es dadurch, daß sie den Verschiebern einige Posten versprach und auch vergab. Diese Postenvermehrung sah zunächst für den betreffenden Verschubbahnhof so aus: Es wurden zwei neue Verschubmeister, 3 Verschubaufseher und 10 Zugbegleiter zugeordnet, das heißt, auf dem Verschubbahnhof rückten einige Kollegen nach. So weit so gut. Von den Vertrauensmännern wird das als Sieg über die Verwaltung ausgegeben. Die Wirklichkeit sieht aber ganz anders aus:

Die einzelnen Verschubpartien setzen sich nun folgend zusammen:

Die Verschubreserve Südgruppe hat weiterhin 53 Wochenstunden, die Partie, die die Strecke Liesing-Waldmühle bedient hat, hat einen Verschubmeister, keinen Verschubaufseher, sondern nur 3 Verschieber in der Gehaltsgruppe 3A (Der Anfangsgehalt in dieser Gruppe beträgt bis zum 1.1.78 S 6.254,- die Gruppe 3B erhält am Anfang um S 262,- mehr, nach einigen Jahren geht der Unterschied zwischen beiden Gruppen bis etwa 400,- Schilling)

Die anderen zwei Partien, die die Strecke Brunn-Mödling bedient haben, haben stellenplanmäßig nur mehr einen Verschubmeister, zwei Verschubaufseher und 5 Verschieber. Der Dienst ist weiter 16 Stunden und 32 frei. Wie sieht es nun bei den verbleibenden 3 Partien aus? Bei diesen wurde ein neuer Turnus eingeführt: 12 Stunden Dienst, 24 Stunden frei; ihnen wurde die Strecke Matzleinsdorf – Wr. Neustadt übergeben. Bei den ausgehenden Zügen wurde schon im Vorjahr der Schlußschaffner eingespart, seit dem neuen Fahrplan sind alle Züge ohne Schlußschaffner. Das bedeutet: Alle Bremsproben müssen die Verschieber selbst machen.

Daß es bald zu Schwierigkeiten bei der Betriebsabwicklung gekommen ist, wird jedem klar sein, der mit der Materie ein wenig vertraut ist. Nicht so die Verwaltung. Gleich nach den ersten Touren machte man es so wie es immer ist, wenn sich die Herren geirrt haben: Die Verschieber wurden verantwortlich gemacht und ihre Arbeit überprüft. Ergebnis: Der Dienst wurde wieder geändert, es wurde ein sogenanntes Fünfer-Radl eingeführt, das für die Verschieber einen Vorteil hat, nämlich daß sie nicht so viele Nachtschichten haben. Die Brunn- und die Liesing-Partie wurden ergänzt, die Partie Südgruppe wechselte mit der Waldmühle-Partie. Allerdings nur einen Monat lang ging das so: Jetzt ist den Herren in der Verwaltung schon wieder etwas Neues eingefallen. Im nächsten Monat wird der Verschubaufseher in der Nacht abgezogen und muß wieder im 16-Dienst, 32-frei-Rhythmus arbeiten, er verliert zusätzlich seine Fahrgebühren. Bei den Verschiebern wird die Gehaltsgruppe 3B raffiniert eingespart: Sie kriegen nämlich nur 3A bezahlt, wenn sie Zugbegleitarbeit machen. Die Verwaltung spart sich die Schlußschaffner ein, die Verschieber machen die Bremsproben; die Verwaltung spart sich die Zugführer ein, denn die Verschubmeister machen die Arbeit dazu. Die Verwaltung spart sich nicht nur bei der Kopfzahl etwas ein, sondern auch bei den Gehaltsgruppen. Und das wollen die Vertrauensmänner den Kollegen als Sieg verkaufen!

Wir wissen allerdings, daß es noch nicht zu Ende ist mit den Einsparungsversuchen auf dieser oder der anderen Strecke. Aber die Verwaltung wird zur Kenntnis nehmen müssen, daß die Verschieber und alle im Fahrdienst Tätigen endgültig von der Sozialpartnerschaft genug haben. Sie ist ein Bremsklotz am Fuß der Eisenbahner. Daher Schluß damit. Die kommenden Personalvertretungswahlen sind eine gute Möglichkeit, den Herren in der Verwaltung und den Spitzenfunktionären der Gewerkschaft eine eindeutige Antwort zu geben, wenn sich die Kollegen bei er Abwehr auf die sich häufenden Angriffe auf ihre Arbeitsbedingungen hinter einem geeigneten Forderungsprogramm zusammenschließen und nur jenen Kandidaten ihre Stimme geben, die sich auf ein solches Programm stellen.

R.K., Bahnhof Liesing

Produktionsumstellung in der Fernmeldeindustrie im Dienste der Bourgeoisie - Abbau von 25 Prozent der Arbeiter und Angestellten

Die Umstellung der Produktion einer ganzen Branche von Elektromechanik auf Elektronik stellt die Arbeiter und Angestellten der Betriebe Siemens, ITT, Kapsch und Schrack vor die Aufgabe, die Auswirkungen dieser Umstellung, die die Kapitalisten auf die Beschäftigten abzuwälzen versuchen, abzuwehren.

Regierung und Gewerkschaftsführung stehen auf Seiten des Finanzkapitals und spielen Wegbereiter für die problemlose Durchsetzung der Abwälzung der Kosten und Auswirkungen auf die Werktätigen. Allein in Wien wird die Umstellung über 6000 Arbeitsplätze kosten, das ist für Kapitalisten, Staat und Gewerkschaftsführung eine feststehende Tatsache. Die Zeitung des ÖGB „Der Privatangestellte" faselt allerdings von „der stürmischsten Entwicklung in der Elektroindustrie, die alles bisherige in den Schatten stellt."

Alle reden sie vom unaufhaltsamen technischen Fortschritt und wollen mit diesem Geschwätz die Betroffenen, d.h. die Arbeiter und Angestellten vom Kampf gegen die Auswirkungen der Umstellung abhalten. Sie wollen den technischen Fortschritt für Rationalisierungen verantwortlich machen und mit diesem Gefasel ihre unmäßige Profitsucht vertuschen. Tatsächlich ist diese Umstellung ein technischer Fortschritt – aber Fortschritt unter dem Kommando des Kapitals, unter dem Kommando der Profitmacherei. Gerade an dieser Umstellung wird deutlich, in welchem Maß im Kapitalismus technischer Fortschritt zur Last für die Arbeiter wird: „Aber alle Vorteile dieser Entwicklung werden von den Kapitalisten usurpiert und monopolisiert, sodaß alle Mittel zur Entwicklung der Produktion sich für den Arbeiter in zusätzliche Mittel seiner Ausbeutung und Unterdrückung verwandeln. Sie verstümmeln ihn in einen Teilmenschen, entwürdigen ihn zum Anhängsel der Maschine, machen die Arbeit zur Qual und vernichten ihren Inhalt, entfremden ihm die geistigen Potenzen des Arbeitsprozesses, verunstalten die Bedingungen, innerhalb derer er arbeitet, unterwerfen ihn während des Arbeitsprozesses der kleinlichst gehässigen Despotie, verwandeln seine Lebenszeit in Arbeitszeit für den Kapitalisten." (aus: Programm des Kommunistischen Bundes Österreichs, S. 8)

Die Hintergründe der Produktionsumstellung

Was steckt hinter der Umstellung der Produktion in der Fernmeldeindustrie? Der Wunsch, durch Verbesserung und Ausbau des Fernsprechwesens der Völkerverständigung zu dienen? Das ist ein Aspekt, der nur in den Sonntagsreden von leitenden Funktionären der Post, der Fernmeldekapitalisten und der bürgerlichen Gewerkschaftsführer vorkommt. In Wirklichkeit ist es das nackte Profitstreben, das die Produktionsumstellung vorantreibt. Die Kapitalisten führen Modernisierungen Erneuerungen der Maschinerie und den Einsatz neuer Technologien nur dann durch, wenn sie durch Senkung der für ein Produkt notwendigen Arbeitszeit gegenüber der Konkurrenz einen Vorsprung gewinnen und für eine gewisse Zeit – bis die neuen Technologien allgemein eingeführt sind – einen Extraprofit herausschlagen. Bei der Ablösung der Elektromechanik durch die Elektronik hoffen die Kapitalisten auf solche Extraprofite, weil für die Fertigung der elektronischen Vermittlungssysteme wesentlich weniger Arbeitsstunden notwendig sind. Die österreichischen Kapitalisten sind gezwungen, hinter den führenden Fernmeldekonzernen nachzuziehen, wenn sie in der Konkurrenz nicht untergehen wollen. Das haben sie deutlich gespürt, als die AUA für ein neues Verwaltungsgebäude eine Nebenstellenanlage ausgeschrieben hat. Österreichische Firmen haben sich beteiligt, Siemens machte das billigste Angebot – 15 Millionen Schilling. Der schwedische Konzern Ericsson bot allerdings um 8 Millionen eine leistungsfähigere und modernere Anlage. Er machte das Rennen.

Aber nicht nur der Zwang der Fernmeldekapitalisten, Extraprofite zu machen steckt hinter der Umstellung. Die ganze Bourgeoisie hat ein Interesse am Ausbau des Fernsprechwesens. Ist es doch ein wichtiges Mittel, die Geschäfte der Ausbeutung einfach, rasch und reibungslos abzuwickeln. Zu diesem Zweck muß der Fernsprechverkehr ausgebaut und um weitere Dienstleistungen (raschere Vermittlung, Datenübertragung etc.) bereichert werden. Um dies zu bewerkstelligen, ist die Elektronisierung notwendig. Nicht zuletzt hat das Fernmeldewesen, seine Modernisierung und sein Ausbau Bedeutung bei der Aufrüstung der imperialistischen Staaten für einen neuen Krieg um die Aufteilung der Welt. Die Geschäfte der gesamten Bourgeoisie nimmt deren Staat wahr. Entsprechend forciert die Post heute die Umstellung.

Schließlich entspringt die Umstellung im Fernmeldewesen noch den Interessen des bürgerlichen Staates, selbst im eigenen Apparat kräftig zu rationalisieren, um so die Finanzkrise auf dem Rücken der öffentlich Bediensteten auszutragen. Denn die neuen Vermittlungseinrichtungen sind leichter zu montieren, automatisch zu prüfen und einfacher zu warten. Entsprechend heißt es in der „Industrie": *„Die neue Technik ist personalsparend, so daß der Ausbau des Telefonnetzes keineswegs mit einer parallel laufenden Vergrößerung des Personalstandes verbunden sein wird."*

Das liegt ganz auf der Linie der Post, die im vergangenen Jahr 564 Arbeitsplätze eingespart hat und auch im nächsten Jahr 1% weitere Arbeitsplätze einsparen will.

Was bringt die Produktionsumstellung?

Das ist heute zweifelsohne eine wichtige Frage für jeden Kollegen in der Fernmeldebranche. Ohne auf diese Frage eine Antwort zu haben, können wir uns heute weder überlegen, was gegen die nachteiligen Folgen dieser Umstellung getan werden kann, noch können wir die Kampfbedingungen bezüglich anderer Fragen, z.B. um eine ordentliche innerbetriebliche Lohnerhöhung, richtig einschätzen. Daß die Produktionsumstellung von elektromechanischen Bauteilen auf elektronische nur Nachteile für die Arbeiter und Angestellten bringt, kann heute nicht mehr geleugnet werden. Das haben die Kapitalisten schon unmißverständlich herausgelassen; und die Gewerkschaftsorgane haben es in ihren jüngsten Nummern bestätigt.

Die Auswirkungen sind in den einzelnen Betrieben auch schon zu sehen.

Ein kräftiger Personalabbau droht! Daraus machen die Kapitalisten kein Hehl mehr. Das Unternehmerblatt „Presse" schreibt dazu: *„Rund 6.200 Arbeitnehmer bei Siemens, Kapsch, ITT und Schrack sind in Österreich von der beschleunigten Entwicklung auf dem Fernmeldegerätesektor stark betroffen.... dürften in dieser Industriesparte bis 1980 um 30 bis 40% weniger Arbeitsplätze zur Verfügung stehen."* Das ist sicher keine Schwarzmalerei. In der Tat sind z.B. im Siemenswerk für *„Nachrichtentechnik und Datentechnik, das hauptsächlich Vermittlungsanlagen für die Post herstellt, derzeit noch 1.500 Leute beschäftigt. Vor 2 1/2 Jahren waren es noch 2.000."* (Presse)

Durch die Umstellung werden nämlich die Fertigungszeiten drastisch reduziert; z.B. verkürzt sich laut „Der Privatangestellte" die Herstellungszeit von Vermittlungsapparaten für Postämter von 98.900 auf 17.500 Stunden, das ist weniger als ein Fünftel.

Das kann man sich auch leicht vorstellen, wenn man die Unterschiede in der Produktion betrachtet. Für die Herstellung eines Flachrelais, um ein Beispiel zu nehmen, sind eine ganze Reihe von arbeitsintensiven Schritten notwendig. Die Spulen müssen gewickelt werden, eine Menge von Metallteilen ausgestanzt, das ganze zusammengebaut, justiert usw. werden. Werden elektromechanische Bauteile dann zusammengesetzt, müssen Kabelbäume gemacht werden, verlötet werden etc. Das alles sind Arbeitsgänge, die bei der neuen Fertigungsweise wegfallen oder sich auf ein Minimum reduzieren.

Nicht nur, daß die Fertigungszeit insgesamt verkürzt wird, wird ein Teil der Produktion gar nicht mehr im Betrieb durchgeführt. Die elektronischen Bauteile (Transistoren, Halbleiterdioden, Integrierte Schaltkreise usw.) müssen eingekauft werden, und zwar im Ausland.

Schließlich ist es so, daß die Fertigungszeiten durch Einsatz v.a. der Computertechnik noch weiter herabgedrückt werden können. Prüfarbeiten können automatisch durchgeführt werden; aber auch die Herstellung gewisser Fertigungsunterlagen kann automatisiert werden. Heute sind z.B. einige Angestellte damit beschäftigt, auszutüfteln, wie man für einzelne Schaltungen Leiterbahnen auf einer Printplatte anbringen kann, ohne daß sie einander kreuzen. In Betrieben, in denen die Umstellung schon weiter gediehen ist, erledigt diese Arbeit bereits der Computer.

Unter kapitalistischen Bedingungen führt die Herabsetzung der Produktionszeit aber nicht etwa zur Verkürzung der Gesamtarbeitszeit; sondern es wird einfach ein Teil der Beschäftigten auf die Straße gesetzt.

Besonders stark werden vom Abbau wohl jene Abteilungen betroffen sein, die elektromechanische Bauteile oder Teile davon herstellen bzw. Verdrahtungsarbeiten durchführen. Also z.B. Relaisbau, Spulenwicklerei, Stanzerei, Kabelbau, Zentralenbau. Aber auch Prüfabteilungen, sofern die Arbeit in Zukunft automatisch erfolgt. Man muß damit rechnen, daß ganze Abteilungen geschlossen werden. So sind z.B. im Wiener Siemenswerk (Apostelgasse) im Zuge der Produktionsumstellung die Bohrerei und Stanzerei als eigene Abteilung aufgelöst worden; letztes Jahr wurde im deutschen Siemenswerk (Bruchsal) der Werkzeugbau geschlossen. Andere Abteilungen werden zwar nicht gesperrt, aber eingeschränkt werden.

Um Kündigungen möglichst reibungslos über die Bühne zu bringen, werden die Kapitalisten sicher bestehende Spaltungsmomente zu nutzen suchen. Z.B. hat Siemens (Apostelgasse) bereits praktisch alle ausländischen Arbeiter auf die Straße gesetzt. Auch bei den anderen Betrieben ist es durchaus möglich, daß zuerst die ausländischen Kollegen drankommen. Diesen Spaltungsversuchen der Kapitalisten muß von Anfang an mit einer geeinten Kampffront aller inländischer und ausländischer Arbeiter entgegengetreten werden.

Die Umstellung bringt steigende Arbeitshetze!

Davon schweigen die Kapitalisten heute. Ebenso die Gewerkschaftsführung. Trotzdem ist es eine ausgemachte Sache. „Immer weniger Leute werden immer mehr produzieren", äußerte der Siemens-Generaldirektor. Und das heißt eben: Die einen werden überflüssig und die anderen müssen umso mehr schuften. Bei Siemens ist der stärkere Druck auch bereits deutlich zu spüren. „Mitarbeitergespräche" und ein neues Beurteilungssystem sorgen da schon für ein entsprechendes Klima. Jede Rationalisierungsmöglichkeit zu nutzen, ist gerade für die Fernmeldekapitalisten ein Gebot der Stunde. Bedeutet doch die Verlegung eines Teils der Produktion (Bauteile) in andere Betriebe, daß ihre Profite angegriffen werden. Gleichzeitig müssen sie mehr Kapital vorschießen für Maschinen, neue Räumlichkeiten etc.

Einen wichtigen Teil der Produktion wird nämlich die Printplattenfertigung ausmachen. Bei Schrack wurde gerade in den letzten Wochen eine neue Fertigungsstraße für solche Printplatten fertiggestellt. Bei Philips z.B. erfolgt die gesamte Arbeit im Akkord. Die Hetze beim Bestücken ist besonders arg. Ununterbrochen werden mit beiden Händen Bauteile eingesetzt, mit einem Fußpedal die Drähte der eingesetzten Bauteile weggezwickt. Keine „natürliche" Verschnaufpause gibt es bei dieser Arbeit. Die Nerven werden zum Zerreissen angespannt. Kein Wunder, daß es bei Philips immer wieder Kollegen gibt, die „durchdrehen". Größere Printplatten werden von mehreren Frauen im Gruppenakkord hergestellt. Da verstärkt sich noch mehr die Konkurrenz und Spaltung, die die Akkordarbeit ohnehin schon bedeutet.

Ein weiterer Aspekt: Dequalifikation der Arbeit

Die Produktionsumstellung bringt noch geistlosere und monotonere Arbeit und v.a. wird qualifiziertere Arbeit weniger gebraucht. Was sich Arbeiter in langer Arbeit an Kenntnissen und Fähigkeiten angeeignet haben, können sie sich nun auf den Hut stecken. Bei Schrack z.B. verrichtet ein großer Teil der Facharbeiter nur mehr Hilfsarbeiten. Aber auch bei Kapsch ist die Dequalifikation der Arbeit zu spüren. In einer Prüfabteilung kommen z.B. schon probeweise Telefone in der neuen Fertigungsweise hin. Hat man für die Prüfarbeiten bisjetzt qualifizierte Arbeiter gebraucht, so erledigt bei den neuen Produkten diese Arbeit ein Automat.

Die Produktionsumstellung öffnet der Lohndrückerei Tür und Tor

Wir haben schon davon gesprochen, daß die Kapitalisten dem Fall der Profitrate entgegenwirken müssen. Rationalisierungen sind eine Möglichkeit dazu. Lohndrückerei ist eine andere. Auch hier werden die Kapitalisten darauf spekulieren, daß sich die Arbeiter unter dem Druck der Entlassungen mehr gefallen lassen. Der Druck auf den Lohn hat dabei noch den für die Kapitalisten angenehmen „Nebeneffekt", den natürlichen Abgang zu beschleunigen, wodurch der Personalabbau reibungsloser über die Bühne gebracht wird. Die Schrack-Kapitalisten haben bereits eine Schritte in diese Richtung unternommen. Ein Teil der Produktion wurde einfach in Niedriglohngebiete in Niederösterreich verlegt.

Die Dequalifikation der Arbeit öffnet

Fortsetzung auf Seite 8

Maschinenfabrik Andritz/Graz:
Das neue Prämiensystem ist noch nicht durchgesetzt!

Bisher hat ein Teil der MFA-Angestellten jährlich eine Prämie bekommen. Diese Prämie schwankte zwischen 400,- bei niederen und 2.800,- S bei höheren Angestellten. Heuer wollen die MFA-Kapitalisten die Prämienvergabe an ein besonders raffiniertes und perfides Beurteilungssystem binden. Dagegen hat sich ein breiter Widerstand unter den Angestellten entwickelt. Eine Unterschriftensammlung wurde eingeleitet für die Einberufung einer Gruppenversammlung aller Angestellten. Die MFA-Kapitalisten reagierten mit der Kündigung des Initiators der Unterschriftensammlung.

Aber trotz disem massiven Druck und den verschiedenartigen Einschüchterungsversuchen ist es noch nicht gelungen, das System durchzusetzen.

In den bisherigen Auseinandersetzungen haben die Angestellten eine Reihe wichtiger Erfahrungen gesammelt:

* Ein guter Anfang war, daß die Angestellten selbst die Initiative ergriffen, um der Leistungsbeurteilung mit Prämienvergabe entgegenzutreten. Sie forderten die Gruppenversammlung aller Angestellten mit dem Ziel, auf dieser zu beraten, welche Auswirkungen so eine Leistungsbeurteilung mit Prämienvergabe auf die Belegschaft hat und welche Schritte die Belegschaft dagegen tun kann. Diese Unterschriftensammlung hat – trotz aller Schwierigkeiten, die dabei aufgetaucht sind – gezeigt, daß die Kollegen selbständig aktiv werden müssen und können, wenn sie ihre Interessen durchsetzen wollten.

* Heute zeigt sich aber auch, daß es besser gewesen wäre, wenn diese Unterschriftenliste ein klares Ziel, Forderungen enthalten hätte, die auf dieser Gruppenversammlung diskutiert und beschlossen hätten werden können, um so dem Kampf von Anfang an eine klare Stoßrichtung zu geben.

* Als sich die Auseinandersetzungen zuspitzten und Kollegen, welche die Liste unterschrieben, von den MFA-Kapitalisten unter Druck gesetzt und Kollege Heimel gekündigt wurde, ist vielen Kollegen klar geworden, daß die MFA-Kapitalisten dieses System auf Biegen und Brechen durchsetzen wollen und nicht zimperlich vorgehen, wenn sich die Kollegen gegen Maßnahmen zur Verschärfung der Ausbeutung, zur weiteren Aushöhlung der Arbeiterschutzgesetze und zur Aufspaltung der Belegschaft zur Wehr setzen und daran gehen, die eigenen Interessen durchzusetzen.

* Richtig und wichtig waren auch die Solidaritätsbekundungen einer Reihe von Kollegen, vor allem der Abteilung Papiermaschinenbau für die Wiedereinstellung von Kollegen Heimel. Damit wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Belegschaft jede Unterdrückungsmaßnahme gegen einzelne bekämpfen muß, wenn sie ihr Ziel, die Abschaffung der Leistungsbeurteilung und des Prämiensystems erreichen will.

* Als schlecht erwies sich, daß der Betriebsrat als Gremium bis jetzt nicht für die Interessen der Belegschaft aktiv geworden ist, daß er die Kollegen gegen die Angriffe der MFA-Kapitalisten nicht organisiert, ja nicht einmal ausreichend informiert hat, so daß sehr viele Kollegen erst durch die Flugblätter der Zelle MFA des Kommunistischen Bundes oder durch die Flugblätter des Kollegen Heimel erfuhren, was los ist. Im Gegenteil, der Betriebsrat hintertrieb sogar die Initiativen der Kollegen, indem er von Anfang an gegen die Unterschriftensammlung auftrat, die Leistungsbeurteilung „als einen Vorteil" bezeichnete, weil er dabei eine „echte Mitsprache" hat, die Kündigung von Kollegen Heimel mit ⅔-Mehrheit unterstützte, tatenlos den Einschüchterungsmanövern der Geschäftsführung gegen einzelne Kollegen zusah und so zum Handlanger der MFA-Kapitalisten bei ihren Angriffen auf die Belegschaft herabsank.

Zusammenfassend kann man sagen, daß durch die Aktivitäten der Angestellten die MFA-Kapitalisten ihre Angriffe nicht so durchsetzen konnten, wie sie wollten. Bis heute haben sie sich ihre Karten in bezug auf die Leistungsbeurteilung mit Prämie nicht auf den Tisch zu legen getraut. Sie haben zur Zeit die Absicht, die Bewegung gegen ihre reaktionären Angriffe totlaufen zu lassen. Zum anderen haben sie mit einigem Erfolg versucht, mit Spaltungs- und Ablenkungsmanövern die Auseinandersetzungen unter den Kollegen von der Leistungsbeurteilung wegzubringen, indem sie den Kampf der Belegschaft gegen die Firmenleitung als einen Kampf einzelner Aufrührer und Kommunisten gegen die Firmenleitung darzustellen versuchte, mit dem Ziel, die führenden Kräfte in der Belegschaft zu isolieren und wegzubringen. Dadurch wurde einigen Kollegen der Blick verstellt, begünstigt auch dadurch, daß Kollege Heimel in seinen beiden offenen Briefen an die MFA-Belegschaft auf dieses Abwiegelungsmanöver einging, obwohl jeder wußte, daß er wegen seines Auftretens gegen Leistungsbeurteilung und Prämiensystem gekündigt wurde.

Leistungsbeurteilung und Prämiensystem: Mittel zur Steigerung der Ausbeutung

Die Leistungsbeurteilung mit dem Prämiensystem ist für die MFA-Kapitalisten Teil eines Rationalisierungsprogramms, um ihre Konkurrenzfähigkeit auf den Märkten zu erhalten (MFA exportiert ca. 80 % seiner Produkte). Durch gesteigerte Ausbeutung im Betrieb, durch weiteres Hinunterdrücken des Lohns, durch Intensivierung der Arbeit, durch Maßnahmen zur Verlängerung des Arbeitstages, wie Überstundenschinderei und darüber hinaus z.B. durch die Einführung sogenannter „Pauschalarbeiten" bei den Angestellten, die außerhalb des normalen Arbeitstages gemacht werden sollen, und mit einem Pauschalbetrag abgegolten werden. Also auf Kosten der Arbeiter und Angestellten sollen die Profite der MFA-Kapitalisten gesichert werden.

Die Schinderei der Kollegen für die Profite der MFA-Kapitalisten sollen dann in der Leistungsbeurteilung „beurteilt" werden. Und für eine geduldete Ausbeutung und Unterordnung der eigenen Interessen unter die Profitinteressen der Kapitalisten zahlen sie „Prämien", und tun so, als ob es sich dabei um ein Geschenk handle.

Tatsache ist jedoch, daß es sich bei dieser Prämie schon längst um einen Teil des Gehalts, um einen Teil des Preises der Arbeitskraft der Angestellten handelt. Denn das weiß jeder Angestellte noch von seinem Arbeitsantritt her: die Prämie wurde immer als Teil des Gehalts versprochen, und jeder Kollege hat jährlich damit gerechnet.

Durch dieses System wollen die MFA-Kapitalisten trotz enormer Steigerung der Ausbeutung der großen Mehrheit der Kollegen diesen Teil des Lohns von einer speziellen Beurteilung abhängig machen.

Doch gerade die Steigerung der Ausbeutung bewirkt, daß die Kollegen mehr Geld zur Erhaltung ihrer Arbeitskraft brauchen.

Gleichzeitig wollen die Kapitalisten, daß sich die Kollegen durch das Prämiensystem aufspalten lassen in gegeneinander konkurrierende Gruppen und Individuen in der Hoffnung, „Prämiengeschenke" zu erhalten.

Dies entspricht aber nicht den Interessen der Kollegen. Deshalb schrieb die Zelle MFA in einem Flugblatt am 27.7.:

„DIE KOLLEGEN BRAUCHEN DAS PRÄMIENGELD!
ABER: 1. ALLE KOLLEGEN UND 2. KEINE ALMOSEN!"

Das heißt: Es ist notwendig, daß *alle* Kollegen eine Prämie bekommen, und es muß ein Betrag sein, der sich sehen lassen kann, nicht einige hundert Schilling Almosen!

Es ist damit zu rechnen, daß die MFA-Kapitalisten schon in absehbarer Zeit mit Maßnahmen zur Durchführung der Leistungsbeurteilung und mit Prämienvergabe auf den Plan treten werden. Über die Ablehnung der Leistungsbeurteilung hinaus wäre von den Angestellten zu überlegen und festzulegen, wie diese Prämie einerseits abgesichert werden kann, z.B. ein fixer Termin im Jahr, wann sie auszbezahlt werden muß, und andererseits, wie hoch sie sein muß; z.B. ob sie als gleich hoher Betrag für alle Kollegen ausbezahlt werden soll oder ob die Prämie in Form eines 15. Gehalts gezahlt werden soll. Darüber diskutieren derzeit die Kollegen bei MFA.

B.T., Zelle MFA, OG Graz

Fortsetzung von Seite 7

den Kapitalisten Tür und Tor, qualifizierte Arbeitskräfte zu entlassen und neue zu niedrigerem Lohn einzustellen. Das trifft natürlich nicht nur die Neueingestellten. Denn es verstärkt sich natürlich der Druck auf alle Löhne dadurch; weiters werden Konkurrenz und Spaltung verstärkt. Diesem Gesichtspunkt müssen wir besondere Aufmerksamkeit schenken, wenn bei Kapsch heute in einigen Abteilungen (z.B. im Werkzeugbau) Leute entlassen werden und neue eingestellt werden. Man kann Gift darauf nehmen, daß die Löhne der neuen niedriger sind.

Die Kapitalisten werden aber auch den herrschenden Druck nutzen um möglichst den Ist-Lohn bei Versetzungen in Richtung Kollektivvertragslohn zu senken oder gar Einstufungen in niedrigere Lohngruppen vorzunehmen. In der Apostelgasse bei Siemens hat es solche Maßnahmen tatsächlich schon gegeben. Um der Rechtslage dabei zu entsprechen, können die Kapitalisten zum Mittel der sogenannten Änderungskündigung greifen: Sie kündigen und stellen gleich wieder ein – allerdings zum niedrigeren Lohn.

Weitere Folgen der Produktionsumstellung

Wenn die Produktion im größeren Maßstab erst einmal umgestellt wird, könnte es auch zu Versuchen der Überstundenschinderei kommen, zumindest so lange, bis die Anfangsschwierigkeiten der neuen Produktion überwunden sind. Vielleicht erwägen die Kapitalisten auch die Einführung der Schichtarbeit, um die neuen Maschinen und Geräte besser auszulasten? Die Ausdehnung des Arbeitstages durch Überstunden und Schichtarbeit läge jedenfalls ganz auf der Linie der Produktionsumstellung.

Kann etwas gegen die Auswirkungen der Umstellung gemacht werden?

Die Produktionsumstellung selbst läßt sich nicht aufhalten; das wäre eine Illusion. Aber ihre nachteiligen Folgen können sehr wohl bekämpft werden. Dazu braucht man eine einheitliche Kampffront der Belegschaft. Im deutschen Siemenswerk Bruchsal hat der Aufbau einer solchen Front z.B. schon große Fortschritte gemacht. Gegen Entlassungen im Zuge der Produktionsumstellung hatten im vorigen Jahr mehrere Abteilungen gestreikt, am 17. Juni legten 1000 Arbeiter die Arbeit nieder und demonstrierten durch das Werk.

Um eine solche Kampffront aufzubauen braucht man natürlich konkrete Information über den Gang der Produktionsumstellung und ihre Auswirkungen. Wir haben da bis jetzt nur einige Bruchstücke zusammentragen können und einige Vermutungen angestellt. Es kommt darauf an, daß alle Kollegen in ihren Abteilungen genau die Veränderungen beobachten, sie untereinander diskutieren, sich mit anderen Abteilungen verständigen.

Um eine Kampffront aufzubauen ist es aber auch notwendig, sich über die Forderungen zu verständigen, unter denen die Auswirkungen der Produktionsumstellung bekämpft werden können. Diese und ihre jeweilige Bedeutung werden sich mit dem Gang der Umstellung selbst ändern.

Um eine Kampffront aufzubauen, müssen wir uns aber auch über die Kampfbedingungen Klarheit verschaffen. Die Kapitalisten haben heute sicher nicht viel Spielraum für ihre Pläne. Sie sind gezwungen, möglichst zügig und reibungslos die Umstellung über die Bühne zu bringen. Die Konkurrenz zwingt sie dazu. Das heißt, daß sie einerseits mit einer gewissen Härte vorgehen werden, andererseits aus Angst vor Auseinandersetzungen, die die Sache verzögern könnten, zu Zugeständnissen bereit sein könnten. Probleme bei der Herstellung einer einheitlichen Kampffront schaffen sicherlich der Informationsmangel und die Tatsache, daß die Umstellung in den verschiedenen Abteilungen ungleichzeitig und in verschiedenem Ausmaß durchgeführt werden wird. Das kann aber unterlaufen werden, wenn alle Informationen quer durch den ganzen Betrieb weitergegeben werden und sich bei jeder Maßnahme in einer Abteilung die ganze Belegschaft hinter die betroffenen Kollegen stellt. Eine solche Bewegung schafft auch günstige Bedingungen dafür, daß sich in den anderen Fernmeldebetrieben etwas rührt. Und das würde wiederum die Gewerkschaftsführung der Metallarbeiter unter Druck setzen.

Jedenfalls:
In dem Maße, in dem sich eine einheitliche Front der Arbeiter und Angestellten zur Abwehr der drohenden Auswirkungen der Produktionsumstellung entwickelt, in dem Maße wird es den Kapitalisten erschwert, diese Umstellung auf dem Rücken der Arbeiter durchzuführen.

(Aus der Betriebszeitung der Zelle Kapsch/Wien)

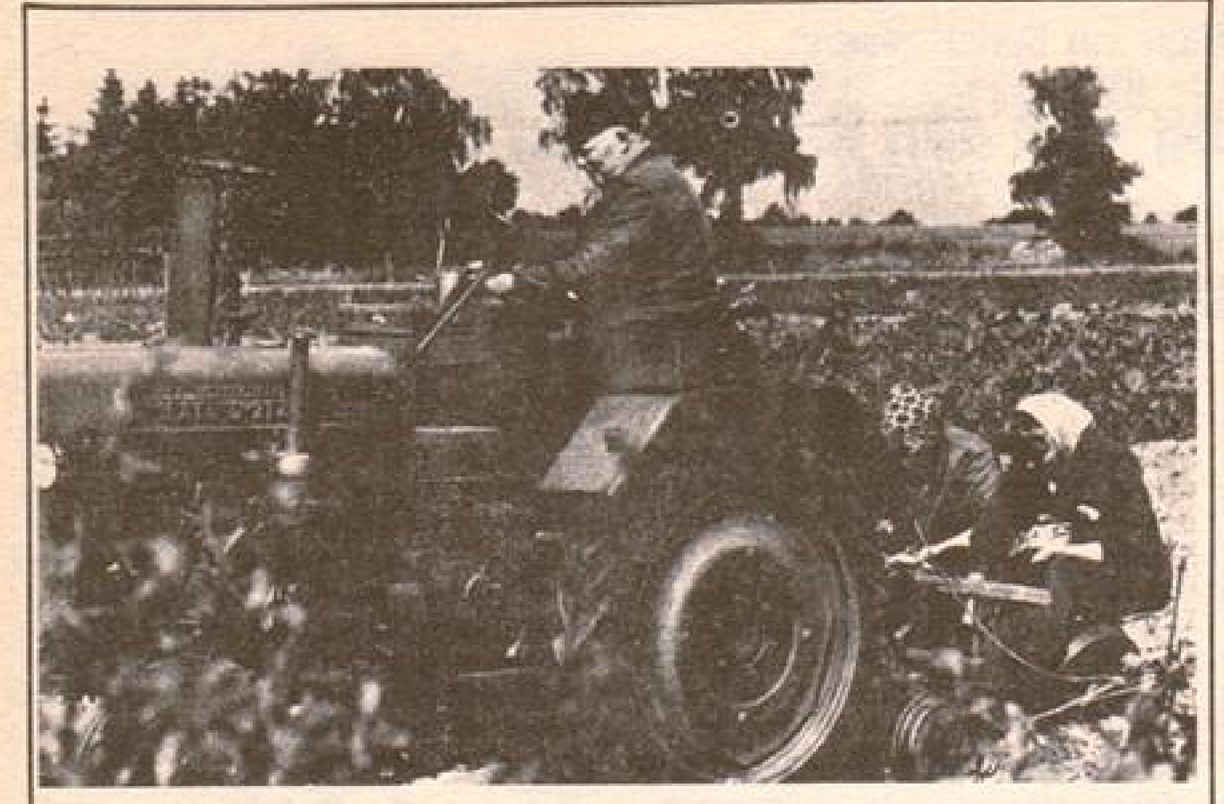
Zwei Streiks für sofortige Lohnauszahlung

125 Arbeiter wurden in den letzten Wochen vom Radiatorenwerk Pesch in Radegund bei Graz gekündigt, 15 davon am 29. Juli. Zur Zeit sind noch 85 Arbeiter und 26 Angestellte im Werk. Unklar ist, ob bzw. wie der Betrieb weitergeführt wird, die Lohnauszahlungen verzögern sich immer wieder beträchtlich und es ist praktisch aussichtslos für die Kollegen, in der Nähe eine gleichwertige Arbeit zu finden.

Um die sofortige und pünktliche Lohnauszahlung zu erreichen, haben die Arbeiter und Angestellten vor dem 1. Juli eine Stunde und vor dem 15. Juli zweieinhalb Stunden erfolgreich gestreikt.

Das sind angesichts der langjährigen Demoralisierung der Kollegen durch verschiedene Kündigungswellen, periodische Zusperrgerüchte und nicht zuletzt durch die vom Pesch-Kapitalisten Schuster zielstrebig betriebene Spaltung zwischen Arbeitern und Arbeiterbauern vorwärtstreibende Schritte der Belegschaft zur Verteidigung ihrer Interessen.

K.W./ Ortsgruppe Graz



Beim Aufbau der Arbeitsteilung des gemeinsamen Agrarmarktes blieben Millionen kleiner Bauern in den EG-Ländern auf der Strecke. Allein zwischen 1959 und 1969 wurden 4,2 Millionen Bauern und weitere 850.000 Landarbeiter in den EG-Mitgliedsstaaten vom Land in die Fabriken der Kapitalisten zur Ausbeutung getrieben.

Der Druck der EG auf die österreichische Landwirtschaft wird auf die Kleinbauern und auf die Arbeiterklasse abgewälzt

Das Handelsbilanzdefizit Österreichs ist vor allem 1976 deutlich angestiegen. Allein gegenüber der Europäischen Gemeinschaft (EG) betrug es 60 Milliarden Schilling, wobei der Agrarsektor mit etwa 18 Milliarden ⅓ des Defizits trägt, d.h. es wurden Waren aus landwirtschaftlicher Produktion im Werte von 18 Mrd. S mehr einals ausgeführt. Daran wird der 1. Juli 1977, der Tag, an dem die Zollschranken zwischen der EFTA und der EWG gefallen sind, nichts verbessern; er wird diese Entwicklung eher noch verstärken. Um dieser für die Kapitalisten ungünstigen Entwicklung gegenzusteuern, trafen sich Anfang Juni die Regierungsvertreter in Hernstein. Sie haben dort Maßnahmen beschlossen, die darauf abzielen, dem Handelsbilanzdefizit durch beschleunigten Ruin der Kleinbauern und durch die Verteuerung der Grundnahrungsmittel (Öl, Margarine, Getreide) Herr zu werden.

Seit 1. Juli 1977 können jetzt 80 % der österreichischen Exportartikel in die EG und von der EG nach Österreich zollfrei geliefert werden. Ausgenommen sind davon die „sensiblen Produkte" (Papier, Textilien, Edelstahl und Hartmetalle) und die Agrarprodukte.

Das Freihandelsabkommen Österreichs mit der EG hat seit 1973 für die österreichische Bourgeoisie einige profitable Geschäfte gebracht, doch zeigte sich im Laufe der Jahre immer deutlicher, daß sie mit der EG-Konkurrenz nicht mithalten kann. Österreich wird heute von EG-Waren überschwemmt, während der Export österreichischer Waren in die EG stagniert.

1976 standen 71 Milliarden Schilling an Exporten 130 Milliarden Schilling an Importen aus der EG gegenüber. Das ergibt ein Passivum von knapp 60 Milliarden allein gegenüber der EG, ein Passivum, das 1975 noch bei 43,9 Milliarden hielt. Ein Drittel davon betrifft die Landwirtschaft. (siehe nebenstehende Grafik).

EG-Agrarpolitik: „Bauernlegen" * – Wucherpreise für die Massen – Überproduktion

* Ausdruck aus dem Bauernkrieg: Ruinierung der Bauern

1958 legten die Vertreter des Monopol- und Finanzkapitals aus den Niederlanden, Frankreich, Italien, Belgien, Luxemburg und der BRD im „Vertrag zur Anwendung des gemeinsamen Marktes in der Landwirtschaft" z.B. die folgenden Richtlinien fest: „Ziel der gemeinsamen Agrarpolitik ist es, die Produktion der Landwirtschaft durch Förderung des technischen Fortschritts, Rationalisierung der landwirtschaftlichen Erzeugung und den bestmöglichen Einsatz der Produktionsfaktoren, insbesondere der Arbeitskraft, zu steigern ....."

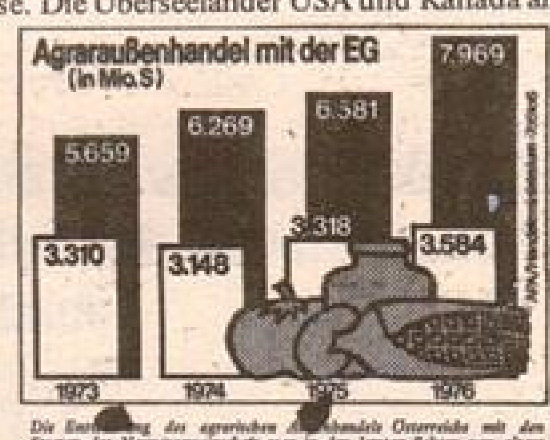
Diese Pläne sind teilweise schon realisiert worden: Die „Rationalisierung der landwirtschaftlichen Erzeugung" bedeutete die beschleunigte Vernichtung tausender Kleinbauern, die eine vielseitige Landwirtschaft betreiben; die Konzentration des Bodens und die Produktivitätssteigerung in der landwirtschaftlichen Produktion durch den Anbau nur weniger, häufig auch nur eines Produkts, wurde vorangetrieben. Allein zwischen 1959 und 1969 wurden 4,2 Millionen Bauern und weitere 850.000 Landarbeiter in den EG-Mitgliedstaaten vom Land in die Fabriken der Kapitalisten zur Ausbeutung getrieben. Die Produktivität der landwirtschaftlichen Erzeugung ist aber gleichzeitig schwungvoll angestiegen.

Die Vernichtung der kleinbäuerlichen Produktion und eine großflächigere und produktiver betriebene Landwirtschaft war für die westeuropäischen Imperialisten notwendig. Im Kampf um die Weltherrschaft versuchen die beiden Supermächte USA und UdSSR, sich ganz Europa zu unterwerfen. Sie haben jeweils einen Teil Europas unter ihren Einfluß gebracht und versuchen, der anderen Supermacht Einflußgebiete zu entreißen. Die westeuropäischen Staaten wurden von den US-Imperialisten aufgepäppelt. Um in der wachsenden Rivalität der beiden Supermächte nicht aufgerieben zu werden, treibt es die westeuropäischen Staaten zum Zusammenschluß. sie liegen aber sowohl gegenüber dem US-Imperialismus und der anderen Supermacht Sowjetunion in Konkurrenz als auch untereinander. Um den US-Imperialismus vom europäischen Agrarmarkt zu vertreiben, mußten die einzelnen Länder die Lebensmittelversorgung sich zum größten Teil selbst sichern. Das konnten sie nicht allein, sondern nur über einen gemeinsamen Markt. Gleichzeitig mußten sie mit der Vernichtung der kleinbäuerlichen Produktion die Produktivität in der Landwirtschaft erhöhen und die Produkte, die sie bisher vor allem importiert hatten, selbst herstellen lassen.

Beim Aufbau der Arbeitsteilung des gemeinsamen Agrarmarktes blieben Millionen kleiner Bauern in den EG-Ländern auf der Strecke. Ein Beispiel für diese neue Arbeitsteilung innerhalb der EG bringt der italienische und französische Weinbau. Der Anbau einzelner Kulturen soll dort konzentriert werden, wo die Produktionsbedingungen am günstigsten und daher die Agrarprodukte am billigsten sind. Italien bekam deshalb das Weinanbaumonopol innerhalb der EG, Frankreich mehr Marktanteile an der Milch- und Fleischproduktion. Die französischen Obst- und Weinbauern im 'Midi' (Mittelmeerraum) wurden ruiniert und durch die Tourismusindustrie entweder vertrieben oder in ihr aufgesaugt.

Wer da glaubt, daß bei solch „kluger Arbeitsteilung" die werktätigen Massen sicherlich mit billigen und gleichzeitig hochwertigen Nahrungsmitteln versorgt werden, der täuscht sich gewaltig.

Die Agrarpreise in der EG liegen um 25 - 30 % über dem Niveau der Weltmarktpreise. Die Überseeländer USA und Kanada am Getreidesektor, Argentinien und Brasilien auf dem Fleischsektor und Australien und Neuseeland bei Milch und Milchprodukten produzieren um ein Vielfaches billiger: Rindfleisch um 50 %, Milch und Milchprodukte um 25 - 40 %.



Die Entwicklung des agrarischen Außenhandels Österreichs mit den Staaten der Neunergemeinschaft war in den letzten Jahren von einem sprunghaften Ansteigen des Passivsaldos gekennzeichnet. Während einerseits die österreichischen Agrarexporte in die EG-Staaten stagnierten, was in erster Linie durch den fast völligen Ausfall der österreichischen Schlachtrinderexporte bewirkt wurde, nahmen die Exporte der Gemeinschaft nach Österreich aufgrund der von ihr gewährten Subventionen und der vergleichsweise liberalen Einfuhrpolitik Österreichs beträchtlich zu. Der Einfuhrüberschuß erreichte im Vorjahr 4,38 Mrd. Schilling, nach 3,26 Mrd. Schilling 1975.

Die Einfuhr solcher Produkte wird entweder überhaupt verhindert oder deren Preise werden den EG-Preisen angeglichen. Die Differenz wird vom EG-Fonds abgeschöpft. Gleichzeitig gibt es in der EG durch die gestiegene Produktivität in der Landwirtschaft und die anarchische Produktion von Agrarprodukten eine gewaltige Überproduktion. Überschüsse werden zum Interventionspreis aufgekauft. Das ist der Grund für die Butter-, Fleisch- und Milchberge in der EG.

Über diese komplizierten Preisregelungen von Interventionen und Abschöpfungen, die oftmals mit Steuergeldern betrieben werden, werden die Arbeiter und Volksmassen nocheinmal geplündert. Sie müssen mit hohen Verbraucherpreisen die Ziele und Interessen der Imperialisten bezahlen.

Österreichischer Agrarmarkt: Der Druck von seiten der EG wird stärker

Die Politik der neun kapitalistischen Mitgliedsländer der EG engt den Spielraum des österreichischen Agrarmarktes immer mehr ein. Die EG wird mit ihren eigenen Überproduktionsproblemen nicht fertig. Welches Interesse sollte sie dann noch an zusätzlichen Importen aus Österreich haben? Die einzige Möglichkeit, daß das österreichische Ansuchen nach z.B. verbesserten Ausfuhrmöglichkeiten bei den Rinderexporten von der EG akzeptiert wird, ist, daß diese Exporte vom österreichischen Staat stark gestützt werden, in den EG-Ländern billig aufzukaufen sind und die Abschöpfungen relativ hoch sind. Ob nun Fleisch oder Milch oder ein anderes Produkt für den Export gestützt wird, hängt davon ab, ob die Interessen der österreichischen Bourgeoisie damit gedeckt werden. Diese sind: Drosselung der Importe, Exportstützungen nur dort, wo man nicht Unsummen ausgeben muß und Bereinigung der Agrarstrukturen, sprich Ruin der kleinproduzierenden Bauern, um im Kampf um die Agrarmärkte konkurrenzfähiger zu sein.

Von diesen Überlegungen ließ sich die österreichische Regierung bei ihren Beratungen in Hernstein Anfang Juni leiten.

Kapitalistische Agrarpolitik: Das Handelsbilanzdefizit soll auf dem Rücken der Kleinbauern behoben werden

Im SP-Organ „Neue Zeit" (Graz) liest man am 4.6. zur Beratung in Hernstein und den Überlegungen zur Bereinigung des Handelsbilanzdefizits: „Das reicht eben von Überlegungen über einen stärkeren Einsatz der Atomenergie, über Dämpfung der Nachfrage nach Konsumgütern, die vorwiegend importiert werden, der Stimulierung der eigenen Exporte bis zur eigenen Margarine-Produktion."

Das sind Überlegungen gegen die Interessen der Arbeiterklasse und der Kleinbauern. Die Regierung plant jetzt einmal vor allem die Exportstützungen für die Milch- und Milchprodukte empfindlich zu kürzen. Damit trifft sie die, die sie treffen will: die Kleinbauern, die die Hauptmilchproduzenten sind, und die eine Umstellung auf andere Agrarprodukte nicht verkraften. Auch der Plan, eine große Ölmühle in Österreich von ausländischen Agrarkonzernen bauen zu lassen, ist eine solche Maßnahme zur Beschleunigung des Ruins der Milchbauern. Durch den Ruin der Kleinbauern, den die österreichische Regierung als Sachwalterin der Kapitalistenklasse mit Erhöhung des Milchkrisengroschens, mit Milchlieferrestriktionen, Rinderabschlachtungsplänen und nun mit Exportstützungseinschränkungen betreibt, will sie ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem EG-Markt erhöhen und gleichzeitig mit dem Handelsbilanzdefizit fertig werden.

Diese Pläne sind ein schwerer Angriff auf die Lebenshaltung der Arbeiterklasse: Für sie wird nämlich die Butter zu einem unerschwinglichen und raren Lebensmittel, das durch ebenso teure, aber minderwertigere Margarine ersetzt werden soll. Die „heimischen Öle" und die „heimische Margarine" werden nämlich um einiges Mehr kosten, da den Großagrariern – und nur solche werden letztendlich dazu in der Lage sein, von Weizen auf Raps oder Sonnenblumen profitabel umzustellen – ja ein Preisanreiz geboten werden muß. (7 S für Raps oder Sonnenblumenkerne).

Die Agrarpolitik der imperialistischen Bourgeoisie verschlechtert und verteuert die Lebensmittel der Arbeiterklasse. Damit Hand in Hand geht der Ruin der Kleinbauern, deren Produkte zu Spottpreisen aufgekauft, dann entweder überhaupt vernichtet oder zu Dumpingpreisen ins Ausland verschachert werden. Angesichts einer solchen Agrarpolitik liegt nichts näher als der gemeinsame Kampf der Arbeiter und Kleinbauern gegen die imperialistische Bourgeoisie und deren Pläne. Hepu.

Gegen alle Lösungsvorschläge der Kapitalisten und ihrer Politiker zur Spitalsmisere:

Krankenkassabeiträge müssen vollständig von den Kapitalisten bezahlt werden

Fortsetzung von Seite 1

schen Monopole in ihrem Konkurrenzkampf auf den fremden Märkten, wachsender Ausbau des bürokratischen Verwaltungsapparates und nicht zuletzt in Vorbereitung auf kommende Klassenauseinandersetzungen und den imperialistischen Krieg, die verschärfte Aufrüstung des staatlichen Gewaltapparates, lassen die Staatsausgaben gewaltig hinaufschnellen. Allein in den acht Jahren der SP-Regierung von 90 auf 240 Milliarden Schilling.

Bezahlen müssen das natürlich die Massen. In den letzten Jahren wurden laufend Steuern, Gebühren und Tarife eingeführt oder erhöht. Der Anteil der Lohnsteuer am Gesamtbudget steigt ständig. Auch für die nächsten 4 Jahre wird ein Budgetdefizit vorausgesagt (laut Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen), das zwischen 1977 und 1980 von 33 Milliarden auf 52 Milliarden öS ansteigen wird. Herhalten sollen dafür wieder die Volksmassen: Die Lohnsteuer allein soll von 41 Milliarden auf 69 Milliarden steigen. Zusätzlich muß nach Mitteln für die Stopfung des wachsenden Defizits gesucht werden. Dazu dienen einerseits weitere Erhöhungen und Neueinführungen von Massensteuern. Andererseits werden Staatsausgaben gekürzt, die nicht unmittelbar den Kapitalisten zufließen, wie etwa Ausgaben für Bildung oder Gesundheit.

Zur Sanierung der Spitäler will die SP-Regierung jetzt beide Wege einschlagen. Erstens soll der Betrag, den der Bund an die Spitäler zahlt, eingefroren werden. Zweitens soll eine zusätzliche Steuer eingeführt werden, die angeblich der Spitalserhaltung dienen soll. Ursprünglich war von einer Ländersteuer die Rede, dann von einer Bundessteuer und jetzt ist die berühmte Autoimportabgabe dran.

Wie man von der Einführung des Gesundheitsschillings im Rahmen der Zigarettenpreiserhöhung weiß, heißt „Spitalssteuer" noch lange nicht, daß diese Sonderabgabe auch tatsächlich für den Spitalserhalt aufgewendet wird. Die Autoimportabgabe wird jetzt auch immer mehr im Zusammenhang mit der Senkung des Handelsdefizits genannt als mit der Erhaltung der Spitäler. Das legt nahe, daß Kreisky mit diesem Vorschlag zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen will: Weil er Spitalssteuer sagt, hofft er auf mehr Verständnis im Volk für die Einführung einer neuen Steuer, die er dann den üblichen Zwecken zuführen kann. Weil die Steuer nur die Autofahrer zahlen sollen, hofft er sie leichter durchzusetzen. Denn wir sollen glauben, daß das Spitalsdefizit von den Verkehrsunfällen kommt und daß nur reiche Leute sich ein Auto anschaffen und das Volk daher gegen eine solche Steuer nichts haben kann.

Damit wird er allerdings nicht viel Glück haben. Denn heute weiß jedes Kind, wie notwendig für viele ein eigenes Auto für die Fahr zum Arbeitsplatz oder zu Erholungsstätten ist und daß die Masse der Autokäufer keineswegs Autos um mehrere Hunderttausend sondern weit billigere kauft.

Die zweite Angriffslinie: Die Kassen sollen zahlen

VP vertreten, die auf Wählerstimmenfang gegen neue Steuern auftritt. So haben einige VP-regierte Länder (Niederösterreich, Salzburg) bereits Gesetze beschlossen oder vorgeschlagen, wonach die Kassen statt bisher 50 % bis zu 80 % der Spitalskosten tragen sollen. Weil sich diese „Lösung" der Spitalsfinanzierung nicht grundsätzlich von den Absichten der Regierung mit der Spitalssteuer zur Schröpfung der Massen unterscheidet, ist auch schon im SP-regierten Kärnten ein derartiges Gesetz in Vorbereitung.

Dieser Vorschlag wird vor allem von der

Hand in Hand damit gehen Vorschläge, wie die Krankenkassen das leisten können: Erhöhung von Rezeptgebühren, Herausnahme von gewissen Leistungen (Bestattungskosten, Entbindungsbeitrag, Bagatellmedikamente) oder Einführung eines Selbstbehalts. So verlangten der Chef der Kärntner Ärztekammer Sacher und Kärntens Gesundheitsreferent Gallob einen Selbstbehalt der Spitalspatienten von etwa 40 S tageweise, weil sie sich ja die Haushaltskosten ersparen würden (!) (laut Presse 18.7.77).

Die SP-Regierung stellt sich scheinbar schützend vor die Versicherungen, indem Sozialminister Weißenberg mit der Verabschiedung der 33. ASVG-Novelle droht. In dieser wird festgelegt, daß die Kassen nicht mehr als 27 % ihrer Einnahmen für die Spitalserhaltung ausgeben dürfen. Daß das nur ein Manöver ist, wird aus der Äußerung Weißenbergs klar: „Zahlen werden die Bürger, ob als Steuerzahler, Landesbürger oder Sozialversicherter" (Presse, 20.7.77). Zur vorgeschlagenen Leistungseinschränkung der Krankenkassen sagte er nur: „Das sag ich nicht, das gehört zu meinem Kartenspiel" (ebendort). Sein Vorschlag zur Lösung des Spitalsdefizits: den Spitälern weniger zahlen. „Wenn man ihnen weniger Geld zur Verfügung stellt, werden sie sich einfach nach der Finanzdecke strecken müssen" (ebendort). Er spricht damit die Vorstellungen der Industriellenvereinigung aus, die in einer Aussendung feststellt: „Die Bereitstellung zusätzlicher Mittel für die Spitäler würde einen Freibrief darstellen, weiterhin steigende Defizite zu verursachen. Zweitens sei kaum einzusehen, warum die österreichischen Betriebe in ihrer Wettbewerbsfähigkeit weiter eingeschränkt .... werden sollten." Na freilich. Die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Kapitalisten kostet die Arbeiter Schweiß und Tränen – immer rascher zerschleißt ihre Gesundheit in der täglichen kapitalistischen Knochenmühle. Aber daß die Herren Unternehmer – seien es private oder staatliche – für die Bezahlung der medizinischen Versorgung aufkommen sollen, ist für diese natürlich „kaum einzusehen". Deswegen müssen sie die Arbeiter dazu zwingen, wollen sie nicht noch mehr zur Kasse gebeten und früher oder später ins offene Elend gestoßen werden, wollen sie nicht das einzige, das sie im Kapitalismus haben, ihre Arbeitskraft, verlieren und insgesamt vor viel schwerere Bedingungen für den Klassenkampf und den Aufstand gegen die Kapitalistenherrschaft gestellt werden.

Die Arbeiterklasse braucht eine Sozialversicherung in Selbstverwaltung, die nur von den Kapitalisten finanziert wird

Im Kapitalismus besitzt die Arbeiterklasse nichts als ihre Arbeitskraft, die sie verkaufen muß, um sich am Leben zu erhalten. Sie muß sich ein Auskommen für den Fall sichern, daß sie ihre Arbeitskraft nicht mehr verkaufen kann, wie bei Krankheit, Alter oder Arbeitslosigkeit. Diesem Zweck dienen die Versicherungen, die sich die Arbeiterklasse erkämpft hat. Die heutigen Sozialversicherungen sind für die Arbeiterklasse kein geeignetes Instrument zum Schutz ihrer Arbeitskraft vor den Auswirkungen der kapitalistischen Ausbeutung. Die Sozialversicherung ist durch ein regelrechtes Korsett staatlicher Zwangsgesetze gefesselt, steht unter der Oberhoheit der Staatsorgane, ist paritätisch besetzt mit Vertretern der Bourgeoisie auf der einen Seite und mit bürgerlichen Funktionären auf der anderen Seite, die in jeder Frage bereit sind, die Interessen der lohnabhängigen Versicherten denen der Bourgeoisie unterzuordnen. Die Finanzierung der Sozialversicherung, für die zur Hälfte die Versicherten selbst aufkommen müssen, trägt bereits den Keim der Spaltung in sich. Dieses weitgehend ungenügende Versicherungswesen will die Kapitalistenklasse weiter aushöhlen, um ihre Probleme mit der Spitalsfinanzierung zu lösen.

Der Präsident des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger, Millendorfer, trat für eine Anhebung der Kassenbeiträge der Unternehmer ein. Er hat damit an den Nerv der Sache gerührt.

Das zeigt auch die heftige Reaktion der Kapitalistenvertreter. „Der Generalsekretär des österreichischen Wirtschaftsbundes, Schüssel, bezeichnete diese Vorgangsweise als gefährlichen politischen Alleingang. Das bedeute nämlich ein einseitiges Abgehen von der jahrzehntelang geübten Beitragsparität zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern." (Die Presse, 25.7.77)

Klar trifft das die Kapitalisten, wenn Forderungen in die Auseinandersetzung geworfen werden, die ernst zu machen scheinen mit dem Kampf um den Schutz der Arbeitskraft. Millendorfer freilich hat seine Äußerung nicht so gemeint. Als gelernter bürgerlicher Funktionär in der Arbeiterbewegung stellt er seinen „Vorschlag" gleich in den für die Bourgeoisie richtigen Zusammenhang. Er schlägt die Beitragserhöhung vor, gleichsam als „Zuckerl", damit die Lohnabhängigen dafür eine Herabsetzung der Leistungen der Krankenkassen in Kauf nehmen. „Dafür (für die Erhöhung der Unternehmerbeiträge) spräche nicht nur, daß die Arbeitnehmer die wirtschaftlich schwächeren sind, sondern auch die Tatsache, daß alle bisher von der Bundeswirtschaftskammer als Arbeitgebervertretung gemachten Vorschläge für die Krankenkassen vollen zu Lasten der Arbeiter und Angestellten gehen, wie die Erhöhung der Rezeptgebühr, die Streichung von Bagatellmedikamenten oder Barleistungen der Kassen. Da wäre ein höherer Arbeitgeberbeitrag nur ein Leistungsausgleich." (AZ, 22.7.77)

Für die Arbeiterklasse ist das keine Lösung. Ihre Gesundheit kann sie nicht schützen, wenn sie sich auf einen solchen Handel einläßt. Das kann sie nur, wenn sie sich einheitlich den Kapitalisten gegenüberstellt, wenn sie darauf beharrt, daß die Kapitalisten und nur diese für die Kosten der Versicherung aufkommen. Denn die Kapitalisten eignen sich den gesellschaftlichen Reichtum an, den sie aus der Ausbeutung der Arbeitskraft gewinnen. Sie sind es, die die Arbeitskraft ruinieren, und sie sollen auch für ihre Wiederherstellung aufkommen. Nur so kann auch die Spaltung der Arbeiter in dieser Frage verhindert werden. Gleichzeitig müssen die Arbeiter selbst die Kontrolle über die Versicherung ausüben, nicht gemeinsam mit Organen der Kapitalistenklasse. Denn so ist gewährleistet, daß diese Versicherung die Arbeiter wirksam vor gesundheitlichem Verfall schützt und ihnen den Kampf ermöglicht für den Sturz der Ausbeuterordnung.

Vom Standpunkt der Arbeiterklasse sind alle die Lösungsvorschläge der Industriellenvereinigung und der Wirtschaftskammer sowie der Politiker aller Farben aus Bundes- und Landesregierungen abzulehnen und ihre Gesetzwerdung und Inkraftsetzung zu bemerken. In diesem Sinne sollten sich Betriebsräte und Belegschaften äußern und auch gleich dazusagen, wer für die Beiträge zur Krankenkasse und Sozialversicherung ausschließlich aufzukommen hat: die Kapitalisten und bei den öffentlich Bediensteten der Staat.

E.V.

Die Ursache der Verschlechterung des Gesundheitszustands der Arbeiterbevölkerung ist die Ausbeutung

Die Lösungsvorschläge der Bourgeoisie zum Spitalsdefizit stehen alle unter dem Motto: Jeder muß selbst für seine Gesundheit sorgen: Kreisky sagt dazu: „Den Menschen ist die Gesundheit wieder etwas wert geworden, daher muß man auch ein kleines Opfer verlangen können." (Die Presse, 13.7.77)

Aber die Kostenexplosion der Spitäler und die zunehmende Verschlechterung der Volksgesundheit liegt nicht an der Unvernunft des Einzelnen, sondern an den kapitalistischen Produktionsverhältnissen.

„Das Kapital hat .. einen einzigen Lebenstrieb, den Trieb sich zu verwerten, Mehrwert zu schaffen, mit seinem konstanten Teil, den Produktionsmitteln, die größtmögliche Masse Mehrarbeit einzusaugen. Das Kapital ist verstorbene Arbeit, die sich nur vampyrmäßig belebt durch Einsaugung lebendiger Arbeit und um so mehr lebt, je mehr sie davon einsaugt." (Karl Marx, Das Kapital, Band 1, Seite 247)

Das drückt sich durch Methoden der Intensivierung der Arbeit, im Drang nach maßloser Ausdehnung des Arbeitstages und in der Senkung des Reallohns aus. Nur der Klassenkampf des Proletariats setzt diesem Drang des Kapitals Schranken.

Der real sinkende Lohn hat großen Einfluß auf die gesundheitliche Lage der Arbeiterklasse. Gelingt es den Kapitalisten, die Löhne zu drücken, so führt das zu verstärkter Konkurrenz der Arbeiter untereinander. Die Einführung der Akkord- Nacht- und Schichtarbeit sowie die Verlängerung des Arbeitstages ist für die Kapitalisten mit dem Argument der besseren Bezahlung leichter durchsetzbar. Und Akkord-, Nacht- und Schichtarbeit ruinieren die Gesundheit, wenn sie sich auch nicht von heute auf morgen auswirken. Realer Lohnabbau bedeutet eine drastische Einschränkung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse. Das hat natürlich wieder gesundheitliche Auswirkungen. Der Genuß von billigeren, weil weniger nahrhaften Lebensmitteln führt zu Vitaminmangel und Verfettung. Als Folge davon nehmen Kreislaufstörungen, Herzschwächen usw. zu. Das Sparen an der teuren Kindernahrung gefährdet auf lange Sicht die Reproduktion der Arbeiterklasse insgesamt. Ein Streichen der Aufwendungen für Heizung im Winter und Urlaub im Sommer – wegen der Notwendigkeit zu sparen – trägt natürlich auch sein Schärflein zur Ruinierung der Gesundheit bei.

Die kapitalistische Produktionsweise ruiniert nicht nur die Gesundheit direkt durch übermäßigen Verschleiß der Arbeitskraft sondern auch durch die Zerstörung der Umweltbedingungen. Die Entwicklung von Lärm und Giftstoffen in Luft und Wasser sowie die Vernichtung der Erholungsgebiete hinterlassen ihre deutlichen Spuren auf der gesundheitlichen Lage der Arbeiterklasse.

p.b.

Steiermark:

Wachsende Proteste gegen Verkehrschaos auf den Fernstraßen

Seit dem Sitzstreik am 1.7. auf der Grazer Durchzugsstraße Eggenbergergürtel ebben die Protestwellen der Bevölkerung entlang der sogenannten „Gastarbeiterroute", der wichtigen Nord-Süd-Verbindung von Salzburg über Bruck/Mur und Graz nach Spielfeld und Jugoslawien nicht mehr ab. Schon in den vergangenen Jahren kam es immer wieder zu einzelnen Protest- und Blockadeaktionen entlang der Strecke Salzburg – Liezen – Bruck/Mur – Spielfeld. Jetzt hat der Unmut offenbar einen Grad erreicht, wo der Ausbruch einer ganzen Welle von Aktionen möglich ist.

Geplant ist ein Sitzstreik auf der Ortsdurchfahrt Peggau (B 67) am 12. August, der vom „Schutzverband zur Entlastung der Gastarbeiterroute" sowie dem Peggauer Bürgermeister Tieber in die Wege geleitet wurde. Zu erwarten sind Aktionen im obersteirischen Niklasdorf, wo eine „Südtrasse für die Ortsumfahrung" wiederum durch ein Wohngebiet gehen soll. Den sofortigen Ausbau der Autobahn bis Spielfeld zur Entlastung des Grenzstaus auf der B 67 forderte kürzlich der Spielfelder Bürgermeister Schurrer (Kleine Zeitung, 30.7.). In der Spielfelder Bevölkerung geht die Stimmung auf Sitzstreik.

Diese Proteste gegen das zunehmende Verkehrschaos sind vollkommen gerecht. Eine Grundlage dieser Empörung liegt in den unerträglichen Lebensbedingungen entlang der Fernverkehrsrouten, insbesondere dem auch in den Nachtstunden nicht abreißenden Strom von schweren LKWs. Nach Informationen aus dem Flugblatt der Organisatoren des Grazer Sitzstreiks frequentieren 50.000 Fahrzeuge täglich den Gürtel, 4 - 500 LKWs in drei Stunden, und der Nachtlärm erreicht das 60fache des medizinisch für den Schlaf noch erträglichen Werts. Eine zweite Grundlage der Protestaktionen ist die zunehmende Gefährlichkeit des Verkehrs selber, der jährlich mehr Opfer fordert. So stellte die „Leobner Zeitung" am 23.7. fest, daß allein in den beiden Abschnitten Niklasdorf – St. Michael – Wald am Schoberpaß (B 113 und B 116) bis Mitte Juli 1977 mehr Verkehrstote zu verzeichnen waren als im Jahre 1976 und daß weiters bei einem Viertel der Unfälle LKWs beteiligt waren.

Die bürgerlichen Politiker kommen unter Druck und vollführen Ausweich- und Spaltungsmanöver

Ziemlich unter den Druck der Massen sind in der letzten Zeit vor allem die Grazer Gemeindepolitiker gekommen. Beim Sitzstreik wurden ihnen die uneingelösten Versprechungen vorgehalten. Eine Partei schiebt die Schuld auf die andere ab und will daraus Vorteile für die Frühjahrsgemeinderatswahlen 1978 ziehen. Dennoch mußte Götz (Bürgermeister von Graz, FPÖ) obwohl „selbst nicht überzeugt vom Nutzen", die Forderung nach LKW-Nachtfahrverbot berücksichtigen und für 10.8. bis 10.9. erlassen, das aber jetzt nach Protesten der Wirtschaftskammer und Transportkapitalisten „verschoben" werden soll.

Unter Druck sind auch andere Bürgermeister. So etwa der Niklasdorfer Meier, der alle Hände voll zu tun hat, den Massen die Versöhnung mit dem bürgerlichen Staat und das Vertrauen in die Pläne der Planungsexperten zu predigen.

Wo die bürgerlichen Politiker ihr Pulver verschossen haben, treten sogenannte „unabhängige" Führer von Initiativen an die Rampe, wie der Herr Steindl von erwähnten „Schutzverband zur Entlastung der Gastarbeiterstrecke". Hinter diesen Leuten haben sich die „unabhängigen" bürgerlichen Zeitungen, voran die „Kleine Zeitung" zur Schützenhilfe für die Kapitalisten aufgestellt. Sie sagen, die Gastarbeiter und überhaupt die Ausländer, seien am Verkehrschaos schuld, weil sie durch Österreich fahren. Man könne das Problem mit einer Transitsteuer lösen und mit der EG einen Vertrag über eine Autobahnmitfinanzierung verhandeln. Man sollte einen Huckepackverkehr einrichten aus dem Erlös der Transitsteuer und das Problem von er Straße auf die Schienen der Eisenbahn verfrachten.

Die „Gastarbeiterroute" – Ein- und Abzugskanal für Waren und Arbeitskräfte der westeuropäischen Kapitalisten

Das Verkehrschaos, das heute in den städtischen Ballungszentren schon chronisch ist, ist Ausdruck und Resultat der anarchischen kapitalistischen Produktionsweise. Als auf der Wiener Nordbrücke kürzlich zwei der vier Fahrspuren gesperrt wurden, waren tausende Lohnabhängige aus den Außenbezirken und aus Niederösterreich plötzlich um Stunden länger als



ohnehin von und zu den Fabriken, Ämtern und Büros unterwegs, und das mitten in der Urlaubszeit.

Das Verkehrschaos auf der sogenannten „Gastarbeiterroute", das alljährlich im Sommer und zu Weihnachten seinen Höhepunkt erreicht, hat seine besonderen Ursachen sowohl in den riesigen Warenmassen, die die westeuropäischen Imperialisten – Österreich miteingeschlossen – zu einem guten Teil auf Lastwagen nach Südosteuropa und bis in den Nahen Osten donnern lassen bzw. von dortigen Produktionsstätten zu den eigenen Märkten schaffen; als auch in dem Ansaugen von Millionen billiger Arbeiterkräfte aus den weniger entwickelten Länder in die Fabriksmetropolen Westeuropas. Dazu kommt noch, daß eine, wenn auch angesichts der Verschlechterung ihrer Lage abnehmende Zahl von westeuropäischen Arbeitern und anderen Lohnabhängigen ihre Arbeitskraft nach einem Jahr Schufterei für die Kapitalisten durch einen Urlaub zu Nachbarländern oder am Meer wiederherzustellen sucht und dabei zusätzlich die sogenannte „Gastarbeiterroute" frequentiert.

Diese ganze, vom Imperialismus hervorgetriebene und völlig unkontrolliert verlaufende Entwicklung kann einer Lösung nur zugeführt werden durch die Abschaffung der Ausbeutung, durch die Beseitigung des Imperialismus. Kämpfe, die sich heute entlang der „Gastarbeiterroute" entzünden und dagegen richten, daß angesichts des enormen Verkehrsaufkommens viele österreichische Werktätige mit ihrem Geld, Gesundheit und Leben für die Befriedigung der Interessen der österreichischen und anderen westeuropäischen Imperialisten aufkommen sollen, sind vollkommen berechtigt. Der Weg des sebständigen Kampfs und entschlossener Blockadeaktionen an verschiedenen Stellen der Route ist geeignet, nach jahrelangen Vertröstungen und Versprechungen der Politiker diese klar zur Rede zu stellen und die unerträglich werdende Belastung einzudämmen. Eine allgemeine Transitsteuer ist dabei keinerlei geeignete Orientierung für den Kampf, denn sie würde unmittelbar nichts an der Situation ändern und zudem hunderttausende Lohnabhängige zusätzlich belasten und quasi noch dafür bestrafen, daß sie das Jahr über ihren Kapitalisten Mehrwert geschaffen haben und dann ein paar Tage oder Wochen in ihre Heimat oder auf Erholung fahren wollen. Die neue Idee Kreiskys, die EG-Länder zur Mitfinanzierung einer Nordwest-Südost-Autobahn quer durch Österreich zu verpflichten und ihnen damit gleichzeitig eine geeignete Panzeraufmarschstrecke für den Kriegsfall bauen zu lassen, würde noch einige Zeit nichts an der Situation ändern und könnte wohl auch nur mit Gewalt gegen die von der neuen Trasse betroffenen Menschen durchgesetzt werden.

Eine geeignete Foderung für den Kampf der Bevölkerung und ihrem Zusammenschluß entlang der Salzburg–Spielfelder Durchzugsstraßen ist die nach einem ausnahmslosen Lkw-Nachtfahrverbot, etwa zwischen 18 Uhr abends und 6 Uhr früh. Eine geeignete Forderung ist z.B. auch die nach dem gänzlichen Verbot des Durchzugsschwerverkehrs durch die Stadt Graz. Blockadeaktionen könnten ja solange andauern, bis die zuständigen Regierungen die geforderten Verordnungen erlassen. Das Gezeter der Transportkapitalisten vonwegen Gefährdung von Arbeitsplätzen und Schwächung der Konkurrenzfähigkeit darf dabei nicht irritieren.

Lkw-Nachtfahrverbot – auch im Interesse der fernfahrenden Transportarbeiter

Die im Kapitalismus zutiefst anarchische Produktionsweise und der schonungslose Konkurrenzkampf bringen einen aufgeblasenen Transportapparat mit sich. Dazu kommt, daß jeder Kapitalist seine Waren möglichst schnell an den Ort ihres Verkaufs transportieren läßt, um seinen Mehrwert zu realisieren. Und daß die Transportarbeit wiederum als Mittel zur Mehrwertauspressung dient. Wie daher die Kapitalisten aller Branchen versuchen, den Arbeitstag der Arbeiter auszudehnen, Nacht- und Schichtarbeit einzuführen, so gerade auch im Transport: angeblich sei es vielfach nötig, die Fernzüge nachts fahren zu lassen, weil unter Tags geladen und gelöscht wird. Oder verderbliche Güter können nur durch Tag- und Nachtarbeit transportiert werden. Das ist aber nicht wahr. Sicherlich, man bräuchte dann *mehr* Fahrzeuge. Sicherlich, man bräuchte aufwendigere Kühlaggregate für die LKWs. Das ist technisch durchaus möglich. Aber es widerspricht der kapitalistischen Logik: Denn bei der Abschaffung der Nachtarbeit im Transportwesen würde die Maschinerie (LKWs) die halbe Zeit stillstehen und ohne der Mehrwertauspressung zu dienen dahinrosten. Dagegen macht es den Maschinen überhaupt nichts aus, in der Nacht durch die Gegend zu brüllen.

Aber der Arbeiterklasse macht es sehr viel aus. Denn während tausende Arbeiter, von der Fabrikarbeit müde nach Hause gekommen, wegen des nächtlichen Straßenlärms nicht schlafen und daher ihre Arbeits- und Kampfkraft nicht ordentlich regenerieren können, richten ihre Klassenbrüder in den Cockpits der Fernlastzüge damit gleichzeitig ihre eigene Gesundheit zugrunde. Denn keineswegs fahren sie freiwillig in der Nacht, „weil da die Straßen leerer sind", sondern weil sie – in die Akkordarbeit gepreßt – nur nachts ihre Kilometer und daher ihren Lohn zusammenbringen.

Der Kampf der werktätigen Bevölkerung entlang der „Gastarbeiterroute" für ein generelles 12-stündiges LKW-Nachtfahrverbot ist also geeignet, auch den Kampf der Transportarbeiter, die hinter dem Steuer der großen LKW-Züge hocken, für ordentliche und gesetzlich garantierte Arbeiterschutzbestimmungen zu fördern.

G.M.(OG Graz)/Red.

Leserbrief: „Warum nehmen Sie mir den Fahrschein ab?"

Ich bin jetzt öfter mit der Bahn gefahren und habe mich jedesmal gewundert, warum einem der gezwickte Fahrschein abgenommen wurde. Unhöflichkeit konnte es nicht sein, weil ich jedesmal gefragt wurde, ob ich ihn noch brauche.

Als mir wieder ein Schaffner den Fahrschein abnehmen wollte, habe ich mich erkundigt, ob er das tun muß und welchem Zweck das dient. Er sagte, daß die Gültigkeit verschiedener Fahrscheine seit der letzten Tariferhöhungen verringert wurde, von 4 Tagen auf 2 Monate. Es wäre bei bestimmten Karten theoretisch möglich, daß jemand, wenn die Karte nicht gezwickt wird, öfter fährt. Bei den horrenden Preisen - logisch.

Aber das ist gar nicht der eigentliche Zweck. Der wichtigere Grund, warum das getan werden muß, ist, eine bessere Kontrolle über die Tätigkeit der Schaffner zu haben. Damit ist gewährleistet, daß der Schaffner nach jeder Station durch den Zug flitzt und die Fahrscheine kontrolliert.

Der Eisenbahner sagte mir: „Die passen jetzt mächtig auf, daß wir nicht stehen und arbeiten . Da sind sie jetzt viel schärfer als früher."

Es ist ganz logisch, daß die Bourgeoisie ihr Rationalisierungsprogramm nur durch solche Zwangsmaßnahmen durchsetzen kann. Es ist eine Frage der Zeit, bis die Eisenbahner ihr ins Gesicht schlagen.

Die Sozialdemokraten, die Revisionisten der KPÖ, u.a. bürgerliche Fraktionen der Gewerkschaft haben diese vergangenen Rationalisierungen vorbereitet, indem sie den „Ausbau der Serviceleistungen" bei den ÖBB u.ä. gefordert haben. Jetzt helfen sie durch Vorschläge mit, Personal einzusparen und zu rationalisieren.

Die Personalvertretungswahlen müssen von den Eisenbahnern genutzt werden, um den Zusammenschluß gegen Rationalisierungen und Personaleinsparungen, die Erhöhung der Arbeitsbelastung (wie z.B. im geschilderten Fall) weiterzubringen unter den Forderungen, der die Kandidaten der Liste „Aktionsprogramm" vertreten.

Eine Anmerkung noch: An den Leser richte ich die Bitte, den Fahrschein nicht wortlos herzugeben, wissend, das dient einer Schweinerei der ÖBB-Betriebsführung, sondern mit den Eisenbahnern darüber zu reden.

R.H./Auf der Fahrt Graz-Bruck a.d.Mur

Welche Zwecke verfolgt die Bourgeoisie mit der Neuregelung des Stellungswesens durch die Wehrgesetznovelle?

Die Wehrgesetznovelle ist beschlossen und man muß realistischerweise davon ausgehen, daß sie nicht unmittelbar zu Fall gebracht werden kann. Sie ist damit ein Bestandteil der Militärgesetzgebung geworden. Der Kampf gegen sie wird „fortgesetzt" im Rahmen des Kampfes gegen das gesamte militaristische Kasernensystem, wenn sie auch weiterhin einen besonderen Anknüpfungspunkt bietet. Es ist weiterhin von Bedeutung, sich volle Klarheit über die einzelnen Regelungen dieser Novelle zu verschaffen. Bei den Regelungen zum Stellungswesen ist dies bisher verabsäumt worden, obwohl sie neben der Möglichkeit der Verlängerung des Präsenzdienstes für einen Teil der Soldaten den zentralen Teil der Novelle bilden.

Bekanntlich werden nach dem neuen Wehrgesetz die Stellungskommissionen nicht mehr mit Zivil-, sondern nur mehr mit Militärärzten beschickt und können die Stellungspflichtigen – statt die Sache wie früher an einem Vormittag zu erledigen – für einige Tage kaserniert werden. Dadurch können sie der militärischen Gehorsamspflicht unterworfen, entsprechend herumkommandiert und schikaniert und von vornherein eingeschüchtert werden – aber das erreicht die Armee auch in den ersten paar Tagen des Präsenzdienstes. Das ist es nicht, was es ihr bringt.

Man muß den Blick in eine andere Richtung wenden und sich dafür zuerst einige Entwicklungen der letzten Jahre anschauen. Seit Jahren betreibt die Bourgeoisie den Ausbau des Bundesheeres einerseits in Richtung des Ausbaus einer Kader- oder – anders ausgedrückt – Söldnertruppe als dem harten Kern der Armee. Es handelt sich vor allem um die Schaffung den Aufbau der Bereitschaftstruppe. Andererseits wird im Rahmen der Bemühungen der Bourgeoisie, das Bundesheer bzw. die Landwehr in Richtung Milizsystem umzugestalten, versucht, die allgemeine Wehrpflicht auch *praktisch* auszudehnen und umfassend zu machen (hinsichtlich der männlichen Jugend).

Die Bourgeoisie braucht unbedingt Berufssoldaten, die materiell von der Armee abhängig sind, das Privilegium haben, praktisch nichts oder wenig arbeiten zu müssen und deren Horizont durch die Kasernentore zumindest schwer beeinträchtigt wird. Aber sie kommt damit nicht aus. Sie kombiniert dies mit der allgemeinen Wehrpflicht. Sie braucht für den Einsatz nach außen alles verfügbare Soldatenmaterial aus dem Volk, auch wenn dieses besonders zum Einsatz nach innen schlecht geeignet ist und überhaupt einen gefährlichen objektiven Zersetzungsfaktor in die Armee hineinträgt und auch wenn die Bourgeoisie sich damit letztlich das eigene Grab schaufelt, indem sie die Erlernung des Waffenhandwerks durch das Volk z.T. betreibt und z.T. erleichtert.

Ganz in diesem Sinn geht die Entwicklung im österreichischen Heer. Gab es früher viele Untaugliche und konnte man das gegebenenfalls auch selber „werden", so gibt es das heute praktisch nicht mehr. Daß das eine Bein um 10 cm länger ist als das andere, ist heute kein Grund mehr, nicht zum Heer eingezogen zu werden. Der Mann kann zwar vieles nicht tun und nicht einmal mit seinem „Habt-acht!" und „Ruht!" wird es weit her sein, aber er wird in die Armee gepreßt und als Schreiber oder Panzermechaniker oder sonstwas verwendet. Wenn einer krank und nicht einsetzbar ist, aber die Möglichkeit der Heilung oder Besserung der Situation besteht, wird er zwar abgerüstet, aber im nächsten Jahr wieder eingezogen usw. usf. Weiter: Früher gab es unter den Tauglichen eine Trennung in A- und B-Taugliche, d.h. zum „Dienst mit der Waffe" oder zum Dienst mit dem Klobesen. Diese Trennung wurde formell aufgehoben. Stattdessen gibt es ein dreistelliges Nummernsystem. Jede Nummer beschreibt einen bestimmten Gesundheitszustand bzw. eine bestimmte körperliche Leistungsfähigkeit und gibt gegebenenfalls mit bestimmten Einschränkungen für Ausbildung und Einsatz einher. An die Stelle der B-Tauglichkeit ist die Einzelbefreiung vom Marsch über soundsoviele Kilometer, vom Laufen, vom Gasmaskentragen usw. usf. und manchmal vom ganzen Gefechtsdienst getreten. Kurzum: Alle sollen einrücken und alle sollen möglichst alles mitmachen. Zugleich gibt dieses Nummernsystem der Armee ein Mittel in die Hand, den maximal wirksamen Einsatz des einzelnen Soldaten und der ganzen Truppe zu bewerkstelligen.

Das neue System ist aber auch die Antwort der Armee auf den von den Militärärzten, aber nicht nur von ihnen, konstatierten rapiden Gesundheitsverfall unter der Jugend. Die ständige Steigerung der Ausbeutung im Produktionsprozeß, die Intensivierung der Arbeit sowie Beeinträchtigung und Zerstörung der Lebensbedingungen durch den Kapitalismus (Ernährungsmängel, Umweltzerstörung, schlechtere Erholungsmöglichkeiten und nervliche Belastung schon der Kinder, die das alles besonders spüren), macht sich von Jahr zu Jahr deutlicher bemerkbar. Die dadurch verursachte sinkende allgemeine körperliche Leistungsfähigkeit und die verschiedenen direkten Gesundheitsschäden zwingen die Armee, dem Rechnung zu tragen. Wo sie es nicht tut, gibt es immer wieder Tote, und das zwingt sie unter den heutigen Umständen erst recht dazu. Noch eines kommt also dazu: Möglichst alle sollen möglichst alles mitmachen, aber möglichst ohne Tote oder schwere Verletzungen.

Das alles war bereits bisher vorgesehen. Nur daß es bisher weder mit den Untersuchungen bei der Stellung selbst (die ohnehin nur mehr Maschinerien zur Tauglichkeitserklärung sind), noch auch mit den ebenfalls äußerst oberflächlichen Einstellungsuntersuchungen zu realisieren ist. Es gibt weder Facharzt, noch entsprechende medizinische Ausrüstung. Die Untersuchung und Klassifikation ist in wenigen Stunden abgemacht. Um das zu ändern, sollen in Zukunft die Wehrpflichtigen in einigen, entsprechend ausgerüsteten Stellungszentren, die im Gegensatz zu den herkömmlichen Stellungskommissionen das ganze Jahr über laufen, zusammengezogen und dort kaserniert werden. Die Wehrgesetznovelle zielt bewußt auf die Effektivierung der Armee ab.

Das neue Stellungssystem bietet ihr aber noch einen weiteren entscheidenden Vorteil: Die zukünftigen Stellungsuntersuchungen erfolgen vor dem Einrücken. Damit können die Wehrpflichtigen schon vorher klassifiziert und dann entsprechend auf Garnisonen und Truppenteile verteilt werden. Sicherlich wird nicht nur der Gesundheitszustand untersucht, sondern auch die beruflichen Qualifikationen erfaßt und psychologische Test durchgeführt werden. Das Ganze zielt nicht nur generell auf den maximalen Einsatz des Soldatenmaterials, sondern im besonderen auch auf die frühzeitige Auswahl der zukünftigen zwangsverpflichteten Landwehrkader sowie auf die Schaffung der notwendigen Zahl von „freiwilligen" Längerdienern, wie sie im Besonderen bei der Bereitschaftstruppe heute benötigt werden. Heute ist es so, daß man sich eine große Zahl dieser „Freiwilligen" schafft, indem man Wiener nach Oberösterreich, Oberösterreicher nach Kärnten usw. usf. einzieht bzw. versetzt. Einen Versetzungsanspruch in einen bestimmten Ort hat man erst bei der Verpflichtung zu 14 Monaten und mehr. Diese Möglichkeit kann ebenfalls unter den neuen Bedingungen systematischer und effektiver eingesetzt werden, wo Bedarf dafür besteht. Schließlich werden, damit alles klappt, auch noch die Zivilärzte ausgeschaltet und nur mehr Militärärzte verwendet, die selber der militärischen Hierarchie unterliegen und an die Befehle ihrer Vorgesetzten gebunden sind.

So ergänzen sich die verschiedenen neuen Regelungen der Wehrgesetznovelle. Ziel und Zweck ist der Ausbau des Bundesheeres als imperialistische Armee und als Bürgerkriegsinstrument der herrschenden Klasse und seine Effektivierung. Für die Soldaten und das Volk bedeuten sie unmittelbar mehr Militarismus, mehr Zwang, längere Wehrdienstzeit.

Weil das Volk daran kein Interesse, sondern vielmehr Interesse an der Schwächung und Zersetzung dieser reaktionären Armee hat, muß es diese Bestrebungen und Maßnahmen vollständig ablehnen, sabotieren und bekämpfen.

W.L.

Kommunist

Kommunist 7/77
(erscheint am 18.8.)
– Resolution des ZK des KB: „Die grundlegenden Widersprüche in der Welt von heute, die Gruppierung der Länder in drei Welten und die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung"
: Gesichtspunkte zur Militärarbeit
– Personalvertretungswahlen bei den ÖBB
– Der US-Imperialismus: Urheber des Koreakrieges

Kommunist 6/77
– Die Slowenen in Kärnten (Teil II.), Der antifaschistische nationale Befreiungskampf
– Die objektiven und subjektiven Faktoren in der Revolution
– Aufbau und Aufgaben der Post – Lage und Kampf der Postbediensteten in Österreich
– Interview mit Mohammed Salem, Mitglied des politischen Komitees der F. Polisario für Beziehungen mit dem Ausland (2. April 1977)

Eberndorf/Dobrla vas

Woche des Protestes gegen die Verordnungen des Volksgruppengesetzes

Vom 1. bis 7. August veranstalten der örtliche Ausschuß des Verbandes der Slowenischen Jugend (Zveza slovenske mladine), die Kärntner Studentenvereinigung (Koroška dijaška zveza) und der Slowenische Gemeinderat von Eberndorf/Dobrla vas eine Woche des Protestes. Besonders richtet er sich gegen die Auslöschung Eberndorfs als zweisprachiger Ort und Gemeinde, nach dem Volksgruppengesetz.

Täglich werden ab 19 Uhr vor dem Gemeindeamt Vorträge, Filme, Diskussionen und Kulturveranstaltungen unter der Parole: Zweisprachigkeit auch für Eberndorf abgehalten.

Die 25-Jahr-Feier der Ernennung Eberndorfs/Dobrla vas zum Markt, die in Anwesenheit Landeshauptmann Wagners stattfinden wird, sollte auch zur Feier des reinen Deutschtums werden. Nach heftigen Protesten der Slowenen wird jetzt auch etwas Slowenisches zugelassen.

Unterstützen wir den Protest gegen das Volksgruppengesetz!

Weg mit dem Volksgruppengesetz und seinen Verordnungen!

Einstellung der Slowenenprozesse!

Den vier jungen Leuten aus Zell/Sele, die mit der Entleerung der Wahlurne gegen die Minderheitenfeststellung protestierten, soll am 19. August in Wien der Prozeß gemacht werden. Wegen Befangenheit der Kärntner Gerichte wurde der Prozeß nach Wien ins Landesgericht vertagt.

Narjan, Nante und Peter Olip sowie Florian Jug verteidigen sich vor Gericht damit, daß ihre Handlung auf die Abwendung eines Unheils und Schadens für ihre Volksgruppe ausgerichtet war. Sie streben den Freispruch an.

Wir fordern die Einstellung dieses Prozesses!

Ebenfalls verlegt wurde der Prozeß gegen Filip Warasch. Er soll – zu einem bisher noch unbestimmten Termin – in Salzburg stattfinden.

Ebenfalls in Salzburg soll der Prozeß gegen Stefan Petjak aus Globasnitz/Globasnica stattfinden, dem Sachbeschädigung vorgeworfen wird, weil er mit dem Schreiben von Parolen auf die Nichterfüllung des Artikels 7 des Staatsvertrages hinwies.

Spendet für M. Hubmann!

Ohne jeden Beweis wurde M. Hubmann, der bei der großen Demonstration gegen das faschistische Francoregime am 2. Oktober in Wien festgenommen worden war, zu 3 Monaten, bedingt auf 3 Jahre, verurteilt. In einer Erklärung sagte M. Hubmann: „Es ging also gar nicht mehr um mein Verhalten während der Demonstration, sondern um meine Teilnahme an einer nicht genehmigten Demonstration. Meine Aburteilung ist stellvertretend für die Verurteilung der gesamten Demonstration.

Über die Haftstrafe hinaus belastete mich dieser Prozeß durch hohe Anwaltskosten. Insgesamt wurden von mir 49.000 Schilling verlangt. Um die Folgen dieses Verfahrens aufzuheben, rufe ich zu einer Spendensammlung auf und bitte alle Organisationen und Menschen, diesen Aufruf zu veröffentlichen und zu verbreiten und zu der Spendensammlung zu unterstützen.

Spendenkonto: Villacher Sparkasse, 0001-324375. Zahlungszweck: Spenden gegen die Verurteilung von Manfred Hubmann.

In den letzten 2 Wochen trafen folgende Spenden ein:

Vereinigung Kommunistischer Intellektueller (VKI)	4085,-
Ortsgruppe Wien des KB	130,-
Ortsgruppe Salzburg des KB	500,-
Wehrgesetznovellenveranstaltung i. Innsbruck	276,-
Ortsgruppe Innsbruck	200,-
Ortsgruppe Linz	200,-
Bis dahin gesammelt	12.129,-
	17.520,-

Die Zellen des KB und seiner Massenorganisationen haben sich Spendenziele gesetzt und erste Schritte zu deren Erfüllung gesetzt. Viele fortschrittliche Menschen sind bereit, M. Hubmann zu unterstützen, der stellvertretend für die ganze Spaniensolidarität bestraft werden soll. Nutzen wir die Zeit, um das gesteckte Spendenziel spätestens bis nach dem Sommer erreicht zu haben.

KPÖ – Handlanger der Regierung in der Bewegung für die Rechte der Minderheiten

Wie die Regierung mit ihrer Energie-, Steuer- und Gesundheitspolitik verstärkt auf Widerstand im Volk stößt, so auch mit der reaktionären Minderheitenpolitik.

Das sieht man an der Niederlage der Regierung bei der Minderheitenfeststellung, beim verstärkten Kampf gegen die Prozesse gegen Kämpfer für die Rechte der Minderheiten sowie am verstärkten Kampf gegen das Volksgruppengesetz und seine Verordnungen.

In den letzten Jahren hat sich für die Minderheiten praktisch herausgestellt, daß die SP-Regierung selbst die Hauptkraft beim Versuch der Festschreibung der Rechtlosigkeit der Minderheiten bildet. Die SP-Regierung und die beiden anderen Parlamentsparteien zeigten mit ihren gemeinsamen Beschlüssen zum Volkszählungs-, Volksgruppen und Gehaltüberleitungsgesetz, daß sie weiterhin die Minderheiten in Österreich unterdrücken, das Volk spalten wollen und dadurch die Ausbeuterverhältnisse leichter aufrechtzuerhalten hoffen.

Die vierte bürgerliche Partei, die revisionistisch entartete KPÖ, versucht ihren politischen Einfluß zur Desorientierung, Zersetzung und Kapitulation der Bewegung einzusetzen. Sie versucht zielbewußt innerhalb der Bewegung an vielen Unklarheiten im Verhältnis zum bürgerlichen Staat einzuhaken, die auf Versöhnung orientierten Vorstellungen zu fördern und die zunehmende Klarheit über den Staat zu vernebeln.

Dabei versucht sie ihre heutige schmutzige Politik mit Hinweisen auf ihre revolutionäre Vergangenheit zu vertuschen. Sie beruft sich auf den Revolutionär Kazianka, der seit den 30-er Jahren über 20 Jahre hindurch als Kärntner Landesobmann der KPÖ Vorbild aller fortschrittlichen Menschen war. Gegenüber den Slowenen hebt sie besonders hervor, daß Kazianka Slowene war. Weiters beruft sie sich auf Koplenig, der 1959 im Parlament als einziger gegen die Abschaffung des zweisprachigen Unterrichts auftrat, der alle Kinder im zweisprachigen Gebiet verpflichtete, sowohl deutsch als auch slowenisch zu lernen; außerdem verurteilte er die Gerichtssprachenregelung, die die slowenische Gerichtssprache auf 3 von 9 Gerichtsbezirken in denen Slowenen wohnen, einschränkte. Durch diese Hinweise hofft die KPÖ, über ihre heutige reaktionäre Rolle hinwegtäuschen zu können.

Doch insbesondere in den letzten 4 Jahren, in denen die demokratische Bewegung für die Rechte der Minderheiten erstarkt ist, tritt die Schädlichkeit der KPÖ immer deutlicher hervor. Von ihren grundsätzlichen Vorstellungen bis zu ihrem praktischen Verhalten entpuppt sie sich als Stütze der Reaktion, die sich in die Bewegung einschleichen will.

Unter dem Deckmantel der konsequenten Kämpferin für die Rechte der Minderheiten, versucht sie Vertrauen zu ergattern. Doch das gelingt ihr immer weniger. Ihre politische Linie der Versöhnung mit und die Unterordnung unter den bürgerlichen Staat, entlarvt sich immer mehr. Die Sabotage und ihre Gegnerschaft zum Kampf um die Rechte wird immer offensichtlicher, je mehr sich die Bewegung entwickelt.

Ihre politische Schädlichkeit steckt nicht nur in ihren Vorstellungen über das Ziel der Bewegung, sondern auch im Weg und dem Inhalt, den sie den Slowenen und anderen demokratisch gesinnten Menschen im Kampf für die Rechte der Minderheiten vorschlägt.

Praktisch kümmerte sie sich nach ihrer revisionistischen Entartung um die Slowenen nur, wenn die Wahlen vor der Tür standen, und sie die Proteststimmen der Slowenen brauchte. In ihrer Propaganda ordnete sie den „Kampf" gegen die Diskriminierung der Minderheiten dem „Kampf für eine antimonopolistische Demokratie" unter. Darunter versteht sie die Mitbestimmung der Arbeiter innerhalb des kapitalistischen Systems und die Versöhnung mit der Kapitalistenklasse. Die Theorie der Diktatur des Proletariats hat sie verraten, sie hat die revolutionären Lehren der Arbeiterbewegung über Bord geworfen, daß sich die Arbeiterklasse nur befreien kann, wenn sie die Bourgeoisie stürzt, die politische Macht ergreift, den bürgerlichen Staatsapparat zerschlägt und die soziale Umwälzung durchführt.

Konsequent ist die KPÖ beim Ablenken vom Hauptfeind Staat

Diese bügerliche Haltung zum Staat ist die Grundlage dafür, daß sie in der Minderheitenfrage alles andere als einen konsequent demokratischen Standpunkt einnimmt. Da sie nicht das Ziel hat, die Diktatur des Proletariats über die Kapitalistenklasse zu errichten, braucht sie auch kein klares Forderungsprogramm, mit dem sie die Arbeiterklasse und das Volk gegen den bürgerlichen Staat bis zu seiner Beseitigung zusammenschließen kann. Und beim Stimmenfang wäre ein konsequentes Forderungsprogramm nur ein Hindernis, das die Bewegungsfreiheit einschränkt.

In ihrer Politik richtet sie die Hauptstoßrichtung auf die Reaktionäre im Kärntner Heimatdienst und versucht so den wahren Frontverlauf zu vernebeln. So machte der Kärntner KPÖ-Landessekretär Raimund am 14.7.1973 auf der Vorbereitungssitzung des Klagenfurter Solidaritätskomitees den Vorschlag, die SP-Kärntens zu Mitarbeit einzuladen! Und das zu einer Zeit, wo sich die SP schon Schritte für eine Minderheitenfeststellung überlegte. Den Hauptfeind, die SP-Regierung und den gesamten Parlamentarismus verniedlichte sie, den Heimatdienst, der von den bürgerlichen Parteien aufgepäppelt wurde, stellte sie als übermächtig und als Hauptfeind hin.

Dementsprechend versucht sie der Regierung zu helfen. So schrieb die KPÖ nach dem Ortstafelsturm im „Volkswillen" (1.12.1972): „Wäre es doch einfacher gewesen, die ersten paar Tafelmontierer nach dem Verwaltungsstrafgesetz zur Verantwortung zu ziehen? Dann wäre das alles nicht gekommen." Das sind Worte eines bürgerlichen Politikers, dem die bestehende „Ordnung" des Kapitalismus am Herzen liegt. Gleichzeitig spricht sie sich auch für die reaktionäre Lösung des Ortstafelproblems aus, das ja auf dem 20 %-Prinzip beruhte. Die KJÖ verteilte damals in Kärnten sogar ein Flugblatt, in dem sie direkt zur Wiederaufstellung der Ortstafeln aufrief. Mit keinem Wort berührte sie die reaktionäre Grundlage dieser Lösung, die davon ausgeht, daß kein geschlossenes gemischtsprachiges Gebiet in Südkärnten existiert.

Sie hat selbst den Plan, an die Machtpositionen im Staat vorzudringen, entweder auf parlamentarischem Weg oder durch Hilfe der sowjetischen Sozialimperialisten. Deswegen hat sie überhaupt kein Interesse an einer selbständigen Bewegung der Massen. Sie muß sich selbst in Acht nehmen, daß sie durch die Selbständigkeit der Massen nicht total an Einfluß verliert.

Diese Haltung wirft ein Licht auf die gesamte Haltung zu den Rechten der Minderheiten, sie hat kein Interesse daran, daß im gesamten gemischtsprachigen Gebiet zweisprachige Aufschriften, Bezeichnungen, Kundmachungen etc. eingeführt werden und daß dafür das Volk gegen den Staat mobilisiert werden muß.

Bei den Demonstrationen gegen die Minderheitenfeststellung im Jahre 1976 versuchte sie, ihr unangenehme Kräfte auszuschließen, die Agitations- und Propagandafreiheit auszuschließen, die Rechte um die es geht, nicht genau zu benennen und Klarheit über den Gegner zu verhindern.

Je näher die Minderheitenfeststellung rückte, desto größer wurde ihr Liquidatorentum. In den Komitees versuchte sie, die Aktivitäten möglichst gering zu halten und zu verhindern, daß der Kampf gegen die Minderheitenfeststellung mit dem Kampf gegen das Volksgruppengesetz verbunden würde. So unternahmen sie gemeinsam mit VSStÖ-Reformisten alles, um in Graz und in Klagenfurt/Celovec den Aktionstag eine Woche vor der Minderheitenfeststellung zu verhindern. Vollständig erreichten sie dieses Ziel nicht. Unsere Genossen und andere demokratisch gesinnte Menschen traten trotzdem selbständig gegen die Minderheitenfeststellung auf.

Nichts gegen das Volksgruppengesetz – Alles gegen den Kampf der Massen

Im Oktober 1976 – kurz vor der Minderheitenfeststellung, gab die KPÖ eine Broschüre heraus („Minderheiten in Österreich, worum geht es eigentlich?"), in der sie ihre Haltung zum Volksgruppengesetz festhält. Auf Seite 17 schreibt sie: „Das Volksgruppengesetz ist so allgemein gehalten, daß erst die Durchführungsverordnungen darüber entscheiden werden, ob es überhaupt auf irgendeinem Gebiet Vorteile für die Minderheiten bringen wird."

In diesem Zitat sagt die KPÖ in selten klarer Weise, was sie dann auch in jedem Schritt ihrer praktischen Politik zeigt:

Daß sie für das von den drei Parlamentsparteien beschlossene Volksgruppengesetz ist!

Dieses Gesetz wird von den Slowenen mit Recht zur Gänze abgelehnt, da es die Diskriminierung der Minderheiten festschreibt und vertieft. Sie bezeichnen es als eine einzige Schikane. Eine Ausnahmebestimmung folgt der anderen. Die Zentralorganisationen der Slowenen heben hervor, daß das Ziel dieser Gesetze eine örtliche, sachliche und personelle Einschränkung der Rechte ist. Hier steht die KPÖ der Minderheit offen als Gegner gegenüber, sie stellt sich auf die Seite des bürgerlichen Staates, sie stimmt in die Demagogie ein, mit der das österreichische Volk über die reaktionäre Politik der Bourgeoisie hinweggetäuscht werden soll.

Nicht weniger deutlich ist diese Position der KPÖ bei den Volksgruppenbeiräten – diesen Unterdrückungs- und Betrugseinrichtungen der sozialdemokratischen Minderheitenpolitik. Selbstverständlich weigerten sich die Slowenenorganisationen, in diese Beiräte Vertreter zu entsenden, die bekanntlich keinerlei Rechte, aber dafür die Pflicht haben, das Volksgruppengesetz durchzuführen. Der SPÖ an der Spitze Kreisky aber kommt es darauf an, die Slowenenvertreter auf jeden Fall dort hineinzulocken, um dem österreichischen Volk die Zustimmung der Slowenen zur Regierungspolitik vorzugaukeln. Kreisky hätte dabei nach seinen eigenen Worten nicht das geringste dagegen, wenn die Slowenenvertreter dann in den Beiräten ihre grundsätzliche Ablehnung des Volksgruppengesetzes bekunden.

Und die KPÖ?

Jüngst gab der Landesobmann der KPÖ Kärnten, Nischelwitzer, einem slowenischen Funktionär den Rat, daß die Slowenen doch in den Beirat gehen sollen, um die Regierung von innen zu bekämpfen. Außerdem beschönigen die Revisionisten den krampfhaften Versuch ihrer tschechischen Gesinnungsgenossen, in Wien in den Beirat für die Tschechen aufgenommen zu werden, obwohl dieser Beirat überhaupt nur die Funktion hat, die Kärntner Slowenen und die Burgenländischen Kroaten unter Druck zu setzen.

Die Stellung der KPÖ zu Beiräten und Gesetzen besteht also nüchtern betrachtet darin, der Regierung und dem Staat von „links" in die Hände zu arbeiten. Darin besteht auch ihre politische Aufgabe: Unter dem Deckmantel der „Unterstützung der Minderheit" die Unterstützung der Regierungspolitik zu propagieren, die Minderheiten für die Aufgabe ihres konsequenten Standpunktes zu gewinnen.

In diesem Jahr spitzte sich die Lage weiter zu.

Die Regierung konnte nach der schweren Niederlage bei der Minderheitenfeststellung und der Ablehnung der Beiräte durch die Minderheiten, nicht anders als zu weiterem Druck und weiterer Einschüchterung greifen. Die slowenische Bevölkerung war noch selbstbewußter geworden, ließ sich nicht unterkriegen und war für weiteren aktiven Kampf um ihre Rechte bereit, die Unterstützung des Kampfs um ihre Rechte in den deutschsprachigen Teilen des Volkes in ganz Österreich hielt an. In dieser Situation begann der Staatsapparat eine ganze Reihe von Prozessen gegen Slowenen und deutschsprachige Gegner der Minderheitenpolitik einzuleiten. Die Staatsgewalt sollte die Slowenen einschüchtern, die Slowenenorganisationen zum Nachgeben zwingen, die Aktivisten des Kampfes um die Minderheitenrechte kriminalisieren und um den Kampf die Unterstützung abgraben.

Auch hier tat sich die KPÖ als direkte Schützenhilfe der Regierung hervor. Sie ging direkt zum Angriff auf einen Slowenenfunktionär über. Sie warf Warasch vor, sich mit „offenbar zweifelhaften Bundesgenossen" abzugeben, bei „einiger Besonnenheit (wäre das) nicht möglich gewesen", nämlich die Anzeige, die Gütler gegen ihn erstattete, weil er ihn angeblich zur Bombenlegung angestiftet hat. Daß in der verschärften politischen Situation offensichtlich ein Komplott gegen ihn ausgekocht wurde, ist nichts Verwunderliches. Die KPÖ versuchte sofort in die Taktik der Bourgeoisie einzustimmen, die die Slowenen verunsichern und unter der österreichischen Bevölkerung isolieren soll. Zur letzten Demonstration gegen die Prozesse in Klagenfurt rief sie überhaupt nicht auf.

Die KPÖ fällt zwangsläufig hinter die vorwärtstreibenden Teile der Bewegung zurück und den Minderheiten in den Rükken. Sie versucht zwar weiterhin die Bewegung der Slowenen von innen zu sabotieren und zu bremsen, doch ihre Rolle wird zunehmend deutlicher. In Salzburg, Wien und Klagenfurt gibt es auch Anzeichen eines allgemeinen Rückzuges der KPÖ/KSV-Funktionäre aus den Komitees, bzw. verzweifelte Versuche, das nichtexistierende Klagenfurter Organisationskomitee gegen das arbeitende Personenkomitee auszuspielen.

Besonders über einige Studenten versuchen die KPÖ-Revisionisten heute Positionen unter den Slowenen zu ergattern. Es muß aber weiter verbreitet werden, wie einige von diesen Studenten in St. Jakob/Sentjakob sich schützend vor die Polizei gestellt haben und die Kampfentschlossenen einzuschüchtern versuchten, damit sie sich ihre Rechte nicht gegen die staatliche Gewalt nehmen. Um ihren politischen Einfluß zu brechen wird man die KPÖ-Revisionisten verstärkt praktisch und theoretisch bekämpfen müssen.

Was der Regierung nicht gelang, versuchen die KPÖ-Revisionisten durch Verwirrung und Sabotage von innen. Auch dort wo sie sich schon aus dem Staub machen wollen, muß ihre Politik bis zu ihren Wurzeln aufgedeckt werden, denn es ist wichtig, die einzigen als Partei organisierten Handlanger der Regierung in der Bewegung völlig zu isolieren.

V.W.

Kommunique der 3.Plenar der Kommunisti

Vom 16. bis 21. Juli 1977 fand die Dritte Plenartagung des X. Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas in Peking statt. Der Vorsitzende des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas, Genosse Hua Guo-feng, führte auf dieser historisch bedeutsamen Tagung den Vorsitz und hielt eine wichtige Rede. Die Vizevorsitzenden des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas, Geosse Yä Djiä-ying und Deng Hsiao-ping, waren auf der Tagung erschienen und hielten ebenfalls wichtige Rede. Anwesend waren ferner: die Mitglieder des Zetralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas, Genossen Li Hsiän-niän, Tschen Hsi-liän, Dji Deng-Kui, Wang Dung-hsing, Wu Dö, Hsü Schi-you, We Guo-tjing, Li Dö-scheng und Tschen Yung-gui, die Kandidaten des Politbüros, Genossen Wu Gui-hsiän, Su Dschen-hua, Ni Dschi-fu und Saifudin.

Das Mitglied des Politbüros, Genosse Siu Bo-tscheng, entschuldigte sich mit Krankheit. Mitglieder und Kandidaten des Zentralkomitees waren auf der Tagung erschienen. Die hauptverantwortlichen Genossen einiger Regionen und Truppeneinheiten nahmen mit beratender Stimme an der Tagung teil. Bei Eröffnung der Plenartagung schlug Vorsitzender Hua allen anwesenden Genossen vor, sich zu erheben und unseres großen Führers und Lehrers, des Vorsitzenden Mao Tsetung, unseres verehrten und geliebten Ministerpräsidenten Tschou En-lai, des Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses, Tschu Teh, des Vizevorsitzenden des Zentralkomitees, Kang Scheng, des Stellvertretenden Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskonresses, Dung Bi-wu und anderer proletarischer Revolutionäre der älteren Generation, der Mitglieder und Kandidaten des Zentralkomitees und anderer Genossen, die nach der 2. Plenartagung des X. Zentralkomitees gestorben sind, in ehrenden Schweigeminuten zu gedenken.

Die Plenartagung bestätigte einstimmig den Beschluß über die nachträgliche Bestätigung der Ernennung des Genossen Hua Guo-feng zum Vorsitzenden des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas und Vorsitzenden der Militärkommission beim Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas. Die Plenartagung unterstützte vorbehaltlos den Beschluß des Politbüros des Zentralkomitees über die Ernennung des Genossen Hua Guo-feng zum Vorsitzenden des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas und Vorsitzenden der Militärkommission beim Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas, den es gemäß einer von dem großen Führer und Lehrer, Vorsitzenden Mao, zu seinen Lebzeiten getroffenen Anordnung am 7. Oktober 1976 gefaßt hatte.

Die Plenartagung vertrat einmütig die Auffassung, daß Genosse Hua Guo-feng der gute Schüler und gute Nachfolger des Vorsitzenden Mao, unser guter Führer und guter Oberkommandierender ist. Diesen Beschluß, den das Politbüro des Zentralkomitees in der außerordentlichen Zeit des heftigen Kampfes unserer Partei gegen die parteifeindliche Clique von Wang Hung-wen, Dschang Tschun-tjiao, Djiang Tjing und Yao Wen-yüan in einem entscheidenden Moment der chinesischen Revolution faßte, war vollkommen korrekt und kam genau zur rechten Zeit. Er fand bei der ganzen Partei, bei der ganzen Armee und den Volksmassen aller Nationalitäten des ganzen Landes herzliche Unterstützung. Dieser Beschluß spielte nicht nur bei der Vereitelung der Verschwörung der „Viererbande" zur Usurpation der Macht in Partei und Staat und bei der Stabilisierung der Lage im ganzen Lande eine entscheidende Rolle, sondern auch für die Festigung der Führung unserer Partei, für die Konsolidierung der Diktatur des Proletariats in unserem Lande und für die Gewährleistung dessen, daß unser Land weiter gemäß der proletarischen revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao siegreich vorwärtsschreitet, von großer und weitreichender Bedeutung.

Die Plenartagung bestätigte einhellig den Beschluß über die Wiedereinsetzung des Genossen Deng Hsiao-ping in seine Funktionen. Nach gründlicher Diskussion unterstützte die Plenartagung vorbehaltlos den vom Vorsitzenden Hua Guo-feng auf der Arbeitssitzung des Zentralkomitees vom März 1977 im Namen des Politbüros des Zentralkomitees gemachten Vorschlag, auf der 3. Plenartagung des X. Zentralkomitees offiziell den Beschluß zu fassen, Genossen Deng Hsiao-ping wieder arbeiten zu lassen. Die zwei Briefe des Genossen Deng Hsiao-ping an Vorsitzenden Hua und Vizevorsitzenden Yä und das Zentralkomitee der Partei, die vom Zentralkomitee am 3. Mai 1977 weitergeleitet wurden, fanden bei den Genossen der ganzen Partei Anerkennung. Die Plenartagung beschloß einstimmig, den Genossen Deng Hsiao-ping in seinen Funktionen als Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas, Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees, Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros des Zentralkomitees, Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros des Zentralkomitees, Vizevorsitzenden des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas, Vizevorsitzenden der Militärkommission beim Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas, Vizeministerpräsident des Staatsrates und Generalstabschef der Chinesischen Volksbefreiungsarmee wieder einzusetzen. Die Plenartagung vertrat einmütig die Ansicht, daß das Zentralkomitee der Partei mit dem Vorsitzenden Hua an der Spitze in den letzten mehr als neun Monaten seit Zerschlagung der „Viererbande" das große Banner des Vorsitzenden Mao hochhaltend, die ganze Partei, die ganze Armee und die Volksmassen aller Nationalitäten des ganzen Landes geführt hat, eine tiefgreifende große politische Revolution zur Entlarvung und Kritik der „Viererbande" durchzuführen und dabei große Siege zu erringen.

Die von dem Vorsitzenden Hua und dem Zentralkomitee der Partei getroffene strategische Entscheidung, im heftigen Kampf zwischen den zwei Klassen und den zwei Linien Stabilität und Geschlossenheit zu verwirklichen, die Diktatur des Proletariats zu konsolidieren, die Siegesfrüchte der Großen Proletarischen Kulturrevolution zu pflegen und weiterzuentwickeln und so große Ordnung im Lande zu schaffen, fand in der Partei, in der Armee und beim Volk breite Unterstützung. Die ganze Partei, die ganze Armee und die Volksmassen aller Nationlitäten des ganzen Landes sind fester zusammengeschlossen denn je. Die Diktatur des Proletariats ist noch gefestigter. Überall im Lande bietet sich ein begeisterndes revolutionäres Bild. Ein neuer Sprung nach vorn in der Volkswirtschaft zeichnet sich ab. Tatsachen haben bewiesen, daß die politische und organisatorische Linie des Zentralkomitees der Partei mit dem Vorsitzenden Hua an der Spitze und die ganze Reihe bedeutender Maßnahmen, die das Politbüro des Zentralkomitees zur Verwirklichung der strategischen Entscheidung „durch Anpacken des Hauptkettengliedes eine große Ordnung im Lande herzustellen", vollkommen korrekt sind.

Die Plenartagung nahm einstimmig den Beschluß über die parteifeindliche Clique von Wang Hung-wen, Dschang Tschun-tjiao, Djiang Tjing und Yao Wen-yüan an. Darin wird festgestellt: Die Zerschlagung der parteifeindlichen Wang-Dschang-Djiang-Yao-Clique durch das von Genossen Hua Guo-feng geführte Politbüro des Zentralkomitees, das dem Vermächtnis des Vorsitzenden Mao die Treue hält, und die ganze Reihe entschlossen ergriffener Maßregeln gegen sie waren völlig korrekt. Die Plenartagung erklärte sich damit einmütig einverstanden. Sie war der Ansicht, daß das Zentralkomitee der Partei mit dem Vorsitzenden Hua an der Spitze, indem es unsere Partei führte, mit einem Schlag die „Viererbande" zu zerschlagen, ein großes Unheil innerhalb der Partei abgewendet, unser Land vor einer großen Spaltung und vor einem großen Rückschlag bewahrt und die Revolution und die Partei gerettet hat. Das ist ein grandioser Sieg der Großen Proletarischen Kulturrevolution, ein großer Sieg der Maotsetungideen, ein großer Sieg der proletarischen revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao Tsetung.

In dem Beschluß wird festgestellt: Wang Hung-wen, Dschang Tschun-tjiao, Djiang Tjing und Yao Wen-yüan gehörten zu einer konterrevolutionären Verschwörerclique. Sie traten von Grund auf gegen die Grundprinzipien auf, die lauten: Den Marxismus und nicht den Revisionismus praktizieren, sich zusammenschließen und nicht Spaltertätigkeit betreiben, offen und ehrlich sein und sich nicht mit Verschwörungen und Ränken befassen.

Sie verschworen sich zur Spaltung der Partei und zur Usurpation der Macht in Partei und Staat. Schon zu Beginn der Großen Kulturrevolution kollaborierten sie mit Lin Biao und Konsorten, um die Große Proletarische Kulturrevolution zu sabotieren. Nach dem X. Parteitag arbeitete die „Viererbande" von Wang-Dschang-Djiang-Yao mit allen verschwörerischen Mitteln wie vom Wahnsinn befallen gegen das Zentralkomitee der Partei mit dem Vorsitzenden Mao an der Spitze in dem vergeblichen Versuch, ihre wilde Ambition zu verwirklichen, nämlich die Führungsmacht in Partei, Regierung und Armee allseitig an sich zu reißen und dem Vorsitzenden Mao nur seinen Titel zu lassen. Sie nutzte die 2. Plenartagung des X. Zentralkomitees der Partei und den IV. Nationalen Volkskongreß als Chancen, um verschwörerisch ihr eigenes Kabinett zu bilden, um Genosen Tschou En-lai zu stürzen. Entgegen den Anweisungen des Vorsitzenden Mao ging sie ihren eigenen Weg, indem sie Genossen Deng Hsiao-ping heftig attakierte, verleumdete und gegen ihn intrigierte. Es erfüllte sie mit äußerstem Haß, daß der Vorsitzende Mao und das Zentralkomitee der Partei Genossen Hua Guo-feng zum amtierenden Ministerpräsidenten des Staatsrates und anschließend zum 1. Vizevorsitzenden des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas und zum Ministerpräsidenten des Staatsrates ernannten. Sie lehnte sich dagegen wie toll auf und versuchte, Genossen Hua Guofeng zu stürzen. Sie befaßte sich hektisch mit verschwörerischen Umtrieben, um gegen die Partei zu arbeiten und die Armee ins Chaos zu stürzen und somit eine große Anzahl von verantwortlichen Genossen in Partei, Regierung und Armee auf zentraler und lokaler Ebene zu stürzen. Als der große Führer, Vorsitzender Mao, schwer erkrankt war, drangsalierte sie ihn gewissenlos. Nach dem Ableben des Vositzenden Mao intensivierte sie ihre verbrecherischen Untaten zur Usurpation der höchsten Führungsmacht in Partei und Staat, um das Zentralkomitee der Partei mit Genossen Hua Guo-feng an der Spitze zu stürzen und eine konterrevolutionäre Restauration herbeizuführen, die marxistische Kommunistische Partei Chinas in eine revisionistische Partei, unsere Diktatur des Proletariats in eine bürgerliche faschistische Diktatur zu verwandeln und das sozialistische China in einen halbkolonialen, halbfeudalen Staat rückzuverwandeln.

Der Beschluß stellt fest, daß die parteifeindliche Clique von Wang Hung-wen, Dschang Tschun-tjiao, Djiang Tjing und Yao Wen-yüan unter dem Deckmantel des Marxismus-Leninismus die große Theorie des Vorsitzenden Mao über die Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats skrupellos verfälschte, die grundlegende Linie der Partei entstellte, absichtlich die Beziehungen zwischen dem Feind und uns in der sozialistischen Geschichtsperiode auf den Kopf stellte und ideologisch, politisch und organisatorisch eine ultrarechte, konterrevolutionäre, revisionistische Linie durchsetzte. Die „Viererbande" ist eine Horde bürgerlicher Karrieristen und Verschwörer. Sie ist eine Horde von durch und durch Ultrarechten, eine schwarze Bande von neuen und alten Konterrevolutionären. Sie waren typische Repräsentanten der Grundherrenklasse und Bourgeoisie, wie auch der Tschiang Kaischek-Kuomintang innerhalb unserer Partei. Ihre gesellschaftliche Basis bildeten die Grundherren, die Großbauern, konterrevolutionäre und asoziale Elemente sowie die neuen und alten Bourgeois. All ihre verbrecherischen Aktivitäten entsprangen ihrer reaktionären Klassennatur.

Der Kampf unserer Partei gegen die „Viererbande" ist eine Fortsetzung des langjährigen Kampfes der Kommunistischen Partei Chinas und der von ihr geführten breiten revolutionären Volksmassen gegen die Kuomintang-Reaktionäre, eine Fortsetzung des Klassenkampfes des Proletariats gegen die Bourgeoisie, eine Fortsetzung des Kampfes des Marxismus gegen den Revisionismus.

In dem Beschluß wird darauf hingewiesen, daß der Kampf unserer Partei gegen die parteifeindliche Wang-Dschang-Djiang-Yao-Clique der elfte bedeutende Linienkampf in der Geschichte unserer Partei ist. Der große Sieg unserer Partei bei diesem Linienkampf ist dem großen Führer und Lehrer, dem Vorsitzenden Mao Tse-tung, dem weisen Führer, dem Vorsitzenden Hua Guo-feng, dem Stellvertretenden Vorsitzenden Yä Djiang-ying, dem von dem Vorsitzenden Hua geführten Zentralkomitee der Partei und unserer großen Partei, unserer großen Armee und unserem großen Volk zu verdanken.

Der Beschluß stellt fest: „Zahlreiche Be-

tagung des Zentralkomitees schen Partei Chinas

weismaterialien, die durch Untersuchen bestätigt worden sind, zeigen, daß Dschang Tschun-tjiao ein Geheimagent der Kuomintang, Djiang Tjing eine Verräterin, Yao Wen-yüan ein klassenfremdes Element, Wang Hung-wen ein neuer Bourgeois ist."

Die Plenartagung drückte größte revolutionäre Empörung über die antikommunistischen volksfeindlichen und konterrevolutionären Verbrechen der „Viererbande" aus. Entsprechend der Forderung der ganzen Partei, der ganzen Armee und der Volksmassen aller Nationalitäten des ganzen Landes und gemäß den Bestimmungen des Parteistatuts, beschloß die Plenartagung einstimmig folgendes:

1. Wang Hung-wen, einen bürgerlichen Karrieristen, Verschwörer, konterrevolutionären Doppelzüngler und neuen Bourgeoisie für immer aus der Partei auszuschließen und ihn aller seiner Funktionen innerhalb und außerhalb der Partei zu entheben.

2. Dschang Tschun-tjiao, einen bürgerlichen Karrieristen, Verschwörer, konterrevolutionären Doppelzüngler und Geheimagenten der Kuomintang für immer aus der Partei auszuschließen und ihn aller seiner Funktionen innerhalb und außerhalb der Partei zu entheben.

3. Djiang Tjing, eine bürgerliche Karrieristin, Verschwörerin, konterrevolutionäre Doppelzünglerin und Verräterin für immer aus der Partei auszuschließen und sie aller ihrer Funktionen innerhalb und außerhalb der Partei zu entheben.

4. Yao Wen-yüan, einen bürgerlichen Karrieristen, Verschwörer, konterrevolutionären Doppelzüngler und ein klassenfremdes Element für immer aus der Partei auszuschließen und ihn aller seiner Funktionen innerhalb und außerhalb der Partei zu entheben.

Die Plenartagung stimmte dem Beschluß des Politbüros des Zentralkomitees voll und ganz zu, den XI. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas vorzuverlegen und bewilligte voll und ganz alle Vorbereitungen, die das Politbüro des Zentralkomitees für diesen Parteitag getroffen hat. Die Plenartagung nahm einstimmig die Tagesordnung des XI. Parteitags an:

1. Erstattung des politischen Berichtes des Zentralkomitees

2. Abänderung des Statuts der Kommunistischen Partei Chinas und Erstattung des Berichts über die Abänderung des Parteistatuts

3. Wahl des Zentralkomitees.

Die Plenartagung diskutierte über den politischen Bericht des Zentralkomitees, den Bericht über die Abänderung des Parteistatuts und den Abänderungsentwurf des Parteistatuts und nahm sie im Wesentlichen an.

Die Plenartagung beschloß, den XI. Parteitag zu einem geeigneten Zeitpunkt dieses Jahres einzuberufen.

Die Dritte Plenartagung des X. Zentralkomitees hat die großen Siegeserrungenschaften bei der Zerschlagung der Viererbande gefestigt und weiter entwickelt. Sie hat auf politischem, ideologischem und organisatorischem Gebiet ausreichende Vorbereitungen für die Einberufung des XI. Parteitags getroffen. Gemäß der Lehre des Vorsitzenden Mao, „Sich auf die politischen Erfahrungen und die Weisheit des Kollektivs stützen", entfaltete die Plenartagung in vollem Maße die Demokratie. Die Plenartagung verlief in einer herzlichen Atmosphäre des vereinten Kampfes, der Lebendigkeit und Regsamkeit. Sie hat ihre Aufgaben erfolgreich erfüllt.

Die Plenartagung war der Ansicht, daß sich die internationale Lage zugunsten des chinesischen Volkes und der Völker der Welt entwickelt. Wir müssen an den Prinzipien des Proletarischen Internationalismus festhalten, entschlossen die revolutionäre Linie und Politik des Vorsitzenden Mao für Auswärtige Angelegenheiten durchführen, die Geschlossenheit mit dem Weltproletariat, den unterdrückten Völkern und unterjochten Nationen aller Welt und mit den anderen Ländern der Dritten Welt verstärken, uns mit allen Ländern, die der Aggression, Subversion, Intervention, Kontrolle und Schikanierung durch Imperialismus und Sozialimperialismus ausgesetzt sind, zum Kampf gegen den Hegemonismus der beiden Supermächte, der Sowjetunion und der USA, vereinigen. Wir müssen die Geschlossenheit mit allen wahrhaft marxistisch-leninistischen Parteien und Organisationen der ganzen Welt verstärken und den Kampf gegen den modernen Revisionismus, mit der sowjetrevisionistischen Renegatenclique als dessen Zentrum zum siegreichen Ende führen.

Gegenwärtig ist die Lage in der Welt wie im Lande ausgezeichnet. Die Plenartagung ruft die ganze Partei, die ganze Armee und die Volksmassen aller Nationalitäten des ganzen Landes auf, das große Banner des Vorsitzenden Mao immer hochzuhalten, das Werk des Vorsitzenden Mao fortzusetzen, sich noch enger um das Zentralkomitee der Partei mit dem Vorsitzenden Hua an der Spitze zu scharen, an der grundlegenden Linie der Partei und der Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats festzuhalten, die strategische Entscheidung, „durch Anpacken des Hauptkettengliedes im ganzen Land eine große Ordnung herzustellen", in die Tat umzusetzen und den großen Kampf zur Entlarvung und Kritik der „Viererbande" zum siegreichen Ende zu führen, die Revolution anzupacken, die Produktion, die Arbeit und die Vorbereitungen auf einen Kriegsfall zu fördern, die Massenbewegungen zum Lernen von Datjing in der Industrie, zum Lernen von Dadschai in der Landwirtschaft, zum Lernen von Lei Feng und zum Lernen von der 6. „Harte-Knochen-Kompanie" in die Tiefe zu entwickeln und mit neuen Erfolgen in der sozialistischen Revolution und beim sozialistischen Aufbau den XI. Parteitag zu begrüßen.

Schließen wir uns zusammen, um noch größere Siege zu erringen!

(nach Radio Peking)

Korea: Eine revolutionäre Politik entwickelt die Landwirtschaft trotz Kälte und Dürre

Viele Regionen und Länder des Erdballs leiden unter einer akuten „landwirtschaftlichen Krise", verursacht durch der Jahreszeit nicht entsprechende Kälte, durch Frost, schwere Dürr· Regengüsse und Stürme.

Die Landwirtscha. .üdkoreas, das von den US-Imperialisten besetzt ist, der anderen Hälfte Koreas, ist bereits verwüstet und auch in diesem Jahr erlitt die Landwirtschaft wegen Naturkatastrophen einen Mißerfolg, der die Lebensmittelkrise weiter verschärft.

Auch die nördliche Hälfte Koreas stand unter der Einwirkung der Kältefront. Das für die landwirtschaftliche Produktion schlechte Wetter hielt an – mehr als 60 Tage Trockenzeit, der Jahreszeit nicht entsprechende Kälte, Schnee und Frost, Sturm, Regengüsse und so weiter. Aber die KVDR überwand die Einflüsse der Kältefront und brachte die reichste Ernte der gesamten Geschichte ein. Der nationale Durchschnitt im Reisertrag pro Chongbo stieg von 0,7 auf mehr als eine Tonne und im Maisertrag von 0,6 auf mehr als 1,2 Tonnen gegenüber 1975.

Es war das ertragreichste Jahr im gesamten Land – in den Ebenen, in den Zwischengebieten und in den Berggegenden sowie im nördlichen Landesinneren – und bei allen Früchten – Reis, Mais, Bohnen, Kartoffel, Obst, Gemüse und Industriefrüchten.

Als Folge der Produktion von mehr als 8 Millionen Tonnen Getreide ist der Kornspeicher der Nation bis zum Bersten gefüllt und eine solide Grundlage für besseren Fortschritt beim sozialistischen Aufbau insgesamt und die weitere Verbesserung des nationalen Wirtschaftslebens und dafür, ein noch höheres Ziel in der Getreideproduktion zu setzen und zu erreichen, wurde gelegt.

In den landwirtschaftlichen Thesen definierte Kim Ir Sen die drei Revolutionen, die ideologische, die technische und die kulturelle, als die zentralen revolutionären Aufgaben, die in den ländlichen Gebieten nach der sozialistischen Kooperation erfüllt werden müssen, und er leitete das koreanische Volk an, die technische Revolution auf dem Land in vollem Umfang mit Bewässerung, Mechanisierung, Elektrifizierung und Chemisierung als ihren Hauptinhalten durchzuführen.



Ansicht des Chaeryong-gang-Bewässerungs Projets, das vom Süden des Landes aus weite Gebiete im Norden mit Wasser versorgen wird.

Der große Führer benannte die Bewässerung als die erste und vorderste Aufgabe der technischen Revolution auf dem Land, unter Berücksichtigung der Besonderheiten der Landwirtschaft Koreas, schlug eine eigenständige Politik der Bewässerung vor und unternahm große Anstrengungen, sie anzuwenden.

Er leitete das koreanische Volk an, die Natur in riesigem Umfang umzugestalten, um die bewässerten Gebiete in einer Kampagne des ganzen Volks, insbesondere nach der Plenartagung des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Koreas im September 1958 auszudehnen. Dann führte er sie bei der Durchführung von Entwässerungsprojekten, um die Pflanzen vor aufgestautem Wasser zu schützen und in großem Umfang Bewässerung, insbesondere Beregnung, auf trockenen Feldern einzuführen.

Gerade wegen eines solchen vollkommenen Bewässerungssystems, einer solchen festen Grundlage, kann die landwirtschaftliche Produktion Koreas trotz des wechselnden Wetters Jahr für Jahr wachsen.

Unter Anleitung Kim Ir Sens wurde frühzeitig der Einfluß der Kältefront auf die landwirtschaftliche Produktion eingeschätzt, wissenschaftliche Möglichkeiten zur Vermeidung von Schäden angegeben und die nötigen materiellen und technischen Maßnahmen ergriffen, um dies im voraus zu tun. Die Bauern lernten, den Ansprüchen der landwirtschaftlichen Dschutsche-Methoden (sich auf die eigenen Kräfte stützen) in vollem Umfang gerecht zu werden, das Prinzip, die richtigen Pflanzen im richtigen Boden und die richtigen Pflanzen zur richtigen Zeit, zu befolgen, Kaltbeet-Reissetzlinge und in Humus gepflanzte Maissetzlinge einzuführen, das feuchtkalte Land zu verbessern und ein wissenschaftliches Düngesystem einzuführen.

5-Punkte-Politik zur Umgestaltung der Natur

„Die landwirtschaftliche Front ist nach wie vor eine unserer Hauptfronten. Nachdem ungünstige natürliche und klimatische Bedingungen anhalten und die Nahrungsmittelsituation der Welt immer ernster wird, müssen wir weiterhin der Entwicklung der Landwirtschaft große Anstrengungen widmen." (Kim Ir Sen)

Die gesamte Partei und das ganze Land richteten ihre Anstrengungen auf die landwirtschaftliche Front. Die Werktätigen des Landes taten was sie konnten, um den Bauern zu helfen, die schlechten klimatischen Bedingungen zu überwinden, Reis und Mais umzusetzen, die Felder zu jäten und andere landwirtschaftlichen Handgriffe rechtzeitig zu machen.

Die jüngste 12. Plenartagung des fünften Zentralkomitees der Partei der Arbeit Koreas überprüfte die großen Erfolge in der Landwirtschaft in diesem Jahr und beriet das Problem, das Ziel von 10 Millionen Tonnen Getreide vorfristig zu erreichen, indem die Fünf-Punkte-Politik zur Umgestaltung der Natur gründlich angewandt wird.

Kim Ir Sen sagte: „Die Fünf-Punkte-Politik für die Umgestaltung der Natur ist: Erstens, die Bewässerung der Trockenfelder fertigzustellen; zweitens, Terrassenfelder zu bauen; drittens, die Bodenmelioration durchzuführen; viertens, die Aufforstung und Wasserbewahrung durchzuführen, und fünftens, das Küstenland zurückzugewinnen."

Die Fünf-Punkte-Politik zur Umgestaltung der Natur, die auf eine wissenschaftliche Analyse der tatsächlichen Erfordernisse des neuen, höheren Stadiums der landwirtschaftlichen Entwicklung in der KVDR gegründet ist, ist eine revolutionäre Politik, um weiter die Grundlagen der landwirtschaftlichen Produktion zu stärken und die landwirtschaftliche Produktion stetig in hohem Maße steigern, welches Wetter auch kommen mag, und das Ziel von 10 Millionen Tonnen Getreide zu erreichen. (aus: Korean Central News Agency April 1977, gekürzt)

21. August: Neun Jahre sozialimperialistische Besetzung der CSSR

In der Nacht vom 20. auf den 21. August 1968 überschritten Truppen der Sowjetunion und vier anderer Warschauer-Pakt-Staaten die tschechoslowakischen Grenzen. In den ersten Tagen bestand die Invasorenarmee aus 175.000 Mann und schwoll bis gegen Ende August auf 650.000 Soldaten, die unter russischem Oberkommando standen, an. Sie besetzten alle wichtigen strategischen Einrichtungen, Partei- und Regierungsgebäude, Rundfunk- und Fernsehstationen, nahmen Verhaftungen vor, ermordeten zahlreiche Menschen, die Widerstand leisteten und verschleppten 6 Mitglieder der tschechoslowakischen Parteiführung nach Moskau. Zur gleichen Zeit veröffentlichte die sowjetische Nachrichtenagentur TASS einen Brief „führender Partei- und Staatsfunktionäre der Tschechoslowakei", in dem die Sowjetunion „zur Entsendung von Truppen aufgefordert" wird – dieser Brief trug keine einzige Unterschrift!

Mit dieser militärischen Aktion wollten die sowjetischen Machthaber dem tschechoslowakischen Volk und allen ihren östlichen Vasallenstaaten drastisch vor Augen führen, daß sie keinerlei Ausbruch aus ihrem Herrschaftsgebiet dulden, daß sie gewillt sind, sich ihre Einflußsphären auch mit Gewalt zu erhalten. In aller Offenheit machten sie deutlich, was von ihrer Theorie der „sozialistischen Gemeinschaft" und vom „neuen proletarischen Internationalismus" zu halten ist: Einsatz aller Mittel bis zur bewaffneten Aggression zur Sicherung ihres Imperiums.

Dieser Einmarsch in die CSSR legte zum ersten Mal schlagartig die Degeneration der Sowjetunion in ein imperialistisches Land offen, – ein Entwicklungsprozeß, der dazu führte, daß die Sowjetunion heute mit der anderen Supermacht, den USA, in jedem Winkel der Erde um die Weltherrschaft ringt.

Was war der Grund für die bewaffnete Intervention in der CSSR?

Auch in der CSSR hatte, wie in vielen anderen osteuropäischen Ländern, mit dem Farbwechsel der Sowjetunion ein tiefgreifender Wandlungsprozeß stattgefunden. Die KPC, einst Führerin der tschechoslowakischen Arbeiterklasse in zahlreichen revolutionären Kämpfen, entwickelte sich immer mehr zu einer bürgerlichen, konterrevolutionären Partei, die die tschechoslowakischen Volksmassen ausbeutete und unterdrückte, sich dem Diktat der KPdSU beugte und die zunehmende Ausplünderung der Landes durch die Sowjetunion hilfreich sekundierte. Aber die diktatorische Vormundschaft und Fremdherrschaft wurde immer drückender und der Widerstand dagegen wuchs an. Er fand seinen Ausdruck vor allem in der ersten Hälfte des Jahres 68, wo nach einem Führungswechsel in der KPC die Selbständigkeitsbestrebungen im ganzen Land rasant zunahmen. Selbständigkeitsbestrebungen sehr verschiedener Art: Da gab es die „Reformprogramme" der KPC, der Partei der neuen Bourgeoisie, die dem bereits weit fortgeschrittenen Restaurationsprozeß in der CSSR Rechnung trugen und offen die „freie" kapitalistische Marktwirtschaft propagierten, zum Beispiel unter der Parole „von Unternehmungen der Planerfüllung zu Unternehmungen eines wirklichen Unternehmertums". In diese Richtung gingen die Interessen der neuen Bourgeoisie. Unter den Volksmassen, in den Fabriken, entwickelte sich aber gleichzeitig eine immer breiter werdende Debatte, die die Frage der Abschüttelung der russischen Fremdherrschaft im Zusammenhang mit dem Kampf gegen den Abbau sozialer Errungenschaften in der volksdemokratischen Revolution stellte.

Diese Entwicklung in der CSSR wurde für die Sowjetunion eine immer größere Gefahr. Ob unter bürgerlicher oder proletarischer Führung – ein Loslösungsprozeß der CSSR aus dem Einflußgebiet der Sowjetunion hätte nicht nur eine Schwächung ihres Aufmarschgebietes im Kampf mit dem US-Imperialismus um die Weltherrschaft bedeutet, sie hätte auch alle anderen, unter der Knute des Sozialimperialismus stöhnenden Länder Osteuropas ermuntert, diesem Beispiel zu folgen. Als alle Drohungen und Erpressungsversuche nichts fruchteten, und es gab deren viele – so erklärte Breschnew während bilateraler Verhandlungen zwischen der KPdSU und der KPC am 1. August 68, „solltet ihr uns noch einmal enttäuschen, dann werden wir dies als Verbrechen und Verrat ansehen und dementsprechend handeln" – griffen die russischen Sozialimperialisten zur bewaffneten Intervention.

Der Einmarsch der Interventionstruppen traf die tschechoslowakische Bevölkerung unvorbereitet. Nichts zeigt den bürgerlichen Charakter der Führung des „Prager Frühling" deutlicher als diese Unvorbereitetheit, mit der die tschechoslowakische Bevölkerung den bis auf die Zähne bewaffneten Aggressoren gegenüberstand. Wenn sich auch in den ersten Tagen der Intervention kein offener Kollaborateur fand, so bereitete die Führung der KPC doch von Anfang an die Kapitulation vor. Sie rief die Bevölkerung auf, keinen gewaltsamen Widerstand zu leisten, weder Armee, noch Sicherheitsdienst und Volksmiliz hatten den Befehl zur Verteidigung des Landes erhalten. Sie unterschrieb schließlich nach wenigen Tagen in Moskau ein Abkommen, in dem sie sich unter anderem verpflichtete, durch „unerläßliche Umbesetzungen" in allen wichtigen Gremien von Partei und Staat den Russen genehme Personen einzusetzen. Dafür erklärten die Russen, daß „die Truppen der fünf sozialistischen Staaten sich nicht in die inneren Angelegenheiten der CSSR einmischen und, sobald die Gefahr für den Sozialismus in der CSSR und für die Sicherheit der Länder der sozialistischen Staatengemeinschaft beseitigt sein wird, in Etappen vom Staatsgebiet der CSSR abziehen werden" (!).

Die Truppen der neuen Zaren stehen noch immer in der CSSR. An die 75.000 sowjetische Soldaten, 1.500 Panzer und 250 Flugzeuge, die heute dort stationiert sind, dienen der Unterjochung des tschechoslowakischen Volkes ebenso wie der Vobereitung einer Aggression gegen Europa.

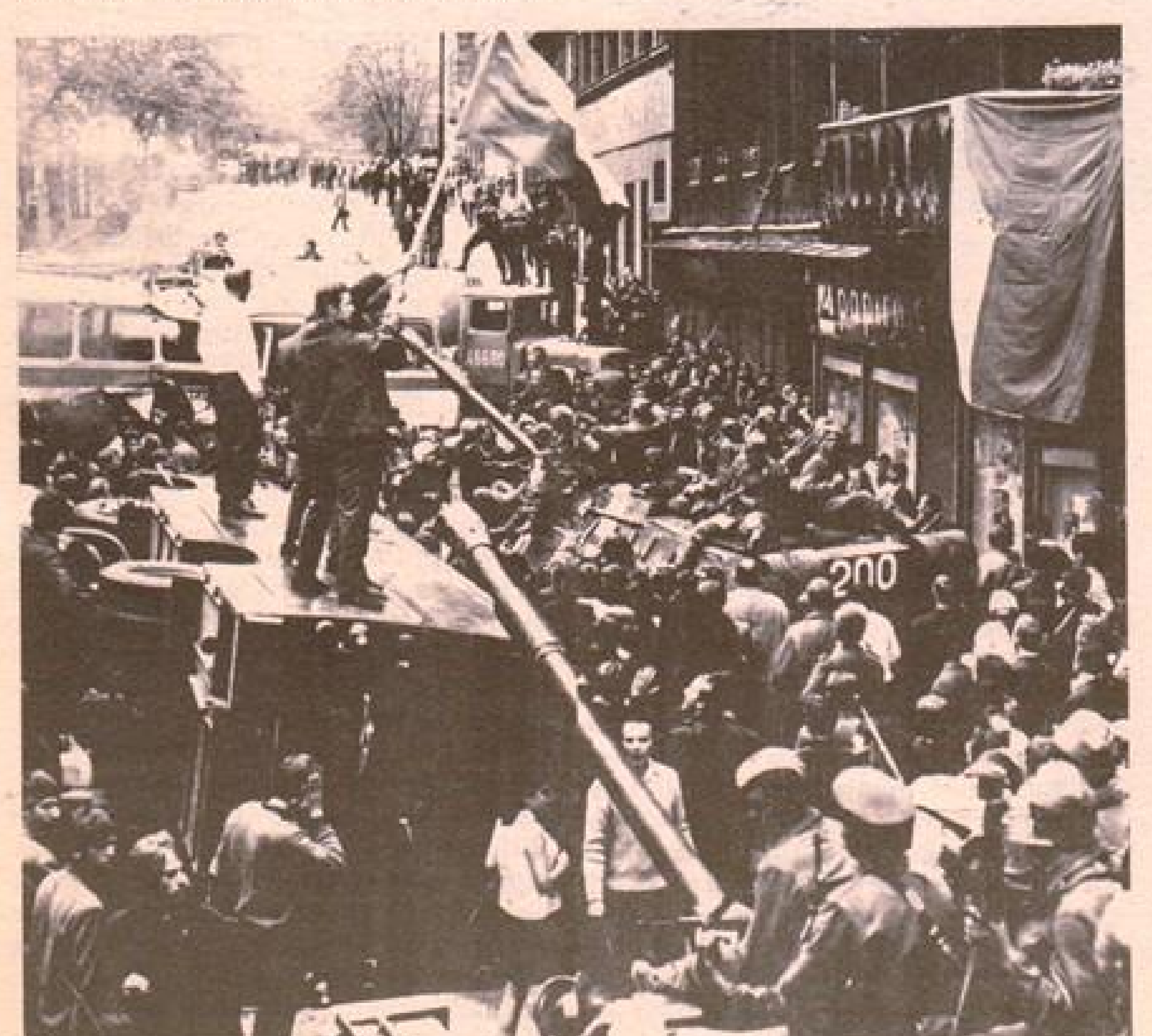
Im Gegensatz zur Kapitulationslinie, die die bürgerliche Führung einschlug, entfaltete sich ab dem 21. August spontan ein äußerst breiter Widerstand der Volksmassen. Er nahm zum Teil organisierte und schärfere Formen an, bildete eine geschlossene Front der Ablehnung gegen die Invasion und entlarvte damit in der Weltöffentlichkeit den imperialistischen Charakter des Einmarsches. Allerdings fehlte diesem Widerstand von vornherein eine klare Perspektive und eine konsequente Führung, die die Organisierung eines langwierigen Kampfes bis hin zum bewaffneten Aufstand in Angriff genommen hätte. In den neun Jahren seit der Besetzung der CSSR hat der Haß auf die russischen Invasoren jedoch keineswegs nachgelassen. Im Zuge des Aufschwungs der Kämpfe der osteuropäischen Völker gegen die Herrschaft der neuen Zaren wird auch das tschechoslowakische Volk aufstehen und die fremden Besatzer und deren einheimische Marionetten vertreiben.

Es lebe der Widerstand des tschechoslowakischen Volkes!

Nieder mit dem sowjetischen Sozialimperialismus! E.R.



Die Bevölkerung stellte die Soldaten der Besatzertruppen zur Rede. In den Diskussionen erkannten viele Soldaten, daß sie tatsächlich gegen den Willen des gesamten tschechoslowakischen Volkes eingesetzt worden waren. Um der um sich greifenden Unruhe im Besatzerheer Herr zu werden, mußten die sozialimperialistischen Befehlshaber nach den ersten Tagen größere Teile der Truppen auswechseln.



Um das Rundfunkgelände zu verteidigen wurden Barrikaden errichtet. Erst nach einiger Zeit fiel es in die Hände der Sowjetrevisionisten. Trotzdem wurde der Widerstand über Wochen durch illegale Sender unterstützt und auch organisiert, ohne daß die Besatzer etwas dagegen tun konnten.

Veranstaltungen der Ortsgruppen des Kommunistischen Bundes Österreich

zum sozialimperialistischen Überfall auf die CSSR vom 21. August 1968 (mit Lichtbildern über das Geschehen)

GRAZ: 19.8., 19 Uhr, Gasthof Herbst, Lagergasse 12

KLAGENFURT: 19.8.

LINZ: 19.8.

SALZBURG: 19.8., 19 Uhr, „Alter Stern", Steinbruchstraße (hinter dem Neutor)

INNSBRUCK

(Nähere Angaben über Ort und Zeit der Veranstaltungen sind den Flugblättern der jeweiligen Ortsgruppe zu entnehmen).

Totaler Bankrott des sowjetischen modernen Revisionismus

Die Broschüre, erschienen im Verlag für fremdsprachige Literatur, Peking, beinhaltet:

* zwei Reden des verstorbenen Ministerpräsidenten der VR China, Tschou En-lai auf dem Nationalfeiertag Rumäniens am 23. August 1968 sowie auf dem Nationalfeiertag der Demokratischen Republik Vietnam am 2. September 1968;

* zwei Kommentare, erschienen in der chinesischen „Volkszeitung" am 23. und am 30. August 1968;

* zwei Berichte aus Prag, erschienen in der „Volkszeitung" am 23. und 30. August 1968

Preis: 1,80 S

Enver Hoxha: Der Kampf der Partei der Arbeit Albaniens gegen den Chruschtschow-Revisionismus.

(aus dem 19. Band der Werke Enver Hoxhas)

349 Seiten Preis: S 130,90

Zu beziehen über:

Alois Wieser Gesellschaft m.b.H., Bertrieb revolutionärer Literatur und Schallplatten.
Postfach 13, 1042 Wien